



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

**„Machteliten im Umfeld der Präsidenten
der Russländischen Föderation
in den Jahren 1993-2008“**

Verfasser

Slawosz Soroka

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Politikwissenschaft UniStG

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich

1. Inhaltsverzeichnis

1. Inhaltsverzeichnis	1
2. Einleitung	3
3. Machteliten – eine Begriffsbestimmung	5
4. Forschungsfragen	7
5. Methodik	8
6. Die formellen politischen Entscheidungsprozesse in Russland	11
6.1. Der Machtdualismus	12
6.2. Die Verfassung 1993	16
6.2.1. Grundzüge der Verfassung der Russländischen Föderation von 1993	19
6.2.1.1. Föderationssubjekte	19
6.2.1.2. Parlament	21
6.2.1.3. Regierung	22
6.2.2. Die Rolle des Präsidenten in politischen Systemen Russlands, der USA und Polens – ein Vergleich	24
6.2.2.1. Die Vereinigten Staaten	24
6.2.2.2. Polen	27
6.2.2.3. Die Russländische Föderation	30
7. Einflussnahme auf die Politik	34
7.1. Strategien der Einflussnahme	34
7.2. Der analytische Rahmen	36
8. Machteliten in Russland	38
8.1. Machteliten während der Präsidentschaft von Boris Jelzin	39
8.1.1. Verhältnisse unter den wichtigsten politische Subjekten	44
8.1.2. Präsidialadministration	51
8.1.3. Finanz- und Industrieelite	53
8.1.4. Liberale Reformer	58
8.1.5. Die „Kremlfamilie“	63
8.1.6. „Silowiki“	67

8.2. Machteliten während der Präsidentschaft von Wladimir Putin	72
8.2.1. Verhältnisse unter den wichtigsten politische Subjekten	73
8.2.2. Präsidialadministration	77
8.2.3. Die alte „Kremlfamilie“	78
8.2.4. Finanz- und Industrieelite	81
8.2.5. Die Petersburger	85
8.2.5.1. Technokraten	86
8.2.5.2. „Silowiki“	87
9. Resümee	89
10. Ausblick	92
11. Anhang	93
Abstrakt	93
Lebenslauf	94
12. Bibliographie	95

2. Einleitung

Die Auflösung der Sowjetunion am 26. Dezember 1991 stellte den Höhepunkt der mit „Glasnost“ und „Perestroika“ in Gang gesetzten politischen Wandlungen nicht nur in Russland, sondern in ganz Osteuropa dar. Da die ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR den Systemwechsel¹ bereits hinter sich hatten (im November 1989 fiel die Berliner Mauer, 1990 fanden in Polen und Tschechien die ersten (halb-)demokratische Parlamentswahlen statt), waren die Ereignisse des Jahres 1991 hauptsächlich eine innenpolitische Angelegenheit der Sowjetunion.

Michail Gorbatschow gab bis Mitte 1991 nicht die Hoffnung auf, die Sowjetunion könne einen Zerfall vermeiden. Darauf war u.a. die Neuverhandlung des Unionsvertrags mit den Staatsoberhäuptern der sowjetischen Teilrepubliken berechnet. Der Präsident der UdSSR sah aber die Zwecklosigkeit dieses Schritts nicht ein, denn einerseits empfanden die Vertreter der Teilrepubliken Gorbatschows Verhandlungsbereitschaft als Ausdruck seiner Schwäche, andererseits brachte er mit dem neuen Unionsvertrag, der die Teilrepubliken gegenüber dem Zentrum aufwertete, die konservativen Kräfte gegen sich auf. Seitdem stand Michail Sergejewitsch² politisch im Abseits. Ein Systemumbruch stand bevor und höchstwahrscheinlich waren damals zwei Ausgänge: entweder ein Zerfall in 15 unabhängige Republiken oder ein Überstehen der Sowjetunion bei gleichzeitiger Konzentration der Macht in den Händen der radikalen Kommunisten, d.h. in Moskau.

Die endgültige Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 war eine natürliche Folge des misslungenen Putschversuchs vom August desselben Jahres. Nach der Niederlage der radikalen Kommunisten stand den Demokraten zeitweilig keine ernsthafte Opposition mehr im Wege. Mit dem Vertrag über die Auflösung der UdSSR, der in der *Beloweschskaja Puschtscha* durch die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Weißrusslands unterschrieben wurde, wurde dem 1917 ins Leben gerufenen Staatsgebilde ein Ende gesetzt.

¹ Der Begriff „Systemwechsel“ ist von anderen Begriffen, etwa „Transformation“ oder „Transition“ zu unterscheiden (Harter et al. 2003:16).

² Der russischen Übung nach wird dem eigentlichen Vornamen der adjektivierte Vatersname hinzugefügt. Dementsprechend hieß Michail Gorbatschows Vater Sergej.

Jelzin, der seine Begeisterung über die USA gar nicht verbergen wollte, teilte die Hoffnungen des Westens, Russland in die „Familie“ der liberalen Demokratien westlichen Typs einzuführen. Für den Westen wäre es eine Riesenchance, Russlands erhebliches Wirtschaftspotential, sowie seine Rohstoffvorräte sich zugänglich zu machen. Darüber hinaus dominierte Russland nach wie vor in Osteuropa und Zentralasien. Gute Beziehungen zu diesem Staat zu pflegen hieß also, den ganzen ehemaligen Sowjetblock in die Einflussosphäre des Westens einzuschließen. Jelzin hingegen sah in der Annäherung an den Westen eine Chance, den Staat nach dem westlichen Vorbild zu modernisieren.

Tatsächlich war jedoch Russlands Zukunft alles andere als sicher. Aus mehreren Gründen unterschied sich seine Situation von der in den osteuropäischen Staaten und gerade deswegen sind die Entwicklungen in Russland in anderen Kategorien zu betrachten. Sicher war aber eines: die neue Realität wird neue Herausforderungen sowie Möglichkeiten hervorbringen, die folglich die Entstehung von neuen, eigenartigen Machtkonstellationen bedingen werden.

Die vorliegende Abhandlung wird sich mit „Machteliten“³, die diese Machtkonstellationen bestimmen, auseinandersetzen. Das Forschungsfeld wird dabei auf den Zeitraum von 1993 bis 2008 und auf das Umfeld des Präsidentenamtes beschränkt. Der zeitlichen Rahmen reicht vom Beschluss der neuen Verfassung 1993 bis zum Ende Wladimir Putins zweiten Amtszeit. Der Fokus auf das Präsidentenamt bedeutet hingegen keinesfalls, dass andere wichtige Akteure der russischen Politik ausgeklammert werden. Deren Behandlung wird allerdings auf das notwendige Minimum beschränkt. Dies ist aus mehreren Gründen sinnvoll bzw. geradezu erforderlich. Erstens würde eine ins Detail gehende Analyse der Machtkonstellationen unter anderen politischen Subjekten der Russischen Föderation über den Umfang einer Diplomarbeit hinausgehen. Zweitens stellt das Präsidentenamt verfassungsmäßig das zentrale Subjekt der russischen Politik und sein Einfluss auf die staatliche Politik übersteigt den von anderen Akteuren.

³ Der Erklärung von diesem an dieser Stelle womöglich vieldeutigen Begriffes widmet sich das Kapitel 3.

3. Machteliten – eine Begriffsbestimmung

Der Begriff von Machteliten ist, wie bereits im Kapitel 2 angesprochen, bedarf einer Präzisierung, denn

„[i]n der westlichen Forschung haben sich Inhalt und Reichweite des Elitenbegriffs im Lauf der Zeit deutlich verändert (Harter 2003:18).“

Die klassische Definition von Eliten von Mosca und Pareto geht davon aus, dass Macht in einer Gesellschaft von einer auserlesenen Minderheit von besonderer sozialer und sittlicher Qualität ausgeübt wird (vgl. Harter 2003:18f).

„Diese Vorstellung ist in demokratisch geordneten Industriegesellschaften nur schwer aufrechtzuerhalten (...). An die Stelle der Idee einer Werteelite ist die einer Funktionselite getreten. (Harter 2003:19f).“

Eine Funktionselite kann als die Gesamtheit von Akteuren bzw. Gruppen von Akteuren, die auf die Gestaltung der neuen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung Einfluss nehmen, d.h. die *direkt* auf Entscheidungen einwirken, verstanden werden (vgl. Harter 2003:21). Da aber die Einflussnahme ein vieldeutiger Begriff ist, erschöpft diese Definition nicht den für diese Arbeit relevanten Elitenbegriff. Hilfreich ist dabei die Elitenbestimmung von Pareto, der die Elite, die sich von der niederen, elitenfremden Schicht unterscheidet, wieder in zwei Gruppen unterteilt: die regierende und die nicht-regierende Elite. Erstere definiert er als diejenigen,

„die unmittelbar oder mittelbar eine bemerkenswerte Rolle in der höchsten Gewalt spielen (...), der Rest [bildet] die nicht-regierende Elite (Harter 2003:18).“

In diesem Sinne sind die beiden Begriffe, nämlich „Machtelite“ und „die regierende Elite“ fast deckungsgleich. Dementsprechend werden sie im Rahmen der vorliegenden Arbeit synonym verwendet. Nichtsdestotrotz räumt auch Paretos Definition nicht alle Zweifel und liefert keine eindeutigen Messkriterien für die Bestimmung der regierenden Eliten. Denn „eine bemerkenswerte Rolle“ kann unterschiedlich verstanden bzw. gemessen werden. Nichtsdestoweniger schränkt sie den Spielraum für subjektive Einschätzungen erheblich ein.

Der für die Identifizierung der Machteliten zentrale Faktor ist jedenfalls der Handlungsbereich bzw. -reichweite. Dementsprechend kann als Teil der Machtelite ein Subjekt bzw. eine Gruppe von Subjekten bezeichnet werden, die die Politik des Staates auf föderaler Ebene bestimmen bzw. weitgehend *mitbestimmen* können. In diesem Sinne sind der regierenden Machtelite in Russland sowohl staatliche Institutionen im Verfassungsrang als auch außerkonstitutionelle Akteure anzurechnen.

4. Forschungsfragen

Die russische Machtelite, die die Politik des Staates kreiert, bildet keinesfalls eine beständige, ein für allemal festgelegte und inklusive regierende Klasse. Die Machtkonstellationen sind diffus und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Dementsprechend kommt es ständig zu Fluktuationen auf dem Machtgipfel und einzelne Akteure können entweder ihre Einflussmöglichkeiten erweitern, oder von anderen Akteuren dominiert werden, oder aber gar aus dem Spiel ausscheiden.

Im Zusammenhang mit dem Obengenannten sollen in der vorliegenden Diplomarbeit erstens die Machtverschiebungen unter den Machteliten während der Amtszeiten von Boris Jelzin und Wladimir Putin rekonstruiert und zweitens Antworten auf die folgenden zwei Fragen gefunden werden:

1. Aus welchen Gründen kam es zu Machtverschiebungen unter den Machteliten im Umfeld der russischen Präsidenten?
2. Was waren die wichtigsten Ursachen des allmählichen politischen Untergangs von Boris Jelzin und der starken von Position Wladimir Putin im Hinblick auf jene Eliten?

5. Methodik

Die Schwierigkeit mit der Auseinandersetzung mit Machteliten besteht erstens darin, dass diese sowohl formelle als auch informelle Komponente verbinden⁴. „Informelle“ Politik, die nicht immer illegaler Einflussnahme gleich ist, entzieht sich weitgehend der Öffentlichkeit. Zweitens ist die Öffentlichkeit gegenüber informellen Praktiken eher argwöhnisch eingestellt. Und drittens besteht es die Gefahr, dass ein Teil der vorhandenen Quellen selbst ein Objekt des Elitenkampfes sind. Daraus ergibt sich ein Defizit an verlässlichem bzw. empirisch überprüfbarem Material und deshalb ist die höchste Vorsicht bei der Auswahl von Materialien und deren kritische Betrachtung geboten.

Aus den obigen Erwägungen ergibt sich eine weitere methodische Voraussetzung. Im Zentrum der Untersuchung stehen Machtverhältnisse formellen und informellen Charakters, die sich kaum operationalisieren lassen. Deswegen sind für die Beantwortung der Forschungsfragen hauptsächlich qualitative Forschungsmethoden anzuwenden.

Die Komplexität der Machtverhältnisse setzt bei deren Analyse die Anwendung von mehr als nur einer Untersuchungsmethode voraus. Die größte Schwierigkeit stellt dabei die Verschränkung von formellen und informellen Einflüssen, zwei Phänomenen, die naturgemäß unterschiedlichen Zugangs erfordern.

Schröder (2003) schlägt dabei in Anlehnung an Stammer und Weingart folgende Strategien vor, und zwar den:

1. positional approach
2. reputational approach
3. decision-making approach

⁴ In der vorliegenden Diplomarbeit wird keine exakte Unterscheidung zwischen „formeller“ und „informeller“ Politik getroffen, denn selbst „informelle“ Praktiken gehören zum . „formellen“ politischen Alltag.

„[Sie] unterscheiden sich einerseits im Grad der Operationalisierbarkeit – eine Untersuchung, die die erste oder zweite Technik einsetzt, dürfte sich deutlich einfacher realisieren lassen, als eine, die die dritte Variante wählt –, andererseits durch den Grundgedanken, der hinter dem Verfahren steht“ (Harter 2003:23).

Die dritte Methode, der decision-making approach lässt sich für die Zwecke der vorliegenden Arbeit kaum operationalisieren, denn einer Identifizierung von Funktionseliten müsste zunächst eine Rekonstruktion der tatsächlichen Entscheidungsmechanismen vorangehen. Erst dann könne man die Entscheidungsträger bestimmen (vgl. Harter 2003:26).

„Da sich in der Praxis Entscheidungsprozesse auch in demokratischen Systemen kaum präzise nachvollziehen lassen, stößt man aber auf erhebliche praktische Probleme, wenn man diesem Ansatz folgt (Harter 2003:24).“

Im politischen System der Jelzin-Jahre ist diese Aufgabe ganz unlösbar (vgl. Harter 2003:26).

Die zwei anderen Verfahren erscheinen allerdings als durchaus anwendbar. Der positionsanalytische bzw. institutionalistische Ansatz geht davon aus,

„daß in modernen Gesellschaften die Entscheidungs- und Verfügungsmacht an Positionen in dauerhaften und anerkannten – institutionalisierten – Herrschaftsordnungen gebunden ist. (Harter 2003:24)“

Indessen umgeht der Reputationsansatz die mit dem decision-making approach verbundenen Schwierigkeiten. Er untersucht nämlich, wie der Entscheidungsprozess in der Gesellschaft *wahrgenommen* wird (vgl. Harter 2003:26, eigene Hervorhebung).

Die Entscheidungsträger werden ermittelt, indem man Experten danach befragt, wer ihres Erachtens Einfluß auf Entscheidungen ausübt (Harter 2003:26).

Dementsprechend wird in der vorliegenden Arbeit sowohl der Positions- als auch der Reputationsansatz Anwendung finden. Dabei werden diese an den meisten

Stellen kombiniert. Dies ergibt sich aus dem Charakter der Arbeit, die sowohl formelle (d.h. für die Öffentlichkeit zugängliche) als auch informelle (d.h. der Öffentlichkeit verborgene) Einflüsse untersuchen soll. Der Positions- bzw. institutioneller Ansatz wird einen Einsicht in die formellen Machtkonstellationen auf der föderalen Ebene mit dem Fokus auf das Präsidentenamt liefern, der Reputationsansatz wird hingegen all dort zur Anwendung kommen, wo die erste Methode für die Erklärung gegebener Sachverhalte sich als unzureichend erweisen wird.

Der Reputationsansatz stellt eine, wenn nicht die einzige, sinnvolle Ergänzung des Positionsansatzes. Allerdings führt er

„auch zwei neue Unsicherheitsmomente in die Untersuchung ein. Zum einen muß bedacht werden, welche Experten man befragt, da die Auswahl der Respondenten naturgemäß die Tendenz der Antwort beeinflusst. Zum anderen ist durchaus nicht gesichert, daß die Perzeption von Machtverteilung – und nur dies wird mit dem Reputationsansatz ermittelt – der tatsächlichen Machtverteilung entspricht. Insofern ist eine gewisse Vorsicht geboten. (Harter 2003:26f).“

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden hauptsächlich wissenschaftliche Werke westeuropäischer wie auch russischer Experten, sowie journalistische Quellen und Zeitungsartikel berücksichtigt.

6. Die formellen politischen Entscheidungsprozesse in Russland

Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit zu untersuchenden Machteliten hatten zum Ziel, sich im Umfeld des jeweiligen russischen Präsidenten eine solche Position zu verschaffen, die ihnen den größtmöglichen Einfluss auf die Politikgestaltung auf föderaler Ebene ermöglichen würde. Dies sollte hauptsächlich über informelle Kanäle bzw. Praktiken erfolgen. Die Auseinandersetzung mit Machteliten sollte also mit der Untersuchung von Hauptakteuren formeller Politik sowie ihrer Verhältnisse untereinander beginnen. Auf diese Weise lassen sich die Schwächen jener formellen Strukturen feststellen und folglich soll es deutlich werden, wo und auf welche Weise außerpolitische Akteure eingreifen können, um ihre Chancen auf die Durchsetzung eigener Interessen zu maximieren.

In diesem Sinne werden in diesem Kapitel die zentralen, in der russischen Verfassung verankerten, politischen Institutionen dargestellt. Obwohl sich die vorliegende Diplomarbeit grundsätzlich mit dem Zeitraum von 1993 bis 2008 befasst, ist ein kurzer Exkurs in die Jahre 1991 bis 1993 unerlässlich, um den Charakter der Veränderungen in der Russischen Föderation nachvollziehen zu können. Denn die zwei Jahre des „Machtdualismus“⁵ prägten die Dezember-Verfassung 1993 weitgehend und somit das politische System der RF überhaupt.

Dementsprechend fängt die Auseinandersetzung mit den formellen politischen Entscheidungsprozessen in Russland mit einem Rückgriff auf die Periode zwischen dem Zerfall der Sowjetunion und dem Inkrafttreten der neuen Verfassung an. Demnächst werden die für die vorliegende Diplomarbeit relevanten Regelungen der neuen Verfassung dargestellt, indem explizit auf die Art der Politikführung der drei im politischen System Russlands zentralen Institutionen, nämlich des Parlaments, des Präsidenten und der Regierung, eingegangen wird.

⁵ Dem Begriff wird im Kapitel 6.1. nachgegangen.

6.1. Der Machtdualismus

Mit dem Zerfall der Sowjetunion erfuhren die bisherigen Teilrepubliken Aufwertung, indem sie selbständige politische Subjekte wurden. Problematisch war allerdings der abrupte Charakter der Auflösung der UdSSR. Infolgedessen wurden in vielen Fällen provisorische Staatsstrukturen geschaffen. Im Falle Russlands war die Situation umso komplizierter, als sich dieser Staat als Nachfolger der Sowjetunion bekannte. Die partielle Demokratisierung des sowjetischen Systems drückte sich u.a. in der direkten Wahl von 1500 der 2250 Mitglieder des Volksdeputiertenkongresses der Russischen Republik aus, der gemeinsam mit dem Föderationsrat in die Strukturen der Russischen Föderation aufgenommen wurde. Durch die partiell direkte Legitimation genoss der Kongress eine andere Position als die Ernennungsorgane.

Die anfängliche Unterstützung des Parlaments für Jelzin war mit seinen Bestrebungen verbunden, die Sowjetrepublik Russland gegenüber dem Zentrum zu stärken und aufzuwerten. Trotz seiner Begeisterung für Demokratisierungs- und Liberalisierungsideen hatte er zu dieser Zeit einen starken Rückhalt an den konservativen Kräften,

„who saw autonomy (of the RSFSR – S.S.) as a way to gain direct power over Russia's vast economic resources“ (Remington 1997:73).

Demgegenüber plädierte Gorbatschow für das Primat von Zentrum. Jelzins Stärke bestand in seiner Rivalität mit Gorbatschow, der die langwierigen Konsequenzen von Glasnost und Perestroika unterschätzte bzw. nicht voraussehen konnte. Für die Konservativen zu liberal, für die Demokraten zu konservativ, galt Gorbatschow als gemeinsamer Gegner der beiden Lager. Jelzin konnte sich also der Unterstützung des Parlaments so lange sicher sein, als Gorbatschow über reale politische Macht verfügte. Und diese nahm nach und nach deutlich ab, denn bereits im April 1991 sah sich Gorbatschow gezwungen, einen neuen Unionsvertrag mit den Präsidenten der Teilrepubliken und vor allem mit der Russischen Republik zu verhandeln.

Gorbatschow, der sich von der Dynamik der Veränderungen überwältigt fühlte, lavierte zwischen dem demokratischen und dem konservativen Lager, woran seine Glaubwürdigkeit und politisches Ansehen litten. Annäherung an das eine Lager zog die Unzufriedenheit des anderen nach sich. In diesem Sinne war der August-Putschversuch nur eine Resultante der Aprilverhandlungen und des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen von Juni 1991. Die die orthodox-kommunistischen Kräfte vertretenden Putschisten sahen in Gorbatschow einen Verräter, für die Demokraten hingegen galt er angesichts der Aufwertung der Teilrepubliken als zunehmend schwache Figur. Dementsprechend schien sich ein Zerfall der Sowjetunion, oder zumindest ein Rücktritt von Gorbatschow, bereits Mitte 1991 anzubahnen.

Die Auflösung der Union im Dezember 1991 stellte einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen dem Präsidenten und dem Parlament (dem Volksdeputierterkongress) dar. Der Kongress erhoffte sich von dem Streit zwischen Jelzin und Gorbatschow eine Aufwertung der Russischen Republik gegenüber der Union bei gleichzeitiger Vermeidung radikaler Wirtschaftsreformen. Die Auflösung der UdSSR eröffnete den Demokraten jedoch größere Spielräume als es die Volksdeputierten vermuteten. Zudem, wie bereits erwähnt, genoss das Parlament zum Teil direkte Legitimation, die eine gute Karte in den Händen der Kommunisten war. Zwischen den beiden Institutionen entflammte ein Konflikt um das Primat in der russischen Politik.

Die Hauptfigur im oppositionellen Lager war der bis dato enge Mitarbeiter von Jelzin, Vizepräsident Aleksandr Ruzkoj.

„Die Einrichtung eines Vizepräsidenten war dem Vorbild der USA nachempfunden. Allerdings wurden die Kompetenzen des russischen Vizepräsidenten vom Anfang an nicht eindeutig festgelegt und immer wieder geändert“ (Mommsen 1996:161).

Jelzin beabsichtigte die Kompetenzen seines Stellvertreters auf rein repräsentative Aufgaben zu beschränken. Der charaktervolle Ruzkoj wollte jedoch nicht darüber zur Tagesordnung übergehen und bald stand er an der Spitze der Anti-Jelzin-Koalition. Zu der gehörte auch der Parlamentsvorsitzende, Ruslan Chasbulatow, dessen starken persönlichen politischen Ambitionen, ähnlich wie im

Falle Ruzkojs, seinem Verhalten zugrunde lagen (vgl. Mommsen 1996:162). Der Vizepräsident und der Parlamentsvorsitzende plädierten unter Berufung auf die 1988 verabschiedete Verfassungsnovelle, die den Volksdeputiertenkongress der Sowjetunion zum „höchsten“ Machttträger bestimmte, für die Vormachtstellung des Parlamentes gegenüber dem Präsidenten. Es ging vor allem um die Frage nach der politischen Verantwortung der Regierung, die natürlicherweise die zentrale exekutive Instanz darstellte. Die Kontrolle über die Regierung kam dem Einfluss auf die Reformen in allen Sektoren, allen voran in der Wirtschaft, gleich.

Im April 1992 nahm die sog. „Doppelherrschaft“ konkrete Züge ein. Auf dem 6. Volksdeputiertenkongress kam es zur Konfrontation zwischen dem Parlament mit Chasbulatow an der Spitze und Jelzin. Ihr Ausgang ließ irreführend auf eine Annäherung der Positionen schließen, während die offene Kritik Chasbulatows an den Präsidenten und die scharfe Riposte des letzteren einen Präzedenzfall schufen (Mommsen 1996:164). Seitdem war eher eine Eskalation als Beilegung des Konfliktes zu erwarten.

Alle Akteure waren sich bewusst, dass diese Pattsituation ausschließlich durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung zu lösen war. Das seit 1978 in Kraft bleibende sowjetische Grundgesetz erwies sich einerseits rein inhaltlich ineffizient, andererseits hingegen war seine Auslegung wegen inzwischen mehrfach vorgenommenen Änderungen höchst kompliziert. Entwürfe einer neuen Verfassung ließen sich grundsätzlich in zwei Gruppen unterteilen: eine, die eine starke Stellung des Präsidenten favorisierte und eine, die das Parlament zum Zentrum des politischen Geschehens machte (vgl. Mommsen 1996:164).

Die Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes bedürfte jedoch entweder politischen Konsens oder einer eindeutigen Vormachtstellung des Parlaments. Zu dieser Zeit war jedoch weder die eine noch die andere Voraussetzung erfüllt und die Perspektive eines gewaltsamen Ausbruchs aus diesem Teufelskreis erschien immer realer. Beide Streitparteien versuchten, ihre Position durch institutionelle und personelle Rochaden zu stärken, wobei die Annäherung des Verfassungsgerichtshofs an das Parlament (durch die Personen Chasbulatows und Sorkins)schwerwiegende Konsequenzen nach sich zog.

Da Aussichten auf einen Konsens Tag für Tag schlechter wurden, musste eine alternative Lösung gefunden werden. Jelzins starken demokratischen Ansichten lagen der Idee zugrunde, das Volk per Referendum entscheiden zu lassen. Allerdings war sie mit großem Risiko verbunden, denn die Hauptverantwortung für die aktuelle Situation im Staat wurde eusgerechnet Jelzin und seinen Reformisten zugeschrieben. Ein für ihn ungünstiger Ausgang käme einer Verurteilung seiner Politik gleich und letztendlich würde zu Jelzins, im besten Fall zeitweiligen, politischer Entmachtung führen. Auch aus diesem Grund griff das Parlament diese Idee sofort auf. Der Referendumstermin wurde für den April 1993 festgelegt.

„Es ging um die folgenden Fragen:

1. Vertrauen Sie dem Präsidenten der Rußländischen Föderation, Boris Jelzin?
2. Billigen Sie die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die seit 1992 vom Präsidenten und der Regierung durchgeführt wurde?
3. Halten Sie vorgezogene Neuwahlen des Präsidenten 1993 für notwendig?
4. Halten Sie vorgezogene Neuwahlen der Volksdeputierten der Russischen Föderation für notwendig? (Mommsen 1996:176).“

Da den letzten zwei Fragen eine verfassungsrechtliche Relevanz zukam, konnte über sie nur mit einer absoluten Mehrheit aller Abstimmungsberechtigten verbindlich entschieden werden. Für die übrigen zwei Fragen reichte eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Ergebnisse des Referendums sollten eine Basis für die Ausrichtung einer künftigen Verfassung liefern, wobei dem Volk die Rolle des Schiedsrichters zukam. Sollten Neuwahlen ausgeschrieben werden, würden die ersten zwei Fragen an Relevanz verlieren, andernfalls würden die Ergebnisse einen Akteur gegenüber dem jeweils anderen aufwerten.

Das Referendum fiel letztendlich für Jelzin überraschend positiv aus. Zwar wurde weder das Parlament aufgelöst noch der Präsident zum Rücktritt gezwungen, dennoch sprachen sich mehr Bürger für erstere Option aus. Darüber hinaus billigte die Mehrheit aller Beteiligten sowohl Jelzin (58,7%) als auch die Wirtschaftspolitik der Regierung (53%). Angesichts der Beteiligung von 64,6% der Wahlberechtigten (vgl.

Mommsen 1996:176) erfuhr das „Jelzin-Lager“ eine deutliche Aufwertung gegenüber dem Parlament.

Chasbulatow und Ruzkoj wollten jedoch die Niederlage nicht hinnehmen und führten mit der Blockierung der Wirtschaftsreformen fort, wodurch der Sinn des Referendums in Frage gestellt wurde. Im September 1993 Jelzin entschied sich, den Konflikt mit drastischen Mitteln zu beenden. Er erließ nämlich das mittlerweile berühmte Dekret 1400, das unter anderen die Auflösung des Parlaments vorsah. Der Verfassungsgerichtshof erklärte jedoch das Dekret für verfassungswidrig und gab somit dem Parlament den Anlass zum Gegenstoß. Auf diese Weise erklärte es die Absetzung Jelzins und die Ernennung des bisherigen Vizepräsidenten Ruzkoj zum neuen Präsident der Russländischen Föderation. Weder die eine noch die andere Entscheidung des Parlaments wurde durch die wichtigsten Akteure in Russland sowie durch die internationale Gemeinschaft anerkannt. Auf dieser Grundlage fasste Jelzin den Beschluss über den Einsatz der Streitkräften gegen die Putschisten, was letztendlich alles andere als förderlich für die Entwicklung einer konsensbasierten Demokratie war.

6.2. Die Verfassung 1993

Mit der gewaltsamen Auflösung des Parlaments wurde das größte Hindernis auf dem Weg zu einem neuen Grundgesetz weggeräumt. Dieses besiegelte den Sieg des Präsidenten über das Parlament (vgl. Mommsen 2004:42). Die neue Verfassung wurde jedoch nicht einfach über Nacht angenommen, denn ihre Entstehung war eng mit „der Zeit der Wirren“, wie die Dopplerherrschaft manchmal bezeichnet wird, verbunden.

Der positive Ausgang des Aprilreferendums bewegte Jelzin dazu, eine Verfassungskonferenz zu berufen, die sich aus Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zusammensetzen sollte. Um den leicht zu voraussehenden Widerstand des Parlaments gegen eine den Präsidenten favorisierende Verfassung auszuschalten, wurden sogar einige Parlamentarier zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen. Allerdings wurde diese Entscheidung auch

aus einem anderen Grund gefällt – gemäßigte Parlamentsmitglieder distanzieren sich nämlich zwischenzeitlich von Chasbulatow, der die Konferenz boykottierte, worin Jelzin eine Chance einsah, sie auf seine Seite zu gewinnen und die Durchsetzungsfähigkeit der Radikalen zu schwächen.

Die Arbeiten der Konferenz mündeten in einen Verfassungsentwurf, der im Juli 1993 von mehr als 2/3 der Konferenzteilnehmer anerkannt wurde. Dies reichte aber nicht für eine landesweite Akzeptanz des Dokuments, denn der Oberste Sowjet in Moskau machte entweder eine Zustimmung des Volksdeputiertenkongresses mit 2/3 Mehrheit oder von mindestens 51% aller Wahlberechtigten zur Voraussetzung für die Annahme der Verfassung.

„Als Verlegenheitslösung schlug Jelzin vor, die Konferenz zu einem ständigen Organ zu machen, um den „Verfassungsprozess“ fortzusetzen“ (Mommsen 1996:186).

Jedoch auch diese Idee wurde mit Unzufriedenheit aufgenommen. Ab diesem Zeitpunkt an schlugen die Entwicklungen im Lande den Kurs auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts ein. Das Parlament verschärfte seinen Kurs gegenüber dem Präsidenten, auch deswegen, weil die Ablehnung des Verfassungsentwurfes für einen guten Anlass zur Vergeltung für die Niederlage im April-Referendum gehalten wurde (vgl. Mommsen 1996:186). Jelzins Kompromissangebote, zu denen u.a. neue Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zählten, trafen nicht auf die Zustimmung der Parlamentarier, was den Konflikt weiterhin verschärfte.

Jelzins löste den Volksdeputiertenkongress verzweifelt in der Überzeugung auf, sein Vorgehen sei aufgrund der Ergebnisse des April-Referendums, d.h. der Unterstützung des Volkes, durchaus legitim. Er übersah dabei, dass es nur konsultativen Charakter hatte, und deshalb konnte nicht als Begründung für die Auflösung des Parlaments herangezogen werden. Abgesehen davon veränderte sich inzwischen die gesellschaftliche Stimmung deutlich, was dem Präsidenten wahrscheinlich verborgen blieb. Zur Abnahme der Zustimmung für Jelzins Politik in der Gesellschaft trugen mehrere Faktoren bei. Erstens waren die Bürger mit den Ergebnissen der bisherigen Wirtschaftsreformen zutiefst enttäuscht, nicht zuletzt mit dem von der Regierung verordneten und letztendlich ungeschickt durchgeführten

Umtausch der alten gegen neue Rubelscheine (vgl. Mommsen 1996:186f). Zweitens gewann in den russischen Föderationssubjekten Dezentralisierungstendenzen die Oberhand, denn die Republiken und Regionen sahen im „Moskauer Machtkampf“ (Bezeichnung nach Mommsen 1996) eine Chance für sich, das Verhältnis von Peripherie und Zentrum zu ihrem Gunsten zu verändern. Die dritte Ursache für die Unzufriedenheit über Jelzins Politik lag in der allgemeinen Verdrossenheit über die unklaren politischen Machtverhältnisse in den letzten Jahren.

Jelzin und die Regierung befanden sich dementsprechend innenpolitisch in keiner vorteilhaften Lage. Die Unterstützung kam allerdings aus dem Ausland, denn die Beschlüsse des Parlaments stießen im Westen auf heftige Kritik und in diesem Sinne blieb Jelzin der einzig legitime Staatsoberhaupt in Russland. Insofern war ihm klar, dass, trotz der zeitweilig abneigenden Haltung der Gesellschaft, er durch eine endgültige Ausschaltung der Opposition seine politische Vormachtstellung bewahren können wird. Doch der Präsident interpretierte die „endgültige Ausschaltung“ außerordentlich wörtlich und ließ bewaffnete Truppen gegen die Putschisten vorgehen.

Die fast zwei Wochen lang andauernde Parlamentsblockade mündete in die Erstürmung des Weißen Hauses am 4. Oktober und die Festnahme der Putschisten, mit Ruzkoj und Chasbulatow an der Spitze. Somit stand dem für den 12. Dezember geplanten Verfassungsreferendum nichts mehr im Wege. Allerdings war Jelzins Sieg alles andere als eindeutig, denn bei den vorgezogenen Parlamentswahlen anheimfielen die meisten Mandate den konservativen Kräften. Darüber hinaus erreichte die neue Verfassung keine landesweite Legitimation, denn sie wurde nur äußerst knapp per Plebiszit angenommen. An dem Votum beteiligten sich lediglich 54,4% aller Stimmberechtigten und nur 57% davon stimmten zu (vgl. Mommsen 2004:39). Dies ergab eine Zustimmung von knapp über 31% aller Wahlberechtigten im Lande – ausgesprochen wenig für die Annahme eines Grundgesetzes. Auch wurde die gewaltsame Art der Konfliktlösung Jelzin zum Vorwurf gemacht, einen autoritären Kurs eingeschlagen zu haben. Die neuen Machtverhältnisse in Russland sollen also unter Berücksichtigung der allmählich abnehmenden Popularität Jelzins analysiert werden.

Zum besseren Verständnis jener Machtverhältnisse werden im Folgenden die zentralen Komponenten der Verfassung der Russländischen Föderation von 1993 dargelegt. Zuerst werden die wichtigsten politischen Akteure in Russland ausgenommen des Präsidenten besprochen um anschließend auf dieser Grundlage das Präsidentenamt im politischen System Russlands einzuordnen und seine Position zu evaluieren. Dies soll anhand eines Vergleichs zwischen drei Ländern erfolgen, und zwar Russland, den Vereinigten Staaten und Polen. Die Auswahl wurde im Hinblick auf den unterschiedlichen Stellenwert des Präsidentenposten im jeweiligen Staat getroffen, wobei in den USA der Präsident die zentrale politische Figur darstellt, in Polen hingegen sind seine Kompetenzen auf Kontroll- und repräsentative Aufgaben begrenzt. Der Präsidentenposten in Russland wäre auf diesem Kontinuum zwischen den beiden anderen Staaten zu unterbringen, wobei prinzipiell größere Ähnlichkeiten mit dem amerikanischen System vorhanden sind. Außerdem sind die Vereinigten Staaten sowie Russland hinsichtlich des Organisationsprinzips als Föderationen einzuordnen.

6.2.1. Grundzüge der Verfassung der Russländischen Föderation von 1993

Die Verfassung der Russischen Föderation wurde weitgehend der Verfassung der Französischen V. Republik nachgebildet, sie favorisiert jedoch stärker als diese die Stellung des Präsidenten zu Schaden des Parlaments (vgl. Mommsen 2004:42). Im Folgenden wird der institutionelle Überbau des politischen Systems Russlands dargestellt. Es werden diejenigen Institutionen berücksichtigt, die in dauerhafter und direkter Wechselbeziehung mit dem Präsidentenposten stehen.

6.2.1.1. Föderationssubjekte

Der verfassungsmäßige Status der Föderationssubjekte, der weitgehend von den Ereignissen der Doppelherrschaft geprägt wurde, kommt in ihrem Verhältnis zum Zentrum zur Geltung. Während zu der Zeit der Sowjetunion den Subjekten angesichts der Dominanz der Zentralmacht kein großer Stellenwert zuzuschreiben war, gab ihnen der „Moskauer Machtkampf“ die Gelegenheit, die eigene Stellung

gegenüber dem Zentrum zu verbessern. Dies war allerdings insofern problematisch, als die Subjekte keine homogene Einflussgruppe, sondern eine Vielzahl von Akteuren mit partikularen Interessen bildeten. Zudem ließen sich Föderationssubjekte in zwei Kategorien unterteilen, die eine national und die andere administrativ bestimmt. Den 32 Nationalgebieten (Republiken), die jeweils unterschiedlichen Status einnahmen, standen 57 Verwaltungseinheiten (Regionen) gegenüber.

Die Nationalgebiete durften sich eine eigene Verfassung geben, sich sogar als „souverän“ bezeichnen und eine offizielle Nationalsprache festlegen. Zu dieser asymmetrischen Ordnung zwischen den nationalen und den Verwaltungseinheiten kam noch ein hierarchisches Gefälle unter den nationalen „Autonomien“ hinzu (Mommsen 1996:179).

Mit der Verfassung 1993 wurden die Föderationssubjekte gleichgestellt (Art 72, P. 2). Dennoch behielten die Republiken gewisse Vorrechte, etwa das Recht auf eine eigene Verfassung (vgl. Mommsen 1996:198f).

Das Kapitel 3 der Verfassung der Russischen Föderation gibt Aufschluss über das Verhältnis von Föderationssubjekten und Zentrum, wobei einige Artikel besondere Beachtung verdienen.

„Die Verfassung teilt die Machtbefugnisse ein in solche, die ausschließlich der Föderation zugehören (Art.71), solche, die die Föderation und die Subjekte der Föderation gemeinsam ausüben (Art.72), und solche, die ausschließlich den Subjekten der Föderation zugehören (Art. 76, 77, 78) (Luchterhandt-Michaleva).“

Luchterhandt-Michaleva weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass erstens die Kompetenzen, die ausschließlich den Subjekte der Föderation zugehören, nicht ausreichend definiert und zweitens

„das Verfahren der Interessenabstimmung zwischen den Subjekten der Föderation und dem Zentrum im Bereich der gemeinsamen Kompetenzen ungenügend ausgearbeitet ist (Luchterhandt-Michaleva).“

Grundsätzlich entfaltet die Kompetenzverteilung im wirtschaftlichen Bereich das größte Konfliktpotential zwischen Föderationssubjekten und dem Zentrum. So

z.B. stellt das Artikel 72 die Verwaltung über natürliche Ressourcen sowie Bodenschätze unter die gemeinsame Jurisdiktion der Föderation und der Subjekte. Die Praxis deckt sich jedoch nur wenig mit dem geltenden Verfassungsrecht, denn es sind eben die föderalen Institutionen, die diesen Bereich tatsächlich kontrollierten. Insofern wurde einer der wichtigsten Wirtschaftszweigen in der Russländischen Föderation der Kontrolle der Föderationssubjekte entzogen

Der Artikel 74 hingegen stellt den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr innerhalb der Russischen Föderation sicher, indem er den einzelnen Subjekten

„die Einführung von Zollgrenzen, -gebühren und -abgaben oder von irgendwelchen anderen Behinderungen“ (Art. 74 der Verfassung der RF)

eindeutig untersagt. Derartige Beschränkungen dürfen ausschließlich

„in Übereinstimmung mit einem Bundesgesetz eingeführt werden, wenn dies für die Gewährleistung der Sicherheit, des Schutzes des Lebens und der Gesundheit von Menschen, des Naturschutzes und des Schutzes kultureller Werte notwendig ist.“ (Art. 74 der Verfassung der RF)

Angesichts der Verschränkung von wirtschaftlichen und politischen Einflüssen in der RF kommt die Kontrolle über dem wirtschaftlichen Bereich tatsächlich mit der politischen Vormachtstellung gleich. Und dies gilt umso stärker, als die Bundesgesetze im Falle eines Widerspruchs laut dem Artikel 76 den Vorrang gegenüber anderen normativen Rechtsakten in der Russländischen Föderation haben. Die Föderationssubjekte haben natürlich keinen Anspruch auf die Erlassung von Rechtsakten im Gesetzrang.

6.2.1.2. Parlament

Anstelle des 1993 gewaltsam aufgelösten Parlaments wurde eine analoge Struktur ins Leben gerufen – die sich aus zwei Kammern zusammensetzende Bundesversammlung. Die neue Abgeordnetenversammlung, deren Mitglieder teilweise in

direkten Wahlen durch die Bevölkerung, teilweise nach Listen gewählt werden sollten, erhielt den Namen Duma (bzw. Staatsduma). Der Oberste Sowjet hingegen wurden vom Föderationsrat ersetzt, der sich aus je 2 Vertretern von allen 89 Subjekten der Russischen Föderation zusammensetzt. Der Föderationsrat verfügt im Vergleich mit der Duma über eher beschränkte Kompetenzen und spielt im Gesetzgebungsprozess eine untergeordnete Rolle. Allerdings ist seine Zustimmung bei der Verhängung des Kriegs- und Ausnahmezustandes sowie beim Beschluss über den Einsatz von Streitkräften außerhalb der Grenzen der RF notwendig (vgl. Mommsen 2004:41). Außerdem besitzt der Föderationsrat gemeinsam mit der Staatsduma das Recht, mit 2/3-Mehrheit den Präsident seines Amtes zu entheben. Die Duma kann neben ihrer legislativen Befugnissen die vom Präsidenten vorgeschlagene Kandidatur für den Posten des Ministerpräsidenten zustimmen bzw. diesen ablehnen oder dem bereits amtierenden Ministerpräsident ein Misstrauensvotum aussprechen.

6.2.1.3. Regierung

Die Position der Exekutive im staatlichen Machtgefüge der Russischen Föderation ist insgesamt als stark einzuschätzen. Dies lässt sich aus der politischen Ausrichtung Jelzins erklären, laut der eine starke Exekutive den zentralen im Mittelpunkt des politischen Systems stehen soll.. Für Jelzin war es die Voraussetzung für die Durchsetzung von breit angelegten Reformen. Diese Überzeugung verstärkte sich noch in der Zeit der Doppelherrschaft, weil Jelzin die seiner Meinung nach übermäßig ausgebauten Prärogativen des Parlaments als das größte Hindernis für Reformen ansah. Seine Aufrufe zu „mehr Aktion“ wurden indirekt in die neue Verfassung aufgenommen.

Jelzins Verdrossenheit über die Ineffizienz von Kollegialorganen bewirkte letztendlich, dass die größte politische Bedeutung dem Präsidentenamt zukam. Die während der Doppelherrschaft vom Parlament erzwungene Trennung des Präsidentenamtes und des Posten des Regierungschefs wurde zwar in der neuen Verfassung bestätigt, dennoch was es gerade der Präsident, der

„in Übereinstimmung mit der Verfassung der Rußländischen Föderation und den Bundesgesetzen die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik des Staates (bestimmt).“ (Art. 80 der Verfassung der RF)

In diesem Sinne sind die Kompetenzen des russischen Ministerpräsidenten im europaweiten Schnitt relativ beschränkt und somit ist der Ministerrat wohl kaum imstande, eine selbständige, von den Richtlinien des Präsidenten unabhängige Politik zu betreiben. Zu den wichtigsten Aufgaben der Regierung der RF, abgesehen von der Ausübung der vollziehenden Gewalt, gehören:

- Erarbeitung des Staatshaushalts,
- Das Erlassen von Regierungsverordnungen und Anordnungen,
- Verwaltung des Staatseigentums
- Durchführung der einheitlichen Finanz- und Geldpolitik sowie der Politik im Bereich der Wissenschaft, des Gesundheitswesens, der Bildung, u.a.

Einen guten Überblick über die strukturellen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen verfassungsmäßigen Organen der RF liefert die Abbildung 1.

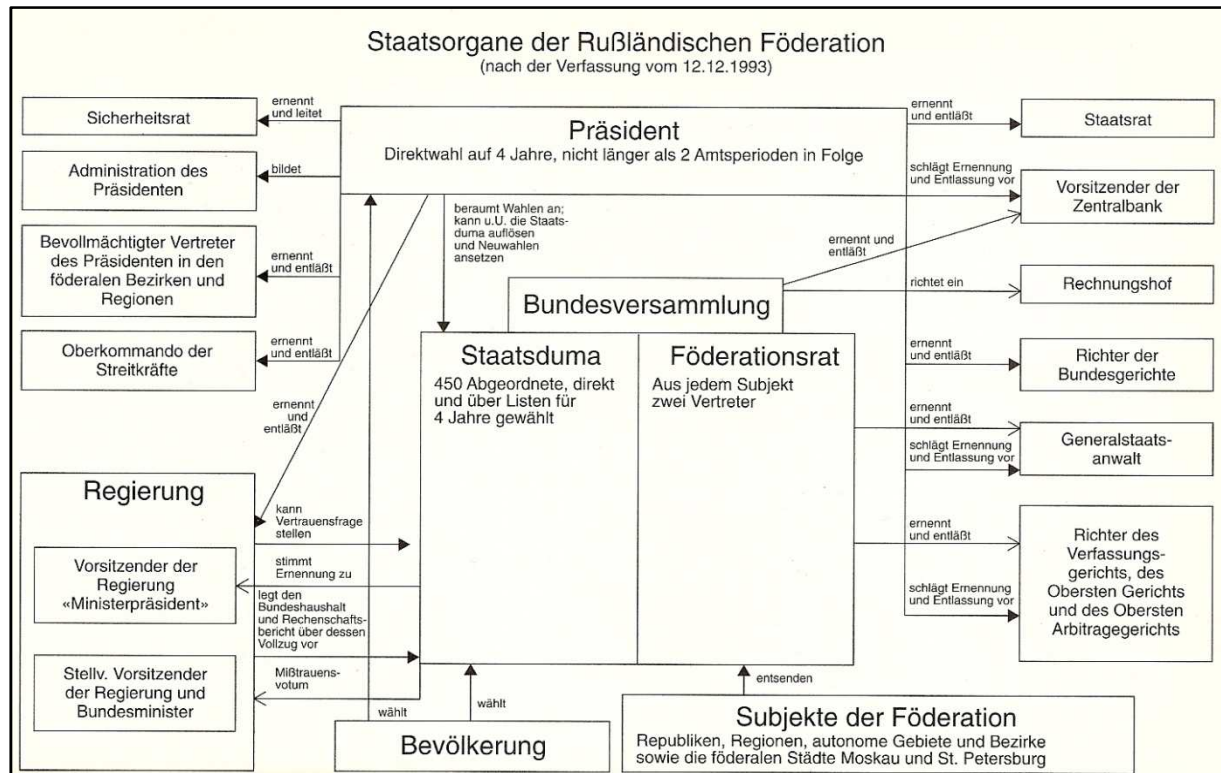


Abbildung 1: Staatsorgane der Russischen Föderation (MommSEN 2004:40)

6.2.2. Die Rolle des Präsidenten in politischen Systemen Russlands, der USA und Polens – ein Vergleich

Im Folgenden wird die teilweise aus dem Verfassungstext, teilweise aus der politischen Praxis hervorgehende Position des Präsidenten im staatlichen Gefüge der Russischen Föderation dargestellt. Wie oben angedeutet, wird in diesem Kapitel, zum besseren Verständnis der Rolle des Präsidenten in politischen Systemen Russlands, Polens und der Vereinigten Staaten verglichen. Die USA haben eine weitaus längere demokratische Tradition als Russland und Polen, weshalb ihr politisches System als stabiler angesehen wird. Hoch ist auch die politische Position des Präsidenten im amerikanischen System zu bewerten. Polen hingegen war als Transformationsstaat an manchen Stellen mit ähnlichen Problemen wie Russland konfrontiert. Zwei Aspekte sind dabei beachtenswert: erstens gibt es in Polen, ähnlich wie es in Russland der Fall war, einen Kompetenzstreit, auch wenn in einem deutlich kleineren Ausmaß, zwischen den in der Verfassung verankerten Institutionen und zwar zwischen dem Präsident und der Regierung. Erst vor kurzem (November 2009), also 20 Jahren nach dem Systemwechsel wurden gewisse Schritte in Richtung der Beilegung des Konflikts unternommen. Es wird durchaus interessant sein, die beiden Fälle miteinander zu vergleichen; zweitens ist Polen im Unterschied zu Russland kein multinationales, föderal aufgebauter Staat, was mit Sicherheit nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung der politischen Kultur in Polen sowie den Charakter seiner demokratischen Verfassung war.

Dieses Kapitels zielt darauf ab, die Position des Präsidentenamtes im politischen System der Russischen Föderation im Hinblick auf die darauffolgenden Erörterungen zum Einfluss der russischen Machteliten auf jenes Amt zu rekonstruieren.

6.2.2.1. Die Vereinigten Staaten

Das Politische System der Vereinigten Staaten gilt als stabil. Heutzutage erscheint seine Kontinuität ungefährdet, obwohl innerhalb der Gesellschaft freilich gewisses Konfliktpotential vorhanden ist. Es gibt folgende zwei Gründe für diese

Situation, die im Bezug auf ein Vergleich mit Polen und vor allem Russland von Bedeutung sind: erstens die lange politische Tradition, die sich in relativ homogener und stabiler Parteienlandschaft zeigt und zweitens die geographische Lage, die externe Destabilisierungsfaktoren eine lange Zeit ausschaltete. Weder das eine noch das andere Faktor können alleine als stabilitätsstiftend betrachtet werden, sondern erst deren Kompilation: durch die geographische Entfernung von potentiellen Feinden konnten sich die Vereinigten Staaten „in aller Ruhe“ auf ihre Innenpolitik konzentrieren. Das heißt aber noch lange nicht, dass sich ihr politisches System reibungslos entwickeln konnte, denn selbst in der US-amerikanischen Geschichte es genügend Beispiele für innere Konflikte gibt, wobei das größte freilich der Sezessionskrieg ist. Vielmehr ist festzustellen, dass das politische System der USA ungestört von außenpolitischen Faktoren ausreifen konnte.

Die Begründung für die föderative Staatsordnung in den USA lässt sich auf zwei Faktoren zurückführen: erstens die Tradition der relativen Autonomie der Einzelstaaten und zweitens die Größe des Territoriums, die bei einer übermäßigen Zentralisierung der politischen Macht ernsthafte Verwaltungsdefizite verursachen könnte. Dennoch wurde in der Verfassung von 1787 samt späteren Änderungen bzw. Ergänzungen die Vormachstellung der Föderationsmacht gegenüber den Einzelstaaten festgeschrieben.

Was das Präsidentenamt anbelangt, wurde ihm ursprünglich ein im Vergleich zum Kongress durchaus beschränktes politisches Gewicht zuerkannt. Infolge bestimmter Entwicklungen erfuhr es jedoch erhebliche Aufwertung. In diesem Zusammenhang kann man 4 Faktoren nennen:

1. *Industrielle Revolution* – die Industrialisierung des Landes bedurfte einer vieldimensionalen Planung und effektiver Verwaltung von Ressourcen, die nur durch eine gewisse Zentralisierung der Macht, d.h. die Verschiebung des politischen Gewichts von der Legislative zur Exekutive.
2. *Wandel der Staatsfunktionen seit dem 19. Jahrhundert*
3. *Internationalisierung der Politik* – Zur Internationalisierung der Politik auf der Welt trugen mehrere Faktoren, nicht zuletzt die Industrielle Revolution im XIX. und die Informationsrevolution im XX Jh., bei. Für die Internationalisierung der US-Politik

war allerdings deren Teilnahme an den zwei Weltkriegen ausschlaggebend. Die Außenpolitik blieb praktisch vom Beschluss der Verfassung der USA an im Kompetenzbereich des Präsidenten, jedoch infolge des gemäßigten Isolationismus der Vereinigten Staaten blieb sie eine lange Zeit am Rande des politischen Geschehens. Infolge der Internationalisierung erfuhr sie aber erhebliche Aufwertung und somit auch die Rolle des Präsidenten im politischen System der USA.

4. *Weltmachtstellung der USA und ihre Rolle als Demokratieverfechter und –verteidiger*
– Der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht bei gleichzeitiger Aufwertung der Außenpolitik, war für das Präsidentenamt, in dessen Kompetenzbereich die Vertretung des Landes nach außen lag, verstärkte nur die Position der Exekutive im politischen System der USA.

Das Präsidentenamt steht also im Mittelpunkt der US-Politik. Es wäre jedoch verfehlt, seine Dominanz mit autoritären Ansprüchen gleichzusetzen, denn der Präsident selbst unterliegt im großen Maße der Kontrolle des Parlaments, also des Kongresses. Die Unterteilung des amerikanischen Kongresses in zwei Kammern entspricht in etwa der Struktur der Bundesversammlung der RF, d.h. einerseits gibt es das direkt vom Volk gewählte Repräsentantenhaus (entspricht der Staatsduma) und andererseits den Senat (entspricht dem Föderationsrat). Gravierende Unterschiede zwischen Russland und den USA bestehen allerdings im Bezug auf die Exekutive. In der amerikanischen Variante ist sie im kleineren Maße mit der Legislative verbunden. Dies resultiert aus der Tatsache, dass der Präsident die Funktionen des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs in einer Person vereinigt (vgl. Hübner 108f). Insofern ist die parlamentarische Kontrolle über die Regierung vergleichsweise beschränkt. Der Regierungschef, also der Präsident, kann nicht einfach „abberufen“ werden, wie es im parlamentarischen Modell der Fall ist. Der Kongress kann höchstens das Impeachment-Verfahren einleiten, der in der Praxis recht umständlich ist. Umgekehrt kann der Präsident den Kongress nicht auflösen – dieses Recht steht sowohl dem russischen als auch dem polnischen Präsidenten, aber nur im Bezug auf die Regierungsbildung, zu

Ein weiterer Unterschied zur parlamentarischen System ist die stärkere Trennung von Legislative und Exekutive, die sich im Verbot der gleichzeitigen Bekleidung von Regierungs- und Parlamentsämtern ausdrückt. Diese Regelung betrifft

allerdings nicht den Vizepräsidenten, der die Sitzungen des Senats leitet (vgl. Hübner 108f). Seine Tätigkeiten sind grundsätzlich auf organisatorische Aufgaben, seltener auf Mediation beschränkt. Dennoch, trotz des fehlenden Stimmrechts, kann er bei der Stimmengleichheit im Senat den Ausschlag geben. Insoweit kann die Exekutive bei ungefähr gleichen Mandatsquoten der beiden Parteien den Senat mehr oder weniger kontrollieren.

Darüber hinaus besitzt der US-Präsident formal keine Gesetzinitiative, in der Praxis stammt jedoch ein Großteil der Gesetzesvorschläge aus der Exekutive (vgl. Hübner 110). Die Präsidentenvetos hingegen können vom Kongress mit 2/3 Mehrheit überstimmt werden. Anders als z.B. in Großbritannien und Deutschland besitzt der Präsident kein absolutes Vetorecht gegen Ausgabengesetze.

Die starke Stellung der Exekutive im politischen System der USA mag den falschen Homogenitätseindruck erwecken. Indessen ist eine Spaltung innerhalb der Exekutive durchaus möglich, wobei es zu einer Polarisierung zwischen dem Präsidenten und seinem Stab auf der einen Seite und den einzelnen Ministern auf der anderen Seite kommen kann. Dies lässt sich auf die Rolle des Kongresses bei der Regierungsbildung, der die Kandidaten für die wichtigsten Regierungsposten bestätigen muss, zurückführen. Allerdings ist die Loyalität der Regierungsmitglieder gegenüber dem Staatsoberhaupt selbst dann nicht gesichert, wenn die Präsidentenpartei im Kongress die Mehrheit der Mandate besitzt, denn sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat Einflüssen unterschiedlicher Interessengruppen ständig ausgesetzt sind.

6.2.2.2. Polen

Die Stellung des Präsidentenamtes in Polen muss im Zusammenhang mit dem paktierten Systemwechsel diskutiert werden. Polen war eines der wenigen Länder, in denen sich die Transformation unter Mitwirkung kommunistischer Kräfte vollzog, was nicht zuletzt für die Ausformung des künftigen politischen Systems prägend war.

Recht problematisch erwies sich zum Beispiel die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die angesichts des Systemwechsels unabdingbar war. Es bestand ein Konsens darüber, dass ein neues Grundgesetz von einem in vollkommen freien Wahlen gewählten Parlament ausgearbeitet werden sollte. Die Parlamentswahlen 1989 hatten jedoch lediglich halbfreien Charakter und die ersten freien Wahlen fanden erst 2 Jahre später statt. Doch auch der Sejm der Ersten Periode vermochte es nicht, eine neue Verfassung zu verabschieden, weil sie schon 1993 nach dem Misstrauensvotum gegenüber der Regierung von Hanna Suchocka aufgelöst wurde. Dafür einigte sich man auf die sog. Kleine Verfassung, die nur die Verhältnisse unter den wichtigsten staatlichen Einrichtungen regelte. Auf ein klassisches Grundgesetz musste man bis 1997, d.h. 8 Jahren warten.

Die Kleine Verfassung war eine Art Zwischenglied zwischen den Ergebnissen der Verhandlungen am Runden Tisch und der Verfassung von 1997. Sie verortete das Präsidentenamt in der Nähe der Exekutive, unter der Voraussetzung allerdings, dass der jeweilige Ministerrat eine präsidentennahe Politik betreiben würde. Insofern genoss der Präsident eine starke Stellung gegenüber dem Parlament, vor allem in der Frage der Regierungsbildung. Er durfte sogar, sollte sich das Parlament zur Bildung einer Regierung unfähig erweisen, selbstständig eine Regierung für maximal 6 Monate berufen.

Die Verfassung vom 1997 beschränkte die Kompetenzen des polnischen Präsidenten deutlich:

1. die zum Stürzen des Präsidentenvetos (das absolute Veto gibt es im politischen System von Polen nicht) notwendige Mehrheit wurde von 2/3 auf 3/5 herabgesetzt.
2. im Falle eines positiven Misstrauensvotums gegenüber der Regierung ist das polnische Parlament nunmehr verpflichtet, einen neuen Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Dies war laut der Kleinen Verfassung nicht der Fall und konnte für den Präsidenten zum Anlass werden, das Parlament aufzulösen und neue Wahlen auszuschreiben.
3. der Präsident darf nicht mehr eine selbständige Regierung für länger als 14 Tage berufen, d.h. bis diese vom Parlament angenommen bzw. abgelehnt wird

Die hier dargestellten wichtigsten Änderungen im polnischen Grundgesetz wurden von einer Reihe anderer Faktoren begleitet, die die Stellung des Präsidenten gegenüber anderen Institutionen schwächten. Die polnische Verfassung anerkennt zwar den Präsidenten als den Staatsoberhaupt, doch anders als in den politischen Systemen Russlands und der USA ist er laut der Verfassung nicht der höchste Vertreter Polens auf der internationalen Arena. Unter anderen ist diese Kompetenz der Streitgegenstand zwischen dem Präsidenten und der Regierung, denn die Verfassung verteilt die Verantwortung für diesen Bereich auf diese zwei Institutionen. Dem Präsident kommt laut der Verfassung die repräsentative Rolle in der Außenpolitik, wobei in der Praxis die Regierung für die Implementierung von internationalen Rechtsakten zuständig ist. Sollten es zwischen dem Präsidenten und der Regierung zu gravierenden Meinungskonflikten bestehen, wäre die Effektivität der polnischen Außenpolitik recht bescheiden.

Der EU-Beitritt Polens spitzte den Streit zusätzlich zu, denn ein Großteil der mitgliedsstaatlichen Aktivitäten auf der EU-Ebene wird vom Ministerpräsident und den zuständigen Ministern koordiniert. Der Präsident vertritt das Land nur bei großen Ereignissen, wie z.B. Zusammentreffen des Europäischen Rates. Angesichts des offensichtlichen Konflikts zwischen dem amtierenden Präsident Lech Kaczyński und dem Premierminister Donald Tusk geht die Zusammenarbeit zwischen den beiden Politikern in gewissen Politikbereichen auf der EU-Ebene nur mühsam voran. Dies sorgt nicht selten für die Verwirrung unter anderen Mitgliedsstaaten, was für die Übersichtlichkeit der polnischen Außenpolitik und folglich auch für deren Effektivität alles andere als fördernd ist.

Erst im November 2009 wurde eine breite Debatte über die notwendigen Verfassungsänderungen angesagt, die dem Kompetenzstreit zwischen diesen beiden Institutionen ein Ende setzten soll. Die polnische Verfassung scheint selbst nach 20 Jahren nach dem Systemwechsel nicht ausgereift zu sein, das politische System Polens befindet sich in diesem Punkt immer noch im Fluss. Es ist jedoch mit Nachdruck festzustellen, dass diese Situation für die innenpolitische Stabilität Polens keine Gefahr darstellt. Es geht vielmehr um die bereits mehrmals angesprochene Effektivität und Übersichtlichkeit der Spielregeln sowie eine eindeutige Kompetenzverteilung.

6.2.2.3. Die Russländische Föderation

Die oben durchgeführte Analyse der Position des Präsidentenamtes in den politischen Systemen Polens und der USA liefert gutes Vergleichsmaterial für die Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation. Im Folgenden wird das Verhältnis des Präsidenten zu den wichtigsten politischen Institutionen in Russland im Hinblick auf die zwei anderen Länder und unter Berücksichtigung der Besonderheiten des politischen Systems der RF rekonstruiert.

Auf die besondere Position des Präsidenten im politischen System der RF weist der Artikel 80 der Verfassung der RF hin:

3. Der Präsident der Rußländischen Föderation bestimmt in Übereinstimmung mit der Verfassung der Rußländischen Föderation und den Bundesgesetzen die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik des Staates. (Art. 80 der Verfassung der RF)

und:

4. Der Präsident der Rußländischen Föderation vertritt als Staatsoberhaupt die Rußländische Föderation innerhalb des Landes und in den internationalen Beziehungen. (Art. 80 der Verfassung der RF)

Anders als im Falle Polens erkennt die russische Verfassung dem Präsidenten im außenpolitischen Bereich nicht nur rein repräsentative, sondern realpolitische Kompetenzen zu. Ähnliches trifft auf den amerikanischen Präsidenten zu, mit dem Unterschied allerdings, dass er auch als Regierungschef fungiert. Insofern ist der Einfluss des russischen Präsidenten im Bereich der Außenpolitik als groß einzuschätzen.

An dieser Stelle sind die innenpolitischen Machtkonstellationen zu hinterfragen, denn eine schwache Stellung des Präsidenten in der Innenpolitik und seine weitgehende Abhängigkeit von anderen innenpolitischen Akteuren könnten seine, selbst weitreichenden, Kompetenzen in der Außenpolitik deutlich beschränken. Zu diesem Zwecke ist das Verhältnis des Präsidentenamtes zum

Parlament, darunter zu den Föderationssubjekten und der Regierung zu rekonstruieren.

Eine Besonderheit des politischen Systems der RF ist das permanent nahe Verhältnis des Präsidenten zur Regierung. Die Ernennung des Ministerpräsidenten erfolgt auf ähnliche Art und Weise wie im polnischen System. Doch erstmal ist die Regierung berufen, unterliegt sie in größerem Maße der präsidentiellen als der parlamentarischen Kontrolle. Dementsprechend hat der Präsident das Recht, die Regierung zum beliebigen Zeitpunkt, ohne meritorische Begründung zu entlassen, wobei dem Parlament das Recht auf ein Misstrauensvotum zusteht. Sollte das Parlament der Regierung das Misstrauensvotum aussprechen, so ist es vorerst vom Präsidenten abhängig, ob der Ministerrat zurücktreten wird.

„Im Falle eines wiederholten parlamentarischen Mißtrauensvotums gegen die Regierung muß der Präsident entweder die Regierung entlassen oder das Parlament auflösen. Letztere Perspektive, die den Mandatsverlust der Abgeordneten impliziert, wird die Parlamentarier bei der Einsetzung jener Instrumente zu einer gewissen Zurückhaltung veranlassen“ (Mommsen 1996:202).

Das Verfahren der Regierungsbildung deckt sich weitgehend mit dem polnischen Modell. Der Präsident ist bei der Ernennung des Ministerpräsidenten an die Zustimmung des Parlaments gebunden. Sollte letzteres der vorgeschlagenen Regierung drei Mal das Misstrauensvotum aussprechen, kann der Präsident das Parlament auflösen und vorgezogene Wahlen anordnen.

Es ist noch bemerkenswert, dass der Präsident unabhängig vom Ministerpräsidenten die Sitzungen des Ministerrates leiten kann. Insofern kommt die Rolle des Präsidenten der RF in der Exekutive der des amerikanischen Präsidenten nahe. Der wesentliche Unterschied liegt allerdings darin, dass letzterer die Funktionen des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten in einer Person vereint.

Die Position des Präsidenten gegenüber der Legislative ist eindeutig stark einzuschätzen. Außer der bereits besprochenen Prärogativen zur Regierungskontrolle gibt es eine Reihe von weiteren Vorrechte, die den Präsidenten

gegenüber dem Parlament begünstigen. Das Präsidentenveto kann zum Beispiel erst mit einer 2/3 durchbrochen werden. In der polnischen Verfassung 1997 wurde z.B. die 2/3 durch 3/5 Mehrheit aufgrund der vergleichsweise schwachen Position des Präsidenten bei gleichzeitiger Zersplitterung der Parteienlandschaft ersetzt.

Der verfassungsmäßige Status der Föderationssubjekte widerspricht dem Aufruf von Jelzin, sie hätten sich soviel Souveränität holen sollen, wie sie schlucken konnten (Der Spiegel 1/1995). Während des Machtkampfes zwischen dem Gorbatschow-Lager und den Reformisten brachte Jelzin die Regionen der RSFSR auf seine Seite, indem er ihnen Freiheiten und weitgehende Unabhängigkeit vom Zentrum versprach. Er setzte damit einen Prozess in Gang, der mit dem Zerfall der UdSSR nicht automatisch endete. Die Souveränitätsbestrebungen der Regionaleliten wurden sogar für den Zusammenhalt der Russischen Föderation gefährlich. Jelzin entweder ahnte eine solche Entwicklung gar nicht oder stellte sie doch in Rechnung und trotzdem entschied sich, das Risiko einzugehen.

Was den verfassungsmäßigen Status der Föderationssubjekte ist festzustellen, dass er stellt einen Kompromiss zwischen der Unterdrückung der Desintegrationerscheinungen und der Gefahr, mit allzu radikalen Schritten Gewaltausbrüche zu provozieren, dar. Die wichtigste Änderung im Vergleich zu der Sowjetzeit war die Ersetzung der lokalen Sowjets mit präsidentiellen Vertretern und Gouverneuren, die vom Präsidenten ernannt werden sollten. Eine Ausnahme stellten dabei die Republiken, die, trotz der formellen Gleichstellung aller Subjekte, spezielle Vorteile genossen, einer davon war die freie Wahl der Republikpräsidenten.

Das verfassungsmäßige Verhältnis der Föderationssubjekte zum Präsidentenamt nimmt sich zum Gunsten des letzteren aus. Dies hängt z.T. mit der ohnehin schwachen Stellung der Provinzen gegenüber der Zentralmacht zusammen. Außer der reinen gesetzgebenden Funktion wird der Föderationsrat als eine der zwei Parlamentskammern laut der Verfassung 1993 in drei Bereichen tätig, und zwar er:

1. entscheidet über den Einsatz von Streitkräften außerhalb der Grenzen der RF.
2. muss der Verhängung des Kriegs- und Ausnahmezustandes zustimmen.
3. entscheidet mit 2/3 Mehrheit über die Amtsenthebung des Präsidenten (Mommsen 2003:41)

In der Ausübung der legislativen Aufgaben ist der Föderationsrat der Staatsduma untergeordnet, denn Einwände des ersteren können mit 2/3 Mehrheit überstimmt werden. Die zur Amtsenthebung des Präsidenten notwendige 2/3 Mehrheit ist in der Praxis ebenfalls nur schwer zu erreichen, zumal bis 1996 Gouverneure (ausgenommen der Präsidenten der Republiken) direkt vom Staatspräsidenten ernannt wurden.

Die in diesem Kapitel dargestellten verfassungsmäßigen Machtverhältnisse zwischen dem Präsidenten und den wichtigsten politischen Einrichtungen in der RF bestätigen die These, in Russland herrsche präsidentielle Staatsordnung.

Dennoch

[waren sich] Mitautoren und Kommentatoren der Verfassung (...) über die Einschätzung der neuen Verfassungsordnung als „superpräsidentiell“, „sempräsidentiell“ oder „dreiviertel-präsidentiell“ nicht einig geworden (Mommsen 1996:203, nach v. Steinsdorff).

In Wirklichkeit wäre eine verlässliche Einschätzung des politischen Systems der RF ohne Berücksichtigung der politischen Praxis verfehlt. Dementsprechend sollen im Folgenden in Anlehnung an die bisherigen theoretischen Erörterungen über die politischen Machtverhältnisse in Russland die wichtigsten Elemente der politischen Praxis dargestellt und somit die eigentliche Machtverteilung unter den Staatsgewalten rekonstruiert werden.

7. Einflussnahme auf die Politik

Der Auseinandersetzung mit formellen politischen Entscheidungsprozessen in Russland folgt die Analyse der Machteliten im Umfeld der Präsidenten der Russländischen Föderation in den Jahren 1993-2008. Jener Analyse wird allerdings ein theoretisches Kapitel vorangestellt.

Im ersten Unterkapitel wird in Anlehnung an Pleines (2005) ein Spektrum an Mitteln der politischen Einflussnahme dargestellt.

„Empirische Untersuchungen haben eine Vielzahl von Mitteln der Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure auf politische Entscheidungsprozesse aufgezeigt (Pleines 2005:41)“,

die sich prinzipiell in vier Gruppen unterteilen lassen. Auf jene Einflussmittel wird im Folgenden kurz eingegangen⁶. Demnächst wird im Unterkapitel 7.2. ein analytischer Rahmen für weitere Analysen abgesteckt

7.1. Strategien der Einflussnahme

Heiko Pleines fasst die Mittel der Einflussnahme auf die Politik zu vier Lobbyismus-Strategien zusammen, und zwar in:

- Kooperative Strategien,
- Legale Vereinnahmungsstrategien,
- Illegale Vereinnahmungsstrategien,
- Konfrontative Strategien (vgl. Pleines 2005:41)

Jede Strategie wird anhand von bestimmten Mitteln der Einflussnahme ausgeführt. Heiko Pleines unterteilt diese Mittel in weitere 4 Gruppen, die in der Tabelle unten dargestellt wurden.

⁶ Nicht alle der dargestellten Mittel der Einflussnahme sind für die Zwecke der vorliegenden Diplomarbeit von Relevanz

Direkte Beeinflussung staatlicher Akteure:

Persönliche Kontakte / Beratungen mit staatlichen Akteuren;
Informationen an staatliche Akteure geben (Daten/Statistiken, Stellungnahmen, Gutachten, Vorlagen für staatliche Gesetze, Verordnungen);
Auftritte/Mitarbeit in Beratungskommissionen von Legislative und Exekutive;
Loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen;
Legale Spenden an Parteien oder Politiker;
Illegale Zahlungen an Parteien, Politiker oder Bürokraten (politische Korruption).

Mobilisierung der öffentlichen Meinung:

Informationen an Massenmedien geben (Interviews, Daten/Statistiken, Stellungnahmen, Gutachten);
Bezahlte Werbekampagnen durchführen;
Massenaktionen organisieren (Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Boykotte, Streiks, Referenden).

Beschreiten des Rechtsweges:

Klagen gegen staatliche Gesetze/Vorschriften;
Prozess gegen staatliche Akteure.

Steigerung der eigenen Handlungsfähigkeit:

Koalitionsbildung mit weiteren nicht-staatlichen oder auch staatlichen Akteuren;
Steigerung der eigenen Finanzkraft;
Schaffung einer Massenorganisation;
Gründung - formal unabhängiger – Frontorganisationen für verschiedene Aufgaben (scheinbar neutrale Expertenurteile, zusätzliche Spenden an Parteien und Politiker, angeblich nicht gewollte Radikalisierung der öffentlichen Debatte, Mobilisierung zusätzlicher Geldmittel).

(Tabelle nach Pleines 2005:42)

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich nur mit einem Ausschnitt der politischen Realität, weshalb nicht alle der oben genannten Mittel der Einflussnahme für ihre Zwecke relevant sind. Dementsprechend werden zum Beispiel Mittel wie Schaffung einer Massenorganisation oder Massenaktionen nicht berücksichtigt, denn sie die Teilnahme von Vertretern von Nicht-Eliten implizieren.

Darüber hinaus können die Mittel der Einflussnahme in „direkte“ und „indirekte“ Mittel unterteilt werden. Erstere setzen eine direkte Interaktion unter Akteuren bzw. Institutionen in der nächsten Umgebung des Präsidenten voraus, z.B. *Strafprozess gegen staatliche Akteure* oder *loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen*, letztere hingegen sind auf Mobilisierung anderer Akteure berechnet, z.B. *Informationen an Massenmedien geben* bzw. *bezahlte Werbekampagne durchführen*. Der Unterschied zur Schaffung einer Massenorganisation oder Mobilisierung von Massenaktionen besteht allerdings in der Passivität bzw. Aktivität der Vertreter von Nicht-Eliten, d.h. in einer Massenorganisation nehmen sie eine aktive Stellung ein, wobei im Falle einer *bezahlten Werbekampagne* werden sie nur implizit in die politischen Prozesse einbezogen, in der Praxis bleiben sie allerdings nach wie vor passive Empfänger.

7.2. Der analytische Rahmen

In Anlehnung⁷ an Pleines (2005) werden im Folgenden die zentralen Faktoren, die die Fähigkeit von Machteliten, die Politik des Präsidenten zu beeinflussen, bedingen, dargestellt:

1. *Netzwerkposition* – es handelt sich um die Zahl von direkten und indirekten Kontakte sowie die Verhältnisse der einzelnen Akteure untereinander.

„Dabei werden zwei zentrale Kriterien genutzt: Erstens die Zahl der direkten und indirekten Kontakte, d.h. die Gesamtzahl der relevanten

⁷ Pleines' Konzept wurde den Bedürfnissen der vorliegenden Abhandlung angepasst. So z.B. wurde einerseits die Variable *Regeln* ausgeklammert, denn im Bezug auf verfassungsmäßige Einrichtungen wurden diese in vorangestellten Kapiteln dargestellt, im Bezug auf informelle Einflussgruppen hingegen gibt es prinzipiell keine Regeln juristischer Natur; andererseits wurde die Aufzählung im Vergleich mit Pleines um einige neue Faktoren ergänzt.

Akteure mit denen Absprachen möglich sind. Zweitens die Möglichkeit, staatliche Akteure gegeneinander auszuspielen. Diese Möglichkeit ergibt sich dann, wenn staatliche Akteure nicht miteinander kooperieren. Gibt es keinen Informationsaustausch zwischen staatlichen Akteuren, können nicht-staatliche Akteure unter Berufung auf den einen staatlichen Akteur den anderen beeinflussen. Befinden sich staatliche Akteure sogar in einem Konflikt, können sich nicht-staatliche Akteure mit einem staatlichen Akteur gegen den anderen verbünden. Sind also zwei staatliche Akteure mit einem staatlichen Akteure entweder durch gegenseitige Ignorierung oder durch Rivalität voneinander isoliert, können nicht-staatliche Akteure als „lachende Dritte“ die staatlichen Akteure gegeneinander ausspielen. Zwischen den staatlichen Akteuren besteht – in der Terminologie von Burt – eine strukturelle Lücke (Pleines 2005:48f).“

Jene „strukturellen Lücken“ müssen allerdings nicht als Informationsdefizite oder fehlende Koordination verstanden werden. Es wäre sicherlich nicht verfehlt davon auszugehen, dass auch persönliche Kontakte („Personalunionen“, Bekanntschaften, etc.) als solche gewisse Spielräume eröffnende „Lücken“ verstanden werden können (siehe Punkt 3).

2. *Ressourcen bzw. Informations- oder wirtschaftliches Potential* – unter Ressourcen sind hauptsächlich Informationen und finanzielle Mittel zu verstehen. Es ist jedoch anzumerken, dass im Bezug auf Finanzen nicht unbedingt der Besitzstand, sondern die gezielte Anwendung jener Mitteln den endgültigen Erfolg bedingen können. Bezüglich der Informationen können diese sowohl an die Öffentlichkeit (Medien) als auch an nicht-öffentliche Akteure („Silowiki“) gerichtet werden.
3. *Persönliche Beziehungen zum Präsidenten bzw. persönliche Präferenzen des Präsidenten* – Unter Umständen können persönliche Kontakte zum Präsidenten bzw. dessen Gunst die Einflussmöglichkeiten eines Akteurs bzw. einer Gruppe von Akteuren steigern.
4. *Wahrnehmung in der Öffentlichkeit* – Öffentlich anerkannte und angesehene Akteure genießen weitaus größere Einflussmöglichkeiten als andere, meistens informelle Akteure, Es fällt durchaus schwieriger solche angesehenen Akteure ohne weiters zu marginalisieren.

8. Machteliten in Russland

In diesem Teil der vorliegenden Diplomarbeit sollen die aus der politischen Praxis resultierenden Machtverhältnisse unter regierenden Eliten im Umfeld der Präsidenten der RF rekonstruiert werden. Dem chronologischen Prinzip folgend wird zuerst die Situation während der Präsidentschaft Boris Jelzins, dann der Wladimir Putins, dargestellt.

Wie aus den bisherigen Erörterungen hervorgeht, ist dem Präsidentenamt in der Russischen Föderation laut der Verfassung ein großer Stellenwert zuzuschreiben. Dies trifft sowohl auf seine im Vergleich zu anderen politischen Einrichtungen ausgebauten Prärogativen sowie auf seine Legitimität zu, denn der klassischen Volksvertretung, dem Parlament, im politischen System der RF ein relativ bescheidenes politisches Gewicht zukommt.

Dennoch ist selbst eine solch mächtige Figur wie der Präsident der Russländischen Föderation einerseits auf die Unterstützung seiner Entourage angewiesen und andererseits Einflüssen zahlreichen Einflussgruppen ausgesetzt.

Die verfassungsmäßigen Staatsgewalten gemeinsam mit informellen Machteliten bilden eine Machtstruktur, die die Politik des Staates auf höchster Ebene kreieren. Die Machtverhältnisse befinden sich ständig im Fluss, woraus sich ein gewisser Spielraum für Fluktuationen in den Machtkreisen ergibt. In Abhängigkeit von bestimmten Faktoren (ökonomischer, politischer, personeller, etc. Natur) kann es zu Rotationen bzw. Verschiebungen unter den Machteliten kommen.

Dieses Teil der Arbeit soll Antworten auf die Frage nach den Ursachen der Fluktuationen der Machtverhältnissen unter den Machteliten im Umfeld des Präsidenten, sowie den Aufschluss über das mit dem Präsidentenamt verbundenen politischen Potential, geben.

Nach der Einleitung werden im Unterkapitel 8.1.1. die Verhältnisse unter den formellen politischen Institutionen während der zwei Amtszeiten von Boris Jelzin. Der Unterschied zum Kapitel 6.2. besteht darin, dass der Fokus eher auf die politische

Praxis denn auf den Verfassungstext gelegt wird. Demnächst wird die Auseinandersetzung mit Machteliten im Umfeld des Präsidenten fortgeführt.

8.1. Machteliten während der Präsidentschaft von Boris Jelzin

In den 1990er Jahren war während der Präsidentschaft von Boris Jelzin die Stabilität eine Defizitware. Es war eine Zeit, in der verschiedene Konzeptionen der politischen, ökonomischen und sozialen Ordnung aufeinander stießen, was einerseits zu nicht selten heftigen Machtkämpfen zwischen politischen Gruppierungen führte, andererseits aber unterschiedlichen außerpolitischen Interessengruppen den Zugang zu den staatlichen Entscheidungseinrichtungen ermöglichte. Die neuen Machtkonstellationen hatten sogar genug Potential, um die Verfassungsordnung in Frage zu stellen, denn nunmehr war es nicht immer ohne weiteres möglich, formelle und informelle Einflüsse auseinanderzuhalten. Dies schlug sich am deutlichsten in der Verflechtung von Politik und Wirtschaft nieder⁸, die anders als in westlichen Demokratien nicht institutionalisiert ist und nicht von der Gesellschaft kontrolliert wird (vgl. Lapina 1997:7).

Dennoch genoss der Präsident bis 1995/1996 in der Öffentlichkeit die Reputation des eigentlichen politischen Zentrums in der Russländischen Föderation. Dieses Bild mag insofern trügen, denn

„Transitologen schreiben gerade Verfassungen mit präsidentieller Dominanz das Entstehen (informeller Opportunitätsstrukturen – S.S.) zu. Wie Wolfgang Merkel anmerkt, führen diese Verfassungen zur Intransparenz und zur Verlagerung der Entscheidungsfindung «aus den formalen Institutionen in einen informellen Kreis von Personen», «die als verfassungsgemäß nicht vorgesehene und nicht kontrollierbare Beraterstäbe, Küchenkabinette und präsidentielle Kamarillas agieren» (Mommsen 2004:44).“

⁸ Lapina spricht in diesem Zusammenhang von einer *außerökonomischen Logik*, die im Eindringen des Staates in alle Sphären des Wirtschaftslebens besteht und mit dem klassischen Verständnis vom Markt nicht vereinbar ist (vgl. Lapina 1997:5).

Margareta Mommsen vertritt hierbei die Meinung, die undurchsichtige informelle Machstrukturen seien bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Verfassung fest etabliert gewesen (vgl. Mommsen 2004:45). Unklar ist allerdings, inwiefern jene Machstrukturen inzwischen auf die nächste Umgebung des Präsidenten einzuwirken bzw. in sie einzugreifen vermochten, denn bis 1995 waren die unternehmerischen Eliten gar nicht daran interessiert, ihren Machtkampf in aller Öffentlichkeit zu führen (vgl. Petuchow, Wjunizkij 1997:5).

„Natürlich stand der unsichtbare Kampf im Apparat um Ressourcen und Einfluß keine Minute still, aber drei Jahre lang (von 1992 bis 1995) traten die unternehmerischen Eliten öffentlich in keiner Weise größer in Erscheinung (Petuchow, Wjunizkij 1997:5f).“

Sollte Jelzin doch sie kontrollieren können, gab es trotzdem in seiner Entourage genug Personen, etwa Mitglieder der Präsidialadministration, des Beratungsstabes oder auch der Regierung, die angesichts der sich bereits während der ersten Amtszeit andeutenden Gesundheitsprobleme von Jelzin versuchten, auf den Präsidenten direkten Einfluss zu nehmen.

Dennoch kann man Boris Jelzin trotz all der Abhängigkeiten und des Einflusses informeller Netzwerke Einzelgänger nennen, denn er

„hat sich in seiner Karriere, die er wie Gorbatschow im Apparat der Kommunistischen Partei begonnen hat, nie sonderlich mit persönlichen und politischen Loyalitäten aufgehalten. (...) Boris Jelzin ist von seiner Persönlichkeit her kein »rationaler« Mensch und Politiker. Seine herausragende Begabung besteht vor allem darin, Machstrukturen richtig einschätzen zu können, politische Verhältnisse richtig im Bezug auf seine eigene Ambitionen zu gewichten und Menschen danach zu beurteilen und einzusetzen, wie sie seinen politischen Zielen nutzbar gemacht werden können (Riese, Riese 1997:14).“

Aus dieser Charakteristik ergibt sich ein Bild Jelzins als kompromisslosen und pragmatischen Politikers⁹. In diesem Zusammenhang kann man vom gewissen

⁹ Obwohl eine solche Beurteilung Jelzins mit seinen politischen Ambitionen, eine von einem starken Präsidenten geleitete Zentralmacht zu schaffen, übereinstimmt, sei bei deren unkritischen Annahme gewisse Vorsicht geboten.

Misstrauen Jelzins gegenüber seinen Mitarbeitern, selbst den nächsten, ausgehen. Dementsprechend versuchte er so lange wie möglich, gemäßigte Distanz zu seiner Umgebung zu pflegen, um das Präsidentenamt, das gemäß seiner Vorstellung das Zentrum des politischen Lebens in Russland darstellen sollte, nicht in Abhängigkeitsverhältnisse mit anderen Machtpolen zu verwickeln¹⁰.

Sollte jene Kompromisslosigkeit Jelzin als konsequenten und gut organisierten Politiker erscheinen lassen, so bringen seine zwei weiteren Eigenschaften, die Unberechenbarkeit und die Unbekümmertheit, das ganze Bild durcheinander. Erstens hinterließ er bei Journalisten häufig den Eindruck dreier verschiedener Persönlichkeiten.

„Das Bild wechselte vom Populisten zum Reformier und von diesem zum typischen sowjetischen Apparatschik. Pressesekretär Kostikow sah in Jelzin die gleichzeitige Verkörperung aller typischen Charaktere Rußlands, ob es nun bekannte Volkshelden, Revolutionäre oder Fürsten waren, so wie diese in der klassischen russischen Literatur Gestalt erhalten hatten (Mommsen 2004:44).“

Jelzins "vielen Gesichtern" lag über seine persönliche Veranlagung hinaus der teilweise Misserfolg seiner Reformpolitik zugrunde. Er war sich bewusst, nicht alle demokratischen Vorstellungen verwirklicht zu haben (vgl. Mommsen 2004:44). Sein unberechenbares Verhalten konnte dementsprechend auf der einen Seite mit dem Machtlosigkeitsgefühl und großer Enttäuschung in Verbindung gebracht werden. Auf der anderen Seite konnte es aber ein Ausdruck des Missverständnisses der Rolle eines demokratischen Präsidenten oder von demokratischen Prinzipien überhaupt sein. Höchstwahrscheinlich zeugte es aber von Jelzins schrittweisem Abgehen von dem einst eingeschlagenen Weg demokratischer Reformen. Eine solche Entwicklung ließ nicht optimistisch in die Zukunft blicken, denn sie könnte ein Indiz für die Bereitschaft des Präsidenten sein, demokratische Prinzipien in der Ausübung seines Amtes umgehen zu wollen.

¹⁰ Der Umbruch kam erst Mitte der 1990er Jahre, als die Finanz- und Industrieeiten infolge eines Zusammenspiels von Umständen sich den Zugang zu den höchsten Entscheidungskreisen verschafften.

Darüber hinaus war Jelzins Vorliebe für trostloses Feiern nicht gerade die angebrachteste Eigenschaft eines Präsidenten bzw. gar eines Demokraten. Den umfassendsten Aufschluss über Jelzins «höfisches Leben» (vgl. ebd.:46) geben Äußerungen seines ehemaligen Leibwächters, Alexandr Korschakows. Diese sind allerdings nur mit Vorsicht zu behandeln, denn Korschakow, der seiner Zeit zu Jelzins engsten Mitarbeiterkreis zählte, wurde vom Präsidenten fast über Nacht entlassen. Er hätte wahrscheinlich keine Hemmungen davor, die ohnehin unpopuläre Fakten aus dem Leben seines ehemaligen Vorgesetzten um einiges auszusmücken, um sich für sein Unrecht zu revanchieren. Jedoch zu Jelzins Unglück bestätigen diese Mutmaßungen auch andere Personen aus seiner Entourage, u.a. sein Pressesekretär Kostikow.

Darüber hinaus gab Jelzin selbst zahlreiche Anlässe zu Spekulationen über seine prekäre Gesundheit oder einen zu reichlichen Alkoholgenuss, als er des Öfteren Auftritte in der Öffentlichkeit scheute und das Interesse an politischen Aufgaben vermissen ließ (vgl. ebd.:44).

Dazu kommt schließlich Jelzins Vorliebe für „monarchische“ Gesten.

„Zunehmend machte sich ein wahrhaftig byzantinischer Stil der äußeren Machtentfaltung breit. Jelzin sprach immer häufiger von dem Präsidenten in der dritten Person. Das neue Amtsverständnis kam in pompösen Ritualen zum Ausdruck. Dazu gehörten die «Präsidentenfanfaren», die von Dirigenten des «Präsidentenorchesters» sogar eigens «für den Auftritt des Präsidenten bei feierlichen Angelegenheiten» komponiert worden waren. Dem Amtsethos eines demokratischen Präsidenten war der neue bombastische Stil inszenierter Autorität wenig förderlich. (Mommsen 2004:51).“

Zusammenfassend lassen die bisherigen Überlegungen Jelzin als einen Politiker erscheinen, der mental noch teilweise in der Sowjetzeit hängen blieb und dem die Anpassung an die neue Realität und neue Herausforderungen des nichtkommunistischen Systems¹¹ nur schwer fiel. Boris Nikolajewitsch sah in der Unterstützung des Volkes die Bestätigung seiner Legitimität als Präsidenten. Inzwischen jedoch nahm diese, zum Teil auch infolge seines nonchalanten

¹¹ Eine ins Detail gehende Systemanalyse gehört *nicht* zur Aufgabenstellung der vorliegenden Arbeit.

Verhaltens, deutlich ab. Der auf der Bühne tanzende Boris Jelzin bewährte sich als Kandidat zum Präsidentenposten, im grauen Alltag verfehlte er jedoch das Bild eines starken Staatsoberhauptes bzw. eines Volksführers¹² und sorgte in der Öffentlichkeit eher für Konsternation und Misstrauen als für Zustimmung und Anerkennung. Die entstandene Legitimitätslücke stellte sich für andere Akteure, insbesondere für die sog. Oligarchen, als eine hervorragende Gelegenheit heraus, ihre Einflüsse auf die nächste Umgebung des Präsidenten zu erweitern.

Jelzins Persönlichkeit bzw. Charakterzüge sind also ein nicht unwesentlicher, wenn nicht in manchen Fällen entscheidender Faktor für die Entwicklung informeller Machtstrukturen. Nichtsdestoweniger waren es nicht nur die vom Präsidenten abhängigen Variablen, die die Verschränkung formeller und informeller Einflüsse bedingten und insgesamt auf die Position des Präsidentenamtes im politischen System der RF einwirkten.

Im Folgenden werden jene Variablen bei der Auseinandersetzung mit Einflussgruppen, die während Boris Nikolajewitsch Jelzins zwei Amtszeiten als Machteliten galten bzw. zu denen aufstiegen, mitberücksichtigt. Dabei ist zu beachten, dass es sich nicht um völlig separate Gruppen handelt, denn physische Personen können manchmal mehreren Formationen angerechnet werden. Erstens ergibt sich dies aus der Verschmelzung von formellen und informellen Einflüssen, andererseits hängt dies mit der subjektiven Identifizierung von einzelnen Gruppen¹³. Ein Musterbeispiel stellt hierbei die Person von Anatoli Tschubais, der sich als Leiter der Präsidialadministration, liberaler Reformier und Mitglied der „Kremlfamilie“, sowie der Finanz- und Industrieelite einordnen lässt.

Der eigentlichen Auseinandersetzung mit den Machteliten der Jelzin-Ära wird eine Analyse der Verhältnisse unter den wichtigsten politischen Subjekten in der Russländischen Föderation vorangestellt. Der Mehrwert einer solchen Analyse im

¹² Diese Bezeichnung orientiert sich an der russischen Tradition eines starken Führers, eventuelle Assoziation mit dem Nazideutschland ist hier nicht beabsichtigt.

¹³ Die sog. Jelzin-Familie kann z.B. je nach Betrachtungsweise als eine kohärente oder eine heterogene Einflussgruppe oder schließlich als eine bloße Sammelbezeichnung für Günstlinge des Präsidenten, die sonst keine gemeinsamen Eigenschaften aufweisen bzw. Ziele verfolgen.

Vergleich zu dem Kapitel 6.2.1. besteht darin, dass nun der Fokus weniger auf die im Verfassungstext verankerten Zuständigkeiten, sondern vielmehr auf die aus der Praxis hervorgehenden realpolitischen Machtverhältnisse gelegt wird.

8.1.1. Verhältnisse unter den wichtigsten politischen Subjekten

Die Verfassung von 1993 legte zwar den Grund zur gegenwärtigen Staatlichkeit der Russländischen Föderation, dennoch war es die politische Praxis, die die realen Machtverhältnisse bestimmte. Jene Verhältnisse unter den wichtigsten politischen Einrichtungen der RF mit dem Fokus auf das Präsidentenamt bedürfen einer Analyse, um eine Einsicht in das politische Potential des Staatsoberhauptes zu bekommen.

Präsident und Parlament

Kennzeichnend für das Verhältnis von Präsident und Parlament war die Distanzierung des ersteren von der parlamentarischen Basis der demokratischen Kräfte, der Partei „Demokratische Russland“.

„[Es] war zu beobachten, daß Jelzin zu seinen radikalen Mitstreitern in der Bewegung schon 1991 auf Distanz ging und daß umgekehrt diese die neue Exekutive unter Jelzin nicht unterstützen wollten. Beiden Seiten lag viel daran, eine – sichtlich falsch verstandene – gegenseitige Abhängigkeit zu vermeiden (Mommsen 2004:29).“

Dies lässt sich mit zwei Faktoren erklären. Erstens liegt die Ursache in Jelzins Erfahrungen mit der „Doppelherrschaft“. Jelzin, der seiner Zeit zu „mehr Aktion“ aufrief, sah in den parlamentarischen Strukturen eine Bremse für Reformen. Außerdem strebte Jelzin ein starkes Präsidentenamt an, das ermöglichen würde, das Land ungestört durch andere Subjekte zu modernisieren und ferner zu verwalten. Selbst wohl die wichtigste Eigenschaft eines Parlaments – die Legitimation des Volkes – wollte der damalige Präsident abschwächen indem er sich als der Präsident „aller Russen“ bekannte (vgl. ebd.:29). Damit war seine Unwilligkeit verbunden, eine Präsidentenpartei zu bilden.

„Jelzin wollte über den Parteien stehen (...). Im übrigen hatte er nach seinem Austritt aus der KPdSU kein Verlangen, sich neuen Parteizwängen zu unterwerfen. (ebd.:29).“

Der Präsident vertrat die Meinung, dass eine Präsidentenpartei früher oder später unweigerlich Ähnlichkeiten mit der alten KPdSU annehmen würde (vgl. ebd.:29). Damit hing die Marginalisierung des Parlaments über die beiden Amtszeiten Jelzins zusammen. Schwach ausgebildete Parteienlandschaft und fehlende gesellschaftliche Basis der Parteien trugen nicht zuletzt zur Stärkung des Präsidenten gegenüber der Staatsduma und dem Föderationsrat bei. Nicht ohne Bedeutung waren schließlich Jelzins politische Ambitionen und dessen einseitige Auslegung der Verfassung. Das Parlament behielt zwar seine verfassungsmäßigen Prärogativen, Jelzins Auffassung der politischen Kultur war allerdings von dessen Erfahrungen mit dem Volksdeputiertenkongress geprägt. Er sah dementsprechend im Präsidentenamt die allen anderen übergeordnete politische Einrichtung.

Während der zweiten Amtszeit Jelzins boten sich zwei Momente, wo das Verhältnis zwischen Präsident und Parlament sich tiefgreifend verändern konnte. Zuerst rief Jelzin nach seiner Widerkehr 1998 infolge Auseinandersetzungen mit Oligarchen und der Diskreditierung von Tschubais und Nemzow die Regierung Tschernomyrdin ab. Der neue Ministerpräsident Kasjanow wusste es gegen die Wirtschaftskrise nicht vorzugehen und wurde bald auch zum Rücktritt aufgefordert. Eine neuerliche Nominierung Tschernomyrdins, die im Interesse des Großkapitals lag, würde wahrscheinlich nicht wieder Unterstützung in der Duma finden. Dies war ein Moment, in dem bei der Ernennung eines neuen Premierministers tatsächlich auf das Parlament Rücksicht genommen wurden.

Ferner konnte die gegen Jelzin eingeleitete Amtsenthebungsverfahren die politische Praxis im Lande wieder auf verfassungsmäßige Gleise bringen. Jelzin entließ jedoch unerwartet Primakow und erzielte damit eine doppelte Aufwertung gegenüber dem Parlament. Einerseits vergrößerte damit die Chance auf ein Scheitern des Impeachmentsverfahrens, denn die Abberufung der zwei wichtigsten Personen im Lande binnen nur 3 Tagen würde in der Öffentlichkeit schlecht ankommen. Zweitens könnte der im Amt bleibende Jelzin praktisch einen beliebigen

Kandidaten für Ministerpräsidentenposten nennen ohne auf irgendeinen Widerstand seitens der Abgeordneten zu stoßen. Der Ausgang des Streits fiel letztendlich zugunsten der Exekutive aus.

Präsident und Regierung

Der Präsident und die Regierung standen aufgrund des verfassungsmäßigen Prinzips der doppelten Exekutive von Anfang an in einem nahen Verhältnis zueinander. Vor der Auflösung des Volksdeputiertenkongresses vereinte sogar Jelzin ähnlich dem amerikanischen Präsidenten eine kurze Zeit die Posten des Präsidenten und des Regierungschefs. Die vom Kongress erzwungene Ernennung eines selbstständigen Ministerpräsidenten führte zur Nominierung Jegor Gaidars, der als erster liberaler Reformers in Jelzins Umgebung galt (für Näheres siehe Kapitel 8.1.4). Die Regierung Gaidar zeichnete jedoch die weitgehende Abhängigkeit vom Parlament ab. Erst die Verfassung von 1993 stellte das Kabinett vornehmlich der präsidentiellen Kontrolle. Die Regierung Tschernomyrdin, der bewundernswert über 7 Jahre lang im Amt blieb, war aber auch aus einem anderen Grund dem Parlament nur theoretisch rechenschaftspflichtig:

„Die Krasse Unterentwicklung der politischen Parteien in Rußland stand in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu den mächtigen, aber informellen ökonomischen Interessengruppen, die in der Politik den Ton angaben. Die zeigte sich in dem ganz besonderen «repräsentativen» Charakter der Ministerkabinette, in denen die alten und die neuen Wirtschaftslobbies dominierten, während weder Parlament noch Parteien auf die Zusammensetzung der Regierungen einzuwirken vermochten. Die Kremlführung sah aufgrund der disparaten Kräfteverhältnisse und der Dominanz nationalistischer und kommunistischer Parteien in der Staatsduma offensichtlich gar keine Möglichkeit; die Regierungsbildung auf einer parlamentarischen Grundlage zu betreiben. Die Schwäche der demokratischen Kräfte und die allenthalben fehlende Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auch nur innerhalb der einzelnen Lager geschweige denn zwischen diesen ließ die Frage etwaiger Koalitionen als Basis eines Regierungsbündnisses erst gar nicht aufkommen. Das Kabinett wurde zwar nach dem ersten demokratischen Urnengang umgebildet, allerdings ohne Rücksichtnahme auf das neu gebildete Parlament (Mommson 2004:60).“

Dementsprechend verhielt sich das Kabinett komplementär zum Präsidenten und dessen Administration. Theoretisch konnte Jelzin die Regierung zum beliebigen

Zeitpunkt ohne jegliche Begründung entlassen. In Wirklichkeit war jedoch die Regierung Tschernomyrdin Ergebnis eines Kompromisses zwischen den kommunistischen und demokratischen Kräften. Tschernomyrdin, der sich selbst am liebsten als „Zentrist“ bezeichnete, war ein angesehener Wirtschaftsökonom, der gleichzeitig als Jelzins Transformationsarchitekt galt. Dennoch spielten bei der Regierungsbildung eher informelle Machtkonstellationen denn Präferenzen des Regierungschefs die entscheidende Rolle.

„Präsident Jelzin machte keinerlei Anstalten, entsprechend dem jetzt geltenden Verfassungsprinzip der dualen Exekutive seinem Premierminister (Tschernomyrdin- S.S) bei der Zusammensetzung des Kabinetts eigene Initiativen zu überlassen. Vielmehr versuchte Jelzin seine kraft Verfassung gestärkte institutionelle Macht im Bereich der Exekutive sofort zur Geltung zu bringen. Er weitete die Hoheitsgewalt der Präsidialadministration aus und unterstellte sich unmittelbar die Ministerien, die im besonderen Maße das Gewaltmonopol des Staates verkörpern. Dies waren die Ministerien der Verteidigung, des Inneren und des Äußeren sowie die Geheimdienste (Mommson 2004:61).“

In politischer Hinsicht war Tschernomyrdin als Ministerpräsident eine Person an der richtigen Stelle. Einerseits verkörperte er einen aufrichtigen und zuverlässigen Spezialisten, andererseits wurde er von allen bedeutenden politischen Kräften im Lande geduldet. Insofern wurde seine Entlassung binnen der 7 Jahre nie ein Thema. Dass diese von Jelzin letztendlich unterschrieben wurde, war von Faktoren bedingt, die von Tschernomyrdin unabhängig waren.

1998, als Jelzin nach seiner schweren Herzkrankheit seine Tätigkeit als Präsident wieder aufnahm, entschied er sich, die seiner Meinung nach zu weit fortgeschrittene Abhängigkeit von Oligarchen aufzulösen. Diese Aufgabe überließ er seinen Jungreformern, Tschubais und Nemzow, die inzwischen die Posten der Ersten Vizepremier antraten. Der einflussreichsten Oligarch Boris Beresowskij bereitete umgehend einen Gegenschlag, indem er die beiden Vertrauten des Präsidenten über seine Radio- und Fernsehsender diskreditierte. Sie wurden damit für eine unbestimmte Zeit aus dem politischen Leben ausgeschlossen, woran das Mächtigegleichgewicht zwischen der Präsidialverwaltung und der Regierung litt. Das entstandene Machtvakuum musste für die damaligen Insider erkennbar sein.

Dennoch war Entlassung Tschernomyrdins 1998 für die breite Öffentlichkeit eine Überraschung.

„Tatsächlich entließ Jelzin Ende März 1998 mit einem unerwarteten Paukenschlag Tschernomyrdin und die gesamte Regierung. Die Öffentlichkeit wurde davon ebenso überrascht wie die betroffenen Minister. Der offenkundigen Geste autokratischer Willkür, die im übrigen gegen den ausdrücklichen Rat der «Familie» erfolgte, lag überwiegend die Eifersucht des Präsidenten auf seinen Premierminister zugrunde, der in den letzten Monaten zunehmend an Autorität gewonnen hatte (Mommsen 2004:76).“

Mommsen sprach hier von politischer Willkür, obwohl die Verfassung der RF dem Präsidenten ausdrücklich das Recht gewährt, die Regierung zum beliebigen Zeitpunkt zu entlassen. Trotzdem ist die Anmerkung der Wissenschaftlerin keinesfalls unangebracht. Ausschlaggebend ist dabei die Intention des Präsidenten, denn Jelzin ließ sich bei der Entlassung der Regierung vielmehr von Emotionen und seinem persönlichen Ehrgefühl als von der Staatsräson leiten. Ein solches Verhalten geht natürlich ungeachtet der verfassungsmäßigen Regelungen an der politischen Kultur eines demokratischen Landes vorbei. Darüber hinaus schuldet der Präsident in solchen Situationen der Öffentlichkeit, insbesondere seinen Wählern, eine sinnvolle und nachvollziehbare Begründung, auch wenn die Verfassung ihn dazu nicht verpflichtet. Jelzin bediente sich indes einer fragwürdigen Ausrede. Er stellte nämlich fest, dass das Land „eine neue Mannschaft, die sich weniger um Politik kümmert und sich mehr auf die Entscheidung konkreter Fragen konzentriert“ (vgl. Mommsen 2004:77).

Tschernomyrdins Nachfolger, Sergej Kirijenko, fand durchaus bescheidene Akzeptanz der Opposition. Seine Kandidatur wurde eher als ein Experiment Jelzins empfunden und nicht als eine sonnvolle Nachfolge des ehemaligen Gasprochefs.

„Erst im dritten Durchgang erreichte Kirijenko am 24. April 1998 das Plazet von nur 251 Ja- gegen 25 Nein-Stimmen. (...) Die Abgeordneten begründeten ihr Einknicken zuletzt damit, daß man nur einer drohenden endgültigen Auflösung der Duma vorgebeugt habe. Der Dumasprecher Gennadij Selesnjow drückte dies so aus: «Die Duma stimmt nicht für Kirijenko, sondern für ihr eigenes Überleben» (ebd.:78).“

Darin kam noch einmal die Überlegenheit des Präsidenten gleichzeitig gegenüber dem Parlament und der Regierung zur Geltung. Diese sollte allerdings nur noch eine kurze Zeit andauern, denn die Wirtschaftskrise 1998 brachte die Machtverhältnisse in den höchsten politischen Kreisen der RF durcheinander. Der erste Faktor war die fehlende Unterstützung für die Regierung Kirijenkos sowie seine fragwürdigen Qualitäten als Chef des Ministerkabinetts überhaupt, verschweige denn in einer Krisensituation. Kirijenko wandte sich deshalb an die Technokraten Tschubais und Gaidar, von denen er sich behilfliche Ratschläge versprach. Ihre Empfehlung, eine Rekonsolidierung der russischen Finanzen gemäß der Richtlinien des IWF zu verabschieden, stieß auf den Widerstand von Oligarchen, vornehmlich von Beresowskij, die befürchteten, ihre bisher privilegierten Positionen zu verlieren (vgl. ebd.:79). Beresowskij schlug wiederum vor, Kirijenko zu entlassen und Tschernomyrdin zur Rückkehr zu überzeugen. Jelzin folgte zu seinem Unglück dem Ratschlag und löste auf diese Weise Konsternation in der Staatsduma aus. Ein Einlenken der Duma in dieser Frage wäre mit deren Unterordnung einem „Superpräsidenten“ gleich. Wenn bei der Nominierung Kirijenkos „das Parlament für sein eigenes Überleben stimmte“, so wäre für die Parlamentarier eine neuerliche Zustimmung dem präsidentiellen Vorschlag eine Demütigung.

Einen Ausweg aus dieser Situation bot die Kandidatur von Jewgenij Primakow, der nicht zu Jelzins nächsten Mitarbeitern, verschweige denn zu dessen Günstlingen, zählte. Primakow war ein Politiker mit charakteristischem Profil. Eben seine Distanz zum „Jelzin-Lager“ sowie den Fraktionen des bürokratischen Kapitals war ein Argument, das die zum Präsidenten in Opposition stehenden Kräfte überzeugen konnte. Für Jelzin hingegen stellte wahrscheinlich die starke Persönlichkeit Primakows eine Garantie dessen, dass er sich nicht vom Parlament oder gar von den Kommunisten dominieren lässt, dar. Primakow selbst machte deutlich, dass er neben dem Präsidenten und der Opposition eine dritte politische Kraft im Lande bilden will. Einerseits distanzierte er sich von Jelzin, indem er die Regierung auf die parlamentarische Mehrheit stützen wollte. Andererseits scheute er eine übermäßige Abhängigkeit von den Parteien und deklarierte, die Zusammensetzung der Regierung solle auf Fachleuten basieren (vgl. ebd.:80).

„Primakow schätzte die politische Couleur seines eigenen Kabinetts als «links-zentristisch» ein. Tatsächlich vereinigte er in seinem Kabinett Repräsentanten aus den Lagern der «Demokraten», «Zentristen» wie der Kommunisten. Es war im übrigen die erste Regierung, die ohne Einfluß von Wirtschaftslobbies auskam. (...) (Primakow) ging es darum, dem «Inzest» von Politik und Big Business ein Ende zu setzen (ebd.:80).“

Die große und weiterhin steigende Popularität Primakows stellte die Gefahr in Aussicht, Jelzin und die hinter ihm stehenden informellen Machtstrukturen zu marginalisieren. Deshalb war die Entlassung der Regierung keine Überraschung. (zur Rolle der Familie in der Entlassung Primakows siehe Kapitel 8.1.5.). Überraschte allerdings deren Zeitpunkt. Für den 15. Mai 1999 wurde die Eröffnung eines Verfahrens zur Amtsenthebung des Präsidenten angesetzt und Primakow wurde am 12. Mai entlassen.

Die Abberufung der Regierung und das Scheitern des Amtsenthebungsverfahrens stärkte den Präsidenten bzw. die entscheidungsfähige Kremelfamilie weitgehend. Insofern stand einem neuen präsidentiellen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten und damit den Vorbereitungen zu Jelzins Nachfolge nichts mehr im Wege (für Näheres siehe Kapitel 8.1.).

Präsident und Föderationssubjekte

Die Einstellung Jelzins zu den Regionen veränderte sich nach 1993 diametral. Der Aufruf an die Föderationssubjekte, sie sollten sich so viel Unabhängigkeit nehmen, wie sie schlucken konnten, stand im klaren Widerspruch zu der späteren Politik Jelzins. Seine Bemühungen, die Provinzen der Kontrolle der Zentralmacht zu unterwerfen blieben allerdings erfolglos. Es gelang zwar Jelzin die Einheit des russischen Staates zu bewahren, dennoch kam es während seiner zwei Amtsperioden zur weitreichenden Dezentralisierung in den Beziehungen zwischen der Zentralmacht und den Föderationssubjekten. Diese wurde durch die Einführung der direkten Wahl der Gouverneure 1995/1996 nur noch verstärkt.

8.1.2. Präsidialadministration

Die Präsidialadministration wurde 1991 als die auf Dauer wichtigste und politisch mächtigste Einrichtung geschaffen (vgl. Mommsen 2004:35).

„Ursprünglich wurde sie in erster Linie als Behörde für die «Perspektivplanung» und die laufende Tätigkeit des Präsidenten ins Leben berufen. Die wechselnden Leiter der Administration versuchten [allerdings], entsprechend ihrem eigenen Verständnis von Politik und Verwaltung die Institution zu prägen und immer wieder neu zu gestalten (ebd.:35).“

Tatsächlich blieb die Administration zumindest in der ersten Hälfte der 1990er Jahre teilweise ein politisches Werkzeug in den Händen von Boris Jelzin. Die Ersetzung des ersten Leiters der Präsidialadministration Jurij Petrows durch Sergej Filatow, den bisherigen Stellvertretenden Parlamentssprecher war darauf berechnet,

„ein demokratisches Gegengewicht zu dem neuen Regierungschef Tschernomyrdin sicherzustellen, da dessen Qualitäten als Reformier noch nicht sofort absehbar waren (ebd.:36).“

Jelzin betrieb also eine Politik des Gleichgewichts unter den einzelnen Regierungsorganen und deren Leitern (vgl ebd.:36).

Über die politische Funktion hinaus sollte die Präsidialadministration eine administrative, organisatorische und zum Teil auch strategische Basis des Präsidenten bilden. Filatow erwies sich dabei als einfallsreicher und geschickter Architekt (vgl. ebd.:36), der die Einrichtung im Hinblick auf ihre Aufgabenkatalog modernisierte und z.T. neugestaltete¹⁴. Es gelang ihm die Administration so zu reformieren, dass diese erhebliche Einflussmöglichkeiten auf die Politik des Präsidenten erlangte.

„Die Administration wurde in verschiedene «politische» und «organisatorische» Abteilungen aufgegliedert. Zu ihnen zählte die Einführung wichtiger Scharniere zwischen staatlichem Apparat und gesellschaftlichen Kräften. Filatow gründete beispielsweise Abteilungen für «die Arbeit mit den Regionen», für «Kontakte zu den gesellschaftlichen

¹⁴ Die Neugestaltung und Modernisierung der Präsidialadministration orientierte sich am Vorbild der Administration der amerikanischen Präsidenten.

und politischen Organisationen» und für die «Beziehungen zum Parlament» (...). Filatow schuf im übrigen in jeder Abteilung analytische Unterabteilungen. Um noch mehr wissenschaftlichen Sachverstand in der Arbeit der Administration sicherzustellen, baute Filatow auch die Einrichtung des «Gehilfen» respektive «Assistenten» des Präsidenten systematisch aus. Ihre Zahl stieg im Jahr 1996 auf etwa zehn Personen, die ihrerseits wieder zwei bis drei Mitarbeiter engagieren durften. (...) Ihre realen Einflussmöglichkeiten auf die Politik der Kremelführung waren beachtlich¹⁵ (ebd.:36)."

Die Ablösung Filatows durch Anatoli Tschubais, dessen nahe Beziehungen zu Oligarchen breit bekannt war, hing wahrscheinlich mit deren wachsenden Einflussmöglichkeiten zusammen. Tschubais war dabei im Unterschied zu Filatow ein Politiker mit klarem Profil. Tschubais blieb aber nur 2 Jahre von 1996 bis 1998 im Amt (für Näheres siehe Kapitel 8.1.1. und 8.1.4.).

1998 infolge der Berufung Primakows zum Posten des Ministerpräsidenten büßte die Präsidialadministration ihre bisher stets dominierende Rolle gegenüber der Regierung ein (vgl. ebd.:81). Dies hatte zur Folge, dass das in der Verfassung verankerte Prinzip der dualen Exekutive schließlich zur Geltung kam, denn bisher hatten die Regierungen Gaidar, Tschernomyrdin und Kirijenko eine rein ausführende Funktion inne, während die Präsidialadministration, nach den Worten eines Stellvertretenden Leiter der Administration, „die politische Führung der Regierung übernahm“ (vgl. ebd.:81). Nunmehr sollte sich die Regierung infolge der Ausschaltung informeller Entscheidungsmechanismen verselbstständigen.

Primakow wollte jedoch keine Politik des Widerstandes gegen den Präsidenten betreiben. Vielmehr sah er es darauf ab, das politische System der Russländischen Föderation zu stabilisieren. Er strebte einen Pakt zwischen dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen den drei Einrichtungen regeln sollte. Der Präsident sollte sich dementsprechend verpflichten, das Parlament nicht aufzulösen und die Regierung nicht zu entlassen. Umgekehrt sollte das Parlament von der Einleitung des Verfahrens zur Amtsenthebung des Präsidenten Abstand nehmen (vgl. ebd.:82).

¹⁵ Eigene Hervorhebung

„Jelzin stellte sich jedoch gegen einen solchen Pakt. (...) (Er) bestätigte nochmals die ursprüngliche Sorge, daß ein solcher Pakt zur Aushöhlung der Verfassung und damit zum plötzlichen Wechsel von einer präsidentiellen in eine parlamentarische Republik hätte führen können. Solche Überlegungen zeigen einmal mehr Jelzins einseitige Auslegung der Verfassung und sein tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber etwaigen «parlamentarischen» Entwicklungen. (ebd.:82).“

Trotz all der Zweifel Jelzins stellte sich heraus, dass das neue Arrangement der Macht in kurzer Zeit für eine deutliche Stabilisierung der Verhältnisse im Lande gesorgt hatte (vgl. ebd.:82).

8.1.3. Finanz- und Industrieelite

Der Herausbildung einer Finanz- bzw. Industrieelite in Russland lag u.a. die wirtschaftliche Liberalisierung während der Perestrojka Gorbatschows, sowie die chaotisch durchgeführte Transformation im wirtschaftlichen Bereich, zugrunde.

„Die Geburtsstunde eines freien Unternehmertums lag in der Liberalisierung der Handelsstrukturen zu Beginn der ökonomischen Perestrojka Gorbatschows (...). Es entstanden die ersten Privatbanken. Im Zuge der Privatisierung der Großunternehmen bildeten sich neue finanz-industrielle Gruppen heraus (...). Allianzen zwischen Banken und staatlichen Machtstrukturen machten sich aller Orten bemerkbar (...). Den Prototyp eines solchen Konglomerats bildete die Moskauer Stadtverwaltung zusammen mit der Finanzgruppe Most unter Leitung der späteren «Oligarchen» Wladimir Gusinskij (Mommensen 2004:66).“

In diesem Zusammenhang stellt Heiko Pleines Folgendes fest:

„In *Russland* dominierte eine illegale Vereinnahmungsstrategie durch Korruptionsnetzwerke die erfolgreiche Einflussnahme auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse (Pleines 2005:44).“

Grundsätzlich kann man die Finanz- und Industrieelite in zwei Subtypen unterteilen – einerseits die sog. „roten Barone“, die ehemaligen Leiter der staatlichen Betriebe bzw. Vertreter von bestimmten Lobbys, die nach dem Systemwechsel im Privatisierungsprozess zu deren Eigentümer wurden; andererseits gibt es eine Schicht von Privatunternehmern, die sich die Wirren der Wendejahren auf

unterschiedliche, nicht selten auch illegale, Weise zu Nutzen machen konnten und schließlich sich den Status der Großbesitzer bzw. Oligarchen verschafften.

„Ihr Interesse war in erster Linie darauf gerichtet, von der schnellen Privatisierung der lukrativen sozialistischen Großunternehmen zu profitieren und in diesem Sinne auf den Wirtschaftskurs wie überhaupt auf die politische Führung einzuwirken (Mommsen 2004:56).“

Die beiden Subtypen entstammen allerdings der alten kommunistischen Nomenklatura, worauf der Begriff „Nomenklaturakapitalismus“ verweist.

„Wie Kryschtanowskaja und andere Sozialwissenschaftler gezeigt haben, konnten die alten sowjetischen Netzwerke zu neuen aus- und umgebaut werden. In ihnen machte sich die neue «kompetitive Oligarchie» breit (ebd.:67).“

Aus natürlichen Gründen waren die beiden Gruppen den liberalen Kräften mit Jelzin und seinen Reformern an der Spitze von Anfang an wohlgesinnt. Erstens setzten die Reformisten auf die Entwicklung des freien Marktes, was naturgemäß im Interesse der Privatbesitzer lag. Zweitens bildeten die gegen ökonomische Freiheiten eingestellten Kommunisten die einzige sinnvolle Alternative für das Jelzin-Lager. In der Zeit großer Unsicherheit und angesichts fehlender Stabilisierung war für sie die Wahl der politischen Option alles andere als kompliziert.

Die enge Beziehung der wirtschaftlichen Interessengruppen zu den demokratischen Kreisen hatte aber noch eine, nicht unerhebliche Begründung:

„Die krasse Unterentwicklung der politischen Parteien in Rußland stand in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu den mächtigen, aber informellen ökonomischen Interessengruppen, die in der Politik den Ton angaben. (...) Die Kremlführung sah aufgrund der disparaten Kräfteverhältnisse und der Dominanz nationalistischer und kommunistischer Parteien in der Staatsduma offensichtlich gar keine Möglichkeit, die Regierungsbildung auf einer parlamentarischen Grundlage zu betreiben (Mommsen 2004:60).“

Das Fehlen einer parlamentarischen Basis zwang die Demokraten, sich eine Legitimation anderer Art zu verschaffen. Es gab mehrere Ursachen für die Unpopularität der demokratischen Option in der Bevölkerung. Als die wichtigste wird

die für die Haushalte der meisten Rußländer verwüstende Liberalisierung der Preispolitik angeführt (vgl. Paniuschkin, Sigar 2008:35ff). Darüber hinaus wurden den Reformern und vor allem Jelzin selbst weitere Misserfolge vorgeworfen: die mit der Preisliberalisierung verbundene Inflation, der Tschetschenienkrieg sowie die räuberische bzw. ungeschickt durchgeführte Privatisierung. Angesichts des Popularitätsverlustes der Demokraten zeigten sich die Kommunisten unter der Führung von Gennadij Sjuganow neben den Nationalisten als die einzige Alternative für die ungeschickte Reformer.

Bemerkenswert ist allerdings, dass in den osteuropäischen Staaten, deren Bevölkerungen über die mit dem Transformationsschock verbundenen ökonomischen Fehlentwicklungen sich Enttäuscht zeigten, sich eine andere Tendenz entwickelte. Es ist nämlich festzustellen, dass in diesen Ländern unabhängig von der Art des Systemwechsels die Reformer gewissen Vertrauensvorschuss bekamen, was in Russland nicht der Fall zu sein schien (vgl. Winderl 1993).

Letztlich erschloss sich das Ministerkabinett infolge der wilden Transformation als ein Forum der Lobbyisten aus den mächtigsten Wirtschaftszweigen des Landes. Der ausgeschiedene «Jungreformer» Boris Fjodorow klagte darüber, dass jetzt die «roten Ökonomen» an die Macht gelangt seien. (vgl. Mommsen 2004:61f)

Ein Symbol für die Verflechtung von Politik und Wirtschaft in Russland stellt mittlerweile Gasprom dar. Als Boris Jelzin den ehemaligen Minister für Energie und Gaspromchef Wiktor Tschernomyrdin zum Ministerpräsident ernannte wurde klar, dass der Staat einen festen Rückhalt in der Wirtschaft sucht und die Verbindung des Gasgiganten mit der Politik über reines Lobbying hinausreicht. Über Tschernomyrdin hinaus hatte die Kohle- und Metallblock sowie Rüstungsindustrie ihren Vertreter in den Regierungskreisen in der Person von Oleg Soskowez, der Stellvertretender Premierminister Alexander Sawjerucha stand hingegen dem agrarisch-industriellen Komplex nahe (vgl. ebd.:61f).

„Soskowez verkörperte eine Mischung aus sowjetischem Apparatschik und Rotem Direktor. Er hatte leitende Funktionen in der metallurgischen Industrie inne und stand dem militärisch-industriellen Komplex nahe, bevor er von Jelzin im Mai 1993 zum Ersten

Stellvertretenden Regierungschef neben Premierminister Tschernomyrdin ernannt wurde. (...) Er verfügte unter den politischen Eliten und in der Öffentlichkeit über eine hohe Reputation; nicht selten wurde über die Ablösung Tschernomyrdins durch Sосkowez spekuliert. Er war der eigentliche «Favorit des Zaren». Die zeigte sich schon daran, daß Jelzin den Vizepremier auch vorzugsweise auf seine Auslandsreisen mitnahm (ebd.:53).“

Anfang 1996 übernahm Sосkowez die Leitung Jelzins Stabes zur Vorbereitung der Präsidentenwahlen. Allerdings stellte sich bald heraus, dass er dieser Aufgabe in keiner Weise gewachsen war (zu stark der politischen Kultur des homo sovieticus verhaftet). Diese Erkenntnis führte letztlich dazu, dass Jelzin die Führung des Stabes dem «Jungreformer» Tschubais übertrug (vgl. ebd.:54).

Das 1996 war aber vor allem das Jahr der Oligarchen.

„Mit dem Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes hatte in Rußland der viel zitierte «Sommer der Oligarchen» Einzug gehalten. Es war der Beginn des Regimes der «Sieben Bankbarone», der sogenannten *Semibankirschtschina*¹⁶ (ebd.:65).“

Der politische Aufstieg von Oligarchen war eng mit der damals realen Gefahr der Machtübernahme durch den Kommunisten Sjuganow verbunden. Jelzins Popularität, die ihn Anfang der 1990er auf den Präsidentenposten erhob, nahm inzwischen drastisch ab. Die einzige ernsthafte Alternative zu Jelzin stellte eben Sjuganow dar.

„Die neuen Wirtschaftskapitäne hatten ein gemeinsames starkes Interesse daran, Boris Jelzin zu einer zweiten Amtszeit zu verhelfen. Denn im Falle einer Wahl des Kommunistenführers Sjuganow drohte das Aus für die weiterhin ungestillte Profitgier der russischen Frühkapitalisten. Deshalb kamen die untereinander überein, ihre Dienste und finanziellen Mittel ganz in den Kampf für eine Widerwahl Jelzins zu investieren (ebd.:63).“

¹⁶ „Der Begriff (orig. Семибанкирщина) orientierte sich an den sieben Bojaren, die in der Zeit der Wirren von 1610 bis 1612 ein besonderes Machtorgan – die *Semibojarschtschina* gebildet und ein Willkürregime eingeführt hatten. Zu den „Sieben Bankbaronen“ zählten Boris Beresowskij (Unternehmen Logowas), Wladimir Gusinskij (Media-Most), Wladimir Potanin (Oneximbank), Michail Chodorkowskij (Metanepbank), Michail Friedman (Alfabank), Pjotr Awen (Alfa-Gruppe) und Alexander Smolenskij (SBS Argo) (Mommсен 2004:65).“

Die Oligarchen kamen als eine zweckmäßig homogene Gruppe hinter Jelzin nach der Wirtschaftskonferenz in Davos zum Vorschein. Besonders überraschend war damals die Versöhnung zwischen Beresowskij und Gusinskij, die angesichts einer möglichen Machtübernahme durch Sjuganow, ihre Kräfte zwecks der Wiederwahl von Jelzin vereinten. Zu diesem Zwecke erwies sich der Einsatz ihrer Fernsehender NTW und ORT unschätzbar.

„Jelzins Wahlkampfteam, in dem amerikanische Experten fünf Monate lang unter Geheimhaltung mitwirkten, verstand es vorzüglich, den Wahlkampf zu polarisieren und den Amtsinhaber als die einzige ernsthafte Alternative zum Kommunismus und zur Rückkehr der Sowjetunion zu präsentieren (ebd.:63).“

Im Endeffekt gelang es der Finanz- und Industrieelite Jelzin den Wahlsieg zu gewährleisten. Der neue-alte Präsident blieb den Oligarchen nicht schuldig und revanchierte sich vor allem im nach wie vor geführten Privatisierungsprozess sowie bei der Besetzung wichtiger staatlicher Ämter.

„Die in Davos vereinbarte «Wahlkapitulation» und die fortgesetzten gemeinsamen Bemühungen der «Oligarchen», ihren Einfluss auf die Politik auszuweiten, trugen schon bald sichtbare Früchte. Jelzins honorierte die Unterstützung des Big Business, indem er Vertreter aus dem Kreis der «Oligarchen» an der Regierung beteiligte. Nicht zufällig sprach die Presse von dem neuen «Kabinett der Sieger». Tatsächlich trug die Regierungsbildung in erster Linie dem Prinzip der Entlohnung für die zugunsten Jelzins Wiederwahl geleisteten Dienste Rechnung ebd.:68).“

Während Jelzin als Kandidaten für den Regierungsvorsitz erneut Wiktor Tschernomyrdin nominierte, übernahm der 35 Jahre alte Wladimir Potanin den Posten des für den gesamten wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich zuständigen Ersten Vizepremiers (vgl. ebd.:68).

„Tatsächlich blieb das Kabinett wie schon zuvor ein Marktplatz der Wirtschaftsinteressen. Allerdings verlagerte sich das Gewicht auf den Einfluß und die Interessen der neuen Großkapitalisten. Das Grüppchen der «Sieben Bankbarone», das schon im Wahlkampf dominiert hatte, ordnete nicht nur Potanin aus ihrer Mitte in die Regierung ab, sondern bildete in Absprache mit dem «Jungreformer» Tschubais innerhalb der Regierung nach dem Matrojschkaprinzip ein weiteres engeres Kabinett, an

dem man die Interessen der Oligarchen unmittelbar weitergab (Mommsen 2004:69).“

Die Position der Großkapitalisten war während der nächsten 2 Jahren gefestigt. Dann wurden die Machtkonstellationen einerseits wegen der Wiederkehr Jelzins auf die politische Bühne, andererseits durch die Folgen der Wirtschaftskrise erschüttert. 1998 war es im Gefolge der Wirtschaftskrise und der Berufung von Jewgenij Primakow zum Posten des Regierungschefs vom «Herbst» und selbst vom «Tod der Oligarchen» die Rede (vgl. Mommsen 2004:81).

8.1.4. Liberale Reformer

Die liberalen Reformer in der Jelzin-Ära waren zumeist Persönlichkeiten aus der nächsten Umgebung des Präsidenten. Sie hatten entweder Posten in der Regierung oder in der Präsidialadministration inne und gerade aus diesem Grund sind sie als formelle Akteure einzustufen und ihre Aktivitäten gehörten zur üblichen politischen Praxis bzw. konnten als politische Beratungen oder Konsultationen eingestuft werden.

Die drei wichtigsten Figuren unter den liberalen Reformern waren zweifellos Jegor Gaidar, Anatoli Tschubais und Boris Nemzow. Sie werden oft als „Junge Reformer“ bezeichnet, um ihre Distanz zu der alten und starren kommunistischen Nomenklatur hervorzuheben. Gaidar und Tschubais waren hervorragende Fachleute im Bereich der Ökonomie. Nemzow war zwar ausgebildeter Radiophysiker, doch als Gouverneur machte er die Provinz Nischni Nowgorod Anfang der 1990er zum Vorreiter der wirtschaftsliberalen Reformen in Russland. Angesichts des besonderen Stellenwerts, den die Wirtschaftsreformen in Jelzins politischen Programm einnahmen, konnten diese Persönlichkeiten, über längere oder kürzere Zeit und mit unterschiedlichem Ausgang, sich politische Einflussmöglichkeiten auf die Politik sichern.

In chronologischer Reihenfolge wurde Jegor Gaidar als erster in die Jelzin-„Mannschaft“ aufgenommen. Zwar begann und endete Gaidars Karriere im nächsten

Umkreis des Präsidenten noch vor 1993, nichtsdestoweniger war es ausgerechnet er, der den Zufluss von liberalwirtschaftlichen Reformern und somit die Ära der sog. „Jungreformer“ initiierte.

1991 war Jelzin auf der Suche nach einem Kandidaten für den Posten des Regierungschefs, und zwar nach einem Wirtschaftsexperte, „einem geeigneten Ingenieur des Systemwechsels“ (vgl. Mommsen 2004:30), der zur Durchführung radikaler wirtschaftsliberalen Reformen imstande wäre. Dabei war Jelzin Gennadij Burbulis, der sich bereits als Vermittler von politischem Spitzenpersonal erkennen ließ, behilflich (vgl. ebd.).

Da es zu dieser Zeit in Russland kaum Praktiker der Marktwirtschaft gab, lenkte Burbulis seine Aufmerksamkeit auf das wissenschaftliche Milieu. Er wählte Jegor Gaidar, den Direktor des Moskauer Instituts für Wirtschaftspolitik.

„Tatsächlich stand Gaidar bereits im Ruf, ein legitimer Anwärter auf das wichtige Amt zu sein. Jelzin zeigte sich damit rasch einverstanden. Er war von der Radikalität der Vorschläge des 35 Jahre alten Ökonomen, die sich an dem polnischen Vorbild der «Schocktherapie» orientierten, durchaus angetan (Mommsen 2004:30).“

Gaidar allein wäre natürlich nicht imstande den gesamten Arbeitsaufwand zu übernehmen und alle Aktivitäten der Regierung zu koordinieren, dazu sollte ein Arbeiterteam eingesetzt werden. Gleichzeitig lag es Jelzin sehr viel daran, eine „Mannschaft, die sich untereinander versteht und die sich durchweg für Reformen einsetzt“, zu bilden. In dieser Hinsicht schien es durchaus sinnvoll oder geradezu notwendig, Gaidars potenzielle Mitarbeiter unter seinen Vertrauten aus wissenschaftlichen Kreisen zu suchen. Infolgedessen brachte er einen kompletten Stab von Institutskollegen in die Regierung mit (vgl. Mommsen 2004:30).

Über seine liberalwirtschaftliche Ansichten und solide personelle Basis hinaus besaß Jegor Timurowitsch noch einen wichtigen Vorteil – er hatte Mut, unpopuläre Entscheidungen bzw. Maßnahmen zu treffen. Die wichtigste und zugleich kontroverseste davon war die Einführung der Marktpreise, ein Schritt, dessen langwierige Konsequenzen kaum abzusehen waren. Auf der einen Seite sind sich Politiker, Wissenschaftler und Beobachter darüber einig, dass mit dieser Maßnahme

Gaidar das Land von einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe oder sogar vor einem Bürgerkrieg schützen konnte. Auf der anderen Seite allerdings wird Gaidar bis heute von der Bevölkerung die Schuld für der rasche Preis- und Arbeitslosigkeitsanstieg in den Übergangsjahren angelastet.

Gaidars „Unglück“ bestand darin, dass die Höhe seiner politische Karriere auf die Zeit der Doppelherrschaft fiel. Der Volksdeputiertenkongress stellte trotz offensichtlicher interner Antagonismen ein relativ homogenes Gegengewicht zum Präsidenten. Die nach dem Ermessen der meisten Volksdeputierten allzu radikalen bzw. liberalen Reformen riefen ihren entschlossenen Widerstand hervor. Um die Situation nicht weiter zuzuspitzen sah sich Jelzin gezwungen, sich von Jegor Gaidar zu trennen und an seine Stelle den vom Kongress tolerierten, zentristisch ausgerichteten Wiktor Tschernomyrdin zu berufen (vgl. Mommsen 2004:31).

Vor diesem Hintergrund ist Jegor Gaidar eher als Technokrat und Fachmann im Bereich der Ökonomie denn als Spitzenpolitiker bzw. Mitglied oder Anführer einer Machtelite zu betrachten. Gaidars politische Macht bestand in seinem Fachwissen und dem Wagemut zu unpopulären Reformern. Gleichzeitig stand er in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Jelzin und indirekt zu den Volksdeputierten. Insofern erscheint Gaidar als Sündenbock, dem bereits beim Antreten des Ministerpräsidentenpostens seine Abberufung vorprogrammiert war.. Dies mag allerdings eine Eigenschaft von wirtschaftlicher und politischer Transition sein, die unpopuläre Entscheidungen erfordert.

Dennoch ist Gaidar, wie anfangs angedeutet, als Initiator des Zustroms von liberalwirtschaftlichen Reformer in die höchsten Machtkreise, darunter auch in die Umgebung des Präsidenten, und somit der Ära der Jungreformer anzusehen. Nach seinem Rücktritt mussten jedoch diese ein paar Jahre lang abwarten, bevor sie wieder die Schlüsselämter im Lande übernahmen.

Eine Ausnahme stellte allerdings Anatoli Tschubais dar. Von 1994 bis 1999 bekleidete er die Posten des Finanzministers und des Stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Regierung Tschernomyrdin. Sein Aufstieg in den engsten Kreis der wichtigsten Entscheidungsträger vollzog sich 1996 auf Betreiben Tatjana

Diatschenkos, als er als Nachfolger von Oleg Soskowez die Leitung des Stabes zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen übernahm.

Bald wurde er zum Leiter der Präsidialadministration ernannt. Tschubais übernahm in dieser Eigenschaft praktisch zeitweilig die Aufgaben des Präsidenten, als dieser infolge einer schweren Herzattacke und wegen der bevorstehenden Operation seine Tätigkeiten einstellen musste. Tschubais hatte seine neue Rolle in Übereinstimmung mit den Präferenzen der „Kremlfamilie“ sowie der Oligarchen inne (vgl. Mommsen 2004:65).

Wie bereits angedeutet, mussten nach dem Rücktritt Gaidars die Jungreformer mit Ausnahme Tschubais ein paar Jahre lang abwarten, bevor sie die wichtigsten politischen Ämter im Lande wieder antraten (vgl. vorherige Seite). Ein Anlass dafür bot sich 1997, als Jelzin auf der politischen Bühne wieder aktiv wurde. Er wollte die weitreichenden Einflüsse der Oligarchen auf die staatliche Politik einschränken und sich politisch wieder verselbstständigen. Darauf war die Berufung Tschubais und des bisherigen Gouverneur von Nischnij Nowgorod, Boris Nemzow, berechnet.

In der Öffentlichkeit herrschte zu dieser Zeit die richtige Überzeugung, es sei die Finanz- und Industrieelite, die über reale politische Macht verfügt. Dementsprechend wurde den Oligarchen die räuberische Privatisierung und die politische Korruption in den höchsten Machtkreisen, die man mit der prekären wirtschaftlichen Lage des Landes in Verbindung brachte, angelastet. Als sich die Jungreformen anschickten, jene pathologischen Erscheinungen zu bekämpfen, stieg ihre Popularität deutlich an.

Für die „sieben Bankbarone“ käme ein Erfolg der Politik der Jungreformer dem Verlust ihrer politischen Einflüsse gleich. Es wäre für sie umso folgeschwerer, als der Privatisierungsprozess in Russland noch nicht abgeschlossen war und einige wichtige Privatisierungsauktionen standen noch bevor (vor allem von Norilsk Nickel und Swjasinwest). Aus diesem Grund positionierten sie sich rasch gegen Tschubais und Nemzow. Die Oligarchen handelten allerdings nicht als eine homogene Gruppe, denn auch unter ihnen kam es zu Streitigkeiten und Machtkämpfen.

Zunächst sahen sich die beiden Ersten Vizepremiere darauf ab, des einflussreichsten Oligarchen, Boris Beresowskij, zu entledigen. Im Gegenschlag versuchte Beresowskij einige von Jelzins Jungreformer, darunter Tschubais, über seinen Radiosender Echo Moskaus zu diskreditieren (vgl. Mommsen 2004:75f). Ähnliche Strategie wählten die anderen hinter einflussreichen Medien stehenden Oligarchen im Bezug auf Boris Nemzow, der als Jelzins potentieller Nachfolger galt.

Die Schwächung der «Jungen Wölfe»¹⁷ bedeutete automatisch eine Stärkung Tschernomyrdins, der als ehemaliger Minister für Erdöl- und Gaswirtschaft und erster geschäftsführende Vorstandsvorsitzende des Staatskonzerns Gazprom, der Gruppe der sogenannten „Roten Direktoren“ angehörte. Für Oligarchen stellte die Machtverschiebung zugunsten der Regierung das kleine Übel dar, denn einerseits bekannte sich Tschernomyrdin eher als Zentrist denn als Sozialist bzw. Kommunist, andererseits bedrohte paradoxerweise die Politik der wirtschaftsliberalen Demokraten die Interessen der Finanz- und Industrieelite ernsthaft.

Für Jelzin hingegen war die Stärkung Tschernomyrdins einer Störung des Mächtigegleichgewichts gleich. Vorher waren es z.T. die Oligarchen und die Kremlfamilie, die während der Krankheit des Präsidenten ein Gegengewicht zur Regierung sicherten. Nach dem Versuch, den Oligarchen ihre politischen Einflüsse zu entziehen, verschob sich jenes Gegengewicht hin zu Jelzins Reformisten. Als auch diese auf Beresowskij's Betreiben an Autorität verloren, blieb dem Präsidenten nichts mehr übrig, als den Ansprüchen der Regierung auf die Übernahme der politischen Initiative im Lande den Weg zu verbauen. Infolgedessen wurde die Regierung Tschernomyrdin entlassen und somit eine in Aussicht stehende Vormachtstellung der Regierung gegenüber dem Präsidenten verhindert (Näheres siehe im Kapitel 8.1.1.).

¹⁷ So bezeichnete man in der Öffentlichkeit Tschubais und Nemzow.

8.1.5. Die „Kremlfamilie“

Die sogenannte Kremlfamilie bzw. Jelzin-Familie fing sich um die Präsidentschaftswahlen herum zu bilden an. Angesichts der schweren Erkrankung Jelzins und fehlender Abstützung auf gesellschaftlich organisierte Kräfte war ihr oberstes Ziel und Handlungsgebot die Sicherung der Kontinuität der Macht (vgl. Mommsen 2004:66,70).

Die Zusammensetzung der „Kremlfamilie“ wechselte immer wieder, dennoch vermochten einige Personen sich einen fixen Platz darin zu sichern (vgl. Mommsen 2004:70). Den Kern der „Familie“ bildeten Jelzins Tochter Tatjana Diatschenko und ihr Ehemann, der ehemalige Leiter der Präsidialadministration, Walentin Jumaschew. Des weiteren zählten zu den wichtigsten Mitglieder der Oligarch Boris Beresowskij, Roman Abramowitsch, Anatoli Tschubais, Pawel Borodin, Alexander Mamut und ab Frühjahr 1999 der neue Präsidialamtsleiter Alexander Woloschin.

Wohl den wichtigsten Aufschluss über die Zusammensetzung der Familie gab der Fall von General Nikolaj Bordiuscha. Jelzin sah in den neuen Machtverhältnisse nach der Berufung der Regierung Primakow die Ursache für die Abwertung des Präsidentenamtes. Um ein Gegengewicht zur Regierung zu schaffen, ernannte er General Bordiuscha zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates und der Präsidialadministration. Er weigerte jedoch eine Unterordnung den informellen Richtlinien aus dem Kreml, weshalb er bald einen der beiden Posten aufgeben sollte. Jelzin schlug Bordiuscha vor, den Posten des Präsidialadministrationsleiters zu behalten, doch der General lehnte das Angebot ab und begründete diese Entscheidung folgendermaßen:

„Erstens handelt es sich nicht um Ihre Entscheidung, sondern sie wurde Ihnen von Ihrer Tochter Diatschenko auf Empfehlung einer Gruppe von Personen aufgedrängt. (...) Zweitens bedeuten die Fortsetzung die Arbeit im Kreml, sich an der Umsetzung der Entscheidungen zu beteiligen, die Ihnen Diatschenko, Jumaschew, Abramowitsch, Beresowskij, Woloschin aufdrängen. (...) Daran will ich mich nicht beteiligen. (...) Drittens bei meiner Arbeit im Kreml habe ich gelernt, daß nicht der Präsident das Land regiert, sondern daß das Land im Namen des Präsidenten von einem Häuflein gewissenloser Personen regiert wird, und

dies geschieht in deren Interesse, und nicht im Interesse des Staates. In dieser Gesellschaft kann und will ich nicht sein s(Mommsen 2004:83f).“

Die Äußerung Bordiuschas vermittelt den Eindruck, dass Jelzin die Einflussmöglichkeiten der Familie entweder nicht erkannte oder unterschätzte. Indessen entfaltete sie eine enorme Machtfülle (vgl. Mommsen 2004:84).

Eine zentrale Rolle in der Familie spielte Jelzin Tochter, Djatschenko. Ihr Vater selbst sprach von ihr als seiner „Imageberaterin“. Jelzins Assistenten behaupteten jedoch, dass ihr Aufgabenkatalog weit über das einer „Imageberaterin“ hinausreichten, sie schrieben Diaschenko nämlich politisch bedeutende Steuerungs- und Kommunikationsfunktionen zu. Laut dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow hingegen fielen ihr eher „ausführende“ als „konzeptionell strategische“ Funktionen zu (vgl. Mommsen 2004:71). Unabhängig davon beschäftigte sich Diatschenko auf jeden Fall mit personal-politischen Fragen, einschließlich der Verhandlungen über Kandidaturen für Ministerposten. Auch war Tatjana Diatschenko eine der Hauptarchitekten des Wahlerfolgs ihres Vaters im Jahre 1996 um den Präsidentenposten.

„Als wichtiges Bindeglied zwischen den russischen Mitgliedern des Wahlkampfstabes und den amerikanischen Experten fungierte die Präsidententochter Tatjana. Die Finanzspritzen der «Oligarchen» taten ein übriges, um den amtierenden Präsidenten gegenüber allen anderen Kandidaten zu favorisieren. Auch das Ausland setzte auf Jelzin (Mommsen 2004:63).“

Die wohl zweitmächtigste Figur in der Familie war Anatoli Tschubais. Dies lässt sich aus seinen Kontakten zu mehreren Einflussgruppen erklären. Tschubais als Leiter der Präsidialadministration übernahm praktisch zeitweilig die Aufgaben des Präsidenten, als dieser infolge einer schweren Herzattacke und wegen der bevorstehenden Operation seine Tätigkeiten einstellen musste. Tschubais hatte seine neue Rolle in Übereinstimmung mit den Präferenzen der „Kremlfamilie“ sowie der Oligarchen inne (vgl. Mommsen 2004:65).

„Eine herausragende Rolle bei der Vernetzung und Verkuppelung offizieller und informeller Strukturen nahm Anatolij Tschubais in seiner Funktion als Leiter der Administration des Präsidenten ein. Er war sowohl der Treuhänder der «Oligarchen» als auch der loyale Diener Jelzins;

schließlich fungierte er als ein wichtiges Bindeglied zur neuen «Kremlfamilie». Er war der eigentliche Regent während Jelzins langer Krankheit (...). Im Unterschied zu Jelzins früherem Leibwächter Korschakow, der ebenfalls eine einzigartige Stellung beim Präsidenten genoß, verfügte der junge «Laborleiter» Tschubais allerdings über herausragende Führungsqualitäten. Er war ein ebenso ausgezeichneter Administrator wie ein konsequenter politischer Reformers (Mommsen 2004:71f).“

Die wachsende politische Bedeutung der Kremlfamilie zeigte sich in deren Verhältnis zu andere Machtgruppen sowie in der erfolgreichen Beeinflussung der Kaderpolitik. So z.B. wurde Tschubais Gegenspieler, Generalleutnant Alexander Lebed, als Belohnung für die Unterstützung Jelzins in der zweiten Wahlrunde zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ernannt. Lebed passte jedoch nicht in das von Jelzin konstruierte Dreieck zwischen Sicherheitsrat, Regierung und Präsidialadministration hinein, weshalb er nach lediglich 4 Monaten entlassen wurde. Diese Entscheidung billigten allerdings der ehemalige Ministerpräsident Tschernomyrdin und der Präsidialadministrationschef Tschubais (vgl. Mommsen 2004:72). Angesichts der Entlassung der drei „Silowiken“ Sосkowez, Barsukow und Korschakow ein paar Monate früher, bestätigte die Distanzierung Lebeds nur die damalige politische Schwäche des Militär- bzw. des Geheimdienstlobbys, insbesondere gegenüber der Kremlfamilie und den ihr nahestehenden Oligarchen.

Dies bestätigten zwei Kandidaturen für die zwei höchsten Ämter im Nationalen Sicherheitsrat: die eine des wenig profilierten ehemaligen Parlamentssprecher Iwan Rybkin für den Posten des Sekretärs und die andere von Boris Bieresowskij für den Posten des Stellvertretenden Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrates. In der Tat wurde Rybkin in der Presse als „Taschensekretär“ bezeichnet, während dem Logowaschef die eigentliche Leitung des Nationalen Sicherheitsrates zugeschrieben wurde. In der Tat war die Ernennung Beresowskij, sowie die Potanins für den Posten des Ersten Vizepremiers ein Tribut für deren Unterstützung für Jelzin während des Präsidentschaftskampfes (vgl. Mommsen 2004:73).

Die Kremlfamilie aktivierte sich vermeintlich kurz vor der für den 15. Mai 1999 angesetzten Eröffnung eines Verfahrens zur Amtsenthebung des Präsidenten wieder. Es ging um die Entlassung Primakows vom Posten des Regierungschefs, die

angeblich dem Willen des Präsidenten zuwider von der Familie aufgezwungen wurde. Wie Primakow in seinen Memoiren schrieb, Jelzin habe sich aufgrund seiner Krankheiten verändert und sei die Geisel der Kremelfamilie geworden. Sollte diese These der Wahrheit entsprechen, so liegen zwei mögliche Gründe für die Forderung der Familie nahe. Erstens befürchteten sie einen positiven Ausgang des Amtsenthebungsverfahrens Jelzins 3 Tage später. Die Familie hätte damit ihre Privilegien verloren, eine Entlassung Primakows war indes darauf berechnet, eine Amtsenthebung des Präsidenten angesichts der Rücktritt der Regierung als Vertiefung des politischen Chaos darzustellen. Zweitens war die steigende Popularität Primakows im Bezug auf die Präsidentschaftswahlen 2000 eine durchaus gefährliche Perspektive für die Mitglieder der „Familie“. Ein Präsident wie Primakow, der kein Verhältnis zur Jelzins nächsten Umgebung pflegte, hätte höchstwahrscheinlich keine Scheu davor, bestenfalls die alten informellen Machtstrukturen aufzulösen, schlimmstenfalls hingegen deren Mitglieder zur rechtlichen Verantwortung für eventuelle Regelwidrigkeiten zu ziehen. Die Kremelfamilie sowie der Präsident selbst war an einem Kandidaten interessiert, der sich mehr oder weniger leicht kontrollieren ließe oder mindestens ihnen politische Immunität gewährleisten könnte.

Zusammenfassend sind die damaligen Einflussmöglichkeiten der Familie als groß einzuschätzen. Es wäre die Feststellung nicht übertrieben, die Familie wurde für eine bestimmte Zeit in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zur zentralen, auch wenn informellen, politischen Einrichtung der RF.

„Die unter dem Kürzel «Familie» firmierende informelle Machtstruktur übte in noch höherem Maße als das frühere «Triumvirat» Korschakow, Barsukow und Sосkowez einen erheblichen Einfluß auf den politischen Prozess in den offiziellen Herrschaftsinstitutionen aus. Dies betraf auch die Besetzung hoher und höchster Ämter, sei es in der Regierung oder in anderen wichtigen Organen der Exekutive (Mommsen 2004:71).“

8.1.6. „Silowiki“

Die Machtgruppe namens „Silowiki“ wird je nach Betrachtungsweise unterschiedlich definiert. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit steht dieser Begriff für die sog. „Machtministerien“ (für Äußeres, Inneres und Verteidigung) sowie für die Geheimdienste.

Die Einflüsse der „Silowiki“ auf den Präsidenten Jelzin hängen stark mit der Person von Jelzins persönlichen Leibwächter Alexander Korschakow, dessen politische Karriere eng mit der Person des Präsidenten verbunden war

„Er hatte seit 1970 im Stab der Leibwächter des KGB für hohe Funktionäre aus Partei und Staat gedient. 1985 wurde er zu einem der drei Leibwächter Boris Jelzins bestimmt, der damals zum Ersten Gebietspartiesekretär der Stadt Moskau ernannt worden war (Mommsen 2004:38).“

Korschakow, der wahrscheinlich Jelzins großes politisches Potential ahnte und das aufkommende politische Tauwetter spürte, ging in unsicheren Zeiten das Risiko ein und setzte auf die Loyalität Jelzin gegenüber.

„Jelzin und Korschakow verbanden nicht nur dienstliche Aufgaben, sondern auch persönliche Interessen und Vorlieben. Zu der tiefen «Männerfreundschaft» hatten auch schwierige und gefährliche Situationen beigetragen, die sie gemeinsam bezwangen (...). Jelzin blieb seinem Leibwächter auf das tiefste verbunden (Mommsen 2004:39).“

Zum ersten Mal blieb er ihm nach dessen Relegierung im November 1987 „in Treue und Freundschaft“ verbunden (vgl. Mommsen 2004:38).

„Dies kostete (ihn) 1989 sogar die weitere Beschäftigung im KGB. Die Mitgliedschaft in der KPdSU kündigte er von sich aus auf (Mommsen 2004:38).“

Jelzin revanchierte sich Korschakow für die erwiesene Loyalität, indem er ihn zum Leiter des Dienstes für die Sicherheit des Präsidenten ernannte. Als persönlicher Leibwächter des Präsidenten war Korschakow für die Sicherheit des Präsidenten zuständig. Das heißt, dass die Definierung von Sicherheit und

Einschätzung von Gefahrensituationen seinem persönlichen Ermessen überlassen war. Dies eröffnete einen beträchtlichen Spielraum für die Kontrolle des Zugangs zum Präsident.

„Tatsächlich kontrollierte Korschakow in der Rolle des obersten Leibwächters und Pförtners nach eigenem Gutdünken den persönlichen Zugang zum Präsidenten. Vorzugsweise hielt er die «Jungreformer» und Demokraten aus Intellektuellenkreisen von Jelzin fern (Mommsen 2004:50).“

Reale Macht Korschakows beschränkte sich nicht nur auf den Zugangsregelung zum Präsidenten. Tatsächlich genoss der Sicherheitsdienst des Präsidenten eine Sonderstellung unter den Einflussgruppen in der Umgebung des Präsidenten.

„Das Verhältnis Jelzins zu Korschakow blieb keineswegs auf Kumpaneien beschränkt. Der Präsident favorisierte die Vertreter des Sicherheitsdienstes in ihrem Einfluß und Aktionsradius so deutlich, daß die Gruppe klare Vorteile im Rahmen der «kompetitiven Oligarchie» erhielt (Mommsen 2004:47).“

Es ist durchaus schwer zu sagen, ob die besondere Vorteile für den Sicherheitsdienst auf:

- die tiefe Männerfreundschaft mit dessen Chef Korschakow,
- Jelzins persönliche Vorliebe für das „höfische Leben“ und das Gefühl der Besonderheit, die ihm der Dienst sicher konnte,
- die Notwendigkeit, sich von seinem Arbeiterteam abzuschirmen bzw. zu distanzieren, um die Aura der Außergewöhnlichkeit rund um die Person des Präsidenten aufrechtzuerhalten bzw. potentielle Konkurrenten fernzuhalten,
- Korschakows Bereitschaft, wiederkehrende Ausfälle des Präsidenten aufgrund zu reichlichen Alkoholgenusses vor der Öffentlichkeit zu kaschieren,
- eine Kombination von den genannten Faktoren,

zurückzuführen ist.

Unabhängig von der tatsächlichen Ursache ergibt sich aus dieser Darstellung ein Bild Korschakows als der zweitmächtigsten Figur im Lande. Insofern war es nicht

verwunderlich, dass der Dienst für Sicherheit des Präsidenten zunehmend selbst Mitspracherechte in Politik und Wirtschaft und besonders im Bereich der «Kaderpolitik» beanspruchte. Der Anspruch auf jene politische Mitspracherechte brachte die Führung des Sicherheitsdienstes mit der Parole „Wir bewachen nicht nur den Körper, sondern auch die Sache“¹⁸ zum Ausdruck (vgl. Mommsen 2004:47f).

Die erheblichen Einflussmöglichkeiten des Sicherheitsdienstes wurden immer wieder durch Warnsignale aus den höchsten politischen Einrichtungen bestätigt. Auf den Punkt brachte sie Sergej Filatow:

„Im Sommer 1995 fand es der Leiter der Präsidialadministration an der Zeit, das Staatsoberhaupt selbst auf den ungebührlichen Platz des persönlichen Sicherheitsdienstes in der staatlichen Machtstruktur und auf die damit verbundene Schwächung der Demokratie aufmerksam zu machen. In einem langen Brief kritisierte Filatow den übermäßigen Einfluß des «Dienstes». Er warf Jelzin vor, daß er dem Sicherheitsdienst zu große Vollmachten wie etwa das Recht auf eine eigenständige Kontrolle über die Tätigkeit der Präsidialadministration und des Regierungsapparates eingeräumt habe. Filatow machte auch geltend, daß die Stärkung der «geheimen Strukturen» des Sicherheitsdienstes zur Fragmentierung der Macht und sogar zu einem «Krieg innerhalb der Macht» geführt hätten (Mommsen 2004:50).“

Filatows Einschätzung der Situation war nicht verfehlt. Zwei zueinander komplementäre Erscheinungen sorgten für die große Verunsicherung von Jelzins engsten Mitarbeitern: erstens weitgehende politische Eigenständigkeit und die Fähigkeit des Sicherheitsdienstes, Eigeninitiativen ohne Rücksicht auf andere Akteure bzw. politische Richtlinien zu entfalten und zweitens deren katastrophale Auswirkungen für das Ansehen der staatlichen Macht.

Margareta Mommsen (2004) liefert ein paar Beispiele, die jene Erscheinungen bestätigen. So beschränkte sich Korschakow und sein Sicherheitsdienst nicht nur darauf, Stellungnahmen abzugeben, sondern legte ein Werk unter dem Titel „Credo und Kodex“ vor, in dem staatstheoretische Entwürfe zur Präsidentschaft enthalten waren. Ferner betrieb er seine eigene Politik gegenüber der Regierung sowie den Wirtschaftsleuten, indem von ihm zuerst der Ministerpräsident Tschernomyrdin und

¹⁸ Orig. „Мы охраняем не только тело, но и дело“ – beachtenswert ist der ähnliche Klang der Wörter тело (Körper) und дело (Sache) (vgl. Mommsen 2004:48).

dann Oligarch Wladimir Gusinskij angegriffen wurden. Die Auseinandersetzung mit Gusinskij hatte allerdings einen Doppelsinn, denn Korschakow wollte eigentlich gegen den Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow vorgehen. Schließlich versuchte Korschakow zur Ernennung seines Kandidaten zum Staatsanwalt, Alexej Iljuschenko, zu verhelfen, und zwar abgesehen von der notwendigen Zustimmung des Föderationsrates (vgl. Mommsen 2004:48f).

Über den präsidentiellen Sicherheitsdienst verfügten auch andere Vertreter der „Silowiki“ über gewisses politisches Potential. So entstand z.B. das Triumvirat von Korschakow, Soskowez (dem Vertreter der Rüstungsindustrie und ersten Vizepremier) und Barsukow (zuerst Leiter des Kremlwachdienstes, dann seit Sommer 1995 Direktor des Föderalen Dienstes für die Sicherheit des Landes (FSB) (vgl. Mommsen 2004:53). Jurij Felschtsinski und Pribilowski lasten den drei „Silowiki“ sogar die Verantwortung für den ersten Tschetschenienkrieg an (vgl. Felsztynski, Pribyłowski:36).

Im Bezug auf Soskowez stellt Margareta Mommsen Folgendes fest:

„Soskowez ragte unter Jelzins Günstlingen insofern heraus, als er hochrangiges Regierungsmitglied war, gleichzeitig der Staatslobby der Rüstungsindustrie angehörte und die geistige Führung in Jelzins Clan der Leibwächter innehatte. Er war also einerseits das Scharnier zwischen der Regierung und den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes. Andererseits verklammerte er die Regierung mit den tief ins Private hineinreichenden Seilschaften, die vornehmlich für das gesellige Leben am Hofe des Autokrators zuständig waren (Mommsen 2004:53).“ –

Korschakow, der, wie bereits erwähnt, auf fast grenzlose Loyalität gegenüber Jelzin setzte wurde von seinem Chef fast über Nacht ohne weiteres entlassen. Dies geschah unter dem Druck der Finanz- und Industrieelite sowie der bereits in Aufstieg begriffenen Familie.

„selbst für Jelzin war das Maß seiner Treue zu Korschakow übertoll (...). Das Verlangen, die Kontinuität der Macht sicherzustellen, forderte eine klare Abkehr des Präsidenten von seinen alten Günstlingen, Mommsen 2004:55).“

Teilweise war diese Maßnahme auch auf die Steigerung Jelzins Popularität in der Öffentlichkeit berechnet.

„Bei den Wählern (Präsidentenwahlen 1996 – S.S.) kamen solche Gesten ebenso gut an wie die vor der zweiten Wahlrunde vorgenommene Entlassung des Triumvirats Soskoweit, Korschakow und Barsukow, die als unziemliche «Schatten der Macht» in der Öffentlichkeit über beleumundet waren (Mommsen 2004:64).“

8.2. Machteliten während der Präsidentschaft von Wladimir Putin

Die Kandidatur von Wladimir Putin für das Präsidentenamt wurde von der Kremelfamilie parallel mit der von Sergej Stepaschin überlegt. Der Sieger dieses Miniduells musste vor den Präsidentschaftswahlen der breiten Öffentlichkeit, am besten in der Eigenschaft des Ministerpräsidenten, vorgestellt werden. Insofern mag es verwundern, dass nicht der künftige Präsident Putin, sondern eben Stepaschin zum Jewgenij Primakows Nachfolger ernannt wurde. Dieser Schritt hatte allerdings eine gute Begründung, denn der unbekannte Putin als Ministerpräsident in klarem Kontrast zu Primakow stehen und möglicherweise Konsternation in der Öffentlichkeit auslösen würden. So sollte der langjähriger Staatsfunktionär und Innenminister die Rolle eines Zwischenglieds zwischen dem populären Primakow und dem zu dieser Zeit unbekannten Präsidentenkandidaten Putin erfüllen.

Boris Jelzin wartete allerdings mit der Nachfolge Putins nicht bis zu den Präsidentschaftswahlen, die für den März 2000 angesetzt wurden. Durch den vorzeitigen Rücktritt des Präsidenten

„erlangte Regierungschef Putin kraft Verfassung den zusätzlichen Status eines geschäftsführenden Präsidenten. Putin revanchierte sich umgehend für die Aufwertung, indem er ein Dekret verabschiedete, das Boris Jelzin die Freiheit vor Strafverfolgung zusicherte. (Mommsen 2004:92).“

Diese Maßnahme war darauf berechnet, Putins Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Vorfeld sicherzustellen.

An dieser Stelle ist zu hinterfragen, warum ausgerechnet der unbekannte Wladimir Putin zum nächsten Präsidenten der Russländischen Föderation gewählt wurde. Boris Jelzin selbst begründet diese Entscheidung damit,

„daß dieser «ein eindeutiges Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft mit entscheidendem Patriotismus vereinte». Außerdem sah er in ihm eine «neue, konsequente und willensstarke Figur», die in der Bevölkerung auf bereitwillige Akzeptanz stoßen werden (Mommsen 2004:92).“

Jewgenij Primakow bestätigt zum Teil die Eigenschaften Putins, vor allem den Patriotismus und politische Neutralität. Gleichzeitig gab er aber zu bedenken

„daß die «Familie» mit Putin «den Leiter des FSB als eine der am besten informierten Personen im Staate» kooptieren wollte, schon um die weitere Sicherheit der «Familie» zu gewährleisten (Mommsen 2004:92).“

Unabhängig von den tatsächlichen Motiven für die Wahl Putins, zeugt der willkürliche Weg der Nominierung von ernsthaften Defiziten des politischen Systems der RF. In einem demokratischen Staat soll die Besetzung der höchsten politischen Ämter infolge eines politischen Wettbewerbs und nicht eines bloßen Kaderaustausch erfolgen. Wie sich jedoch später herausstellen sollte, wurde dieser „Brauch“ zur ständigen politischen Übung während der Präsidentschaft Wladimir Putins.

Anfänglich verband man mit dem neuen Präsidenten allerdings Hoffnungen auf eine Neuordnung des politischen Systems der RF. Im Laufe der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass Putin ähnlich seinem Vorgänger auf Kontakte zu informellen Einflussgruppen setzt.

„Parallel zur autokratischen Machtvertikale haben sich im System Putin oligarchische Herrschaftsformen etabliert. In diesen nach außen verdeckten Strukturen ringen die Mandarine des Präsidenten um Einfluss und Eigentum. Die neuen Oligarchen stehen an der Spitze verschiedener informeller «Einflussgruppen», die man wegen ihrer unmittelbaren Nähe zum räumlichen Zentrum der Macht üblicherweise «Kremlgruppen» nennt. (...) Während alle Mitglieder des Kollektivs dem Präsidenten durch ihre persönliche Loyalität eng verbunden sind, stehen sie und ihre jeweiligen Seilschaften untereinander in einem mehr oder weniger verdeckten Wettbewerb (Mommsen 2007:63).“

8.2.1. Verhältnisse unter den wichtigsten politischen Subjekten

Putin zeigte sich ganz unmittelbar nach seiner Nominierung zum Kandidaten für das Amt des Regierungschefs seiner professionellen Qualitäten unsicher. Er bekannte sich weder als Politiker noch als Ökonom, sondern vielmehr als „Verwaltungsfachmann“ (vgl. Mommsen 2004:96). In der Tat bekleidete er bisher eher ausführende als politische Funktionen in der Staatsverwaltung. Daraus lässt

sich sein Hang zum „starken Staat“ erklären, denn weniger als an politischen Intrigen war Wladimir Putin an der Effizienzsteigerung interessiert, und diese konnte seiner Meinung nach nur durch damals nicht genau definierte Zentralisierung der Macht erreicht werden.

Verhältnis von Exekutive und Legislative

Die „Zentralisierung der Macht“ kombiniert mit einem „starken Staat“ verwiesen auf Putins Absicht, die Exekutive gegenüber der Legislative, deren Kernelemente die vom Volk gewählte Staatsduma und der sich aus Vertretern der Föderationssubjekte zusammensetzende Föderationsrat bildete, ähnlich Jelzin zu favorisieren. Erstmals gab Putin im Rahmen einer Millenniumsbotschaft zu verstehen, dass der Staat

„Die Quelle und der Garant der Ordnung, Initiator und Motor für jegliche Veränderungen (ist) (Mommsen 2004:98).“

Diese Äußerung könnte eine latente Botschaft an die informellen Machteliten interpretiert werden und zwar, dass die bisher zerstreute Macht wieder an einem Ort konzentriert werden sollte.

Trotz der angesagten Vormachtstellung der Exekutive gegenüber der Legislative erhielt Putin von der Staatsduma ein klares positives Votum, als der von ihm vorgeschlagene Kandidat für den Premierposten, Michail Kasjanow; im Vergleich zu allen Vorgängern die höchste Zustimmung des Parlaments erhielt (vgl. Mommsen 2004:102).Vorgreifend auf weitere Kapitel ist anzumerken, dass sich das Kabinett Kasjanows im wesentlichen auf drei Gruppen aufteilte: die alte Kremlfamilie, die liberalen Petersburger und die Vertreter des Sicherheitsdiensts und des Militärs.

Präsident und Regionen

Putins Einstellung gegenüber den Regionen war von seinem Amtsantritt kritisch. Die noch vor dem Zerfall der Sowjetunion angesetzten Dezentralisierungstendenzen in den russischen Provinzen wurde über die 1990er Jahre fortgesetzt. Der Aufruf Jelzins an die Regionen, sie sollen sich so viel

Unabhängigkeit nehmen, wie sie schlucken können, wurde zu Jelzins Unglück von regionalen Eliten außergewöhnlich wörtlich verstanden. Boris Nikolajewitsch versuchte ferner gemäß seinem Credo der starken Exekutive sich auch die Regionen zu unterwerfen. Seine Bemühungen blieben jedoch weitgehend erfolglos, obwohl einerseits die föderale Vertretung der Föderationssubjekte im Parlament eher niedrigen politischen Stellenwert genoss, andererseits die Verfassung die klare Vormacht des Zentrums gegenüber den Regionen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, festlegte. Was allerdings Jelzin fehlte, war eine direkte und reale Kontrolle über den Föderationssubjekten. Sie erfuhren

„in der Ära Jelzin einen ungeheuren Machtzuwachs. (...) Damit einher ging die Entstehung durchweg autoritärer politischer Regime mit unterschiedlichem institutionellem Design. Die Bandbreite reichte von Präsidialsystemen in Tatarstan und Baschkortostan über autoritäre Gouverneursregimente in Moskau und St. Petersburg bis hin zu einem präsidentiell-parlamentarischen Mehrheitssystem in Swerdlowsk und zu einem komplizierten ethnischen Proporzsystem in Dagestan. (Mommsen 2004:106).“

Eine zusätzliche Aufwertung gegenüber dem Zentrum erfuhren die Regionen 1996. Seitdem sollten die Spitzen der Provinzen nicht mehr vom Präsidenten ernannt, sondern von der Bevölkerung gewählt werden.

Putin sah im Föderationsrat, in dem sich die Oberhäupter der Provinzen versammelten, eine Gegenmacht zu seiner Idee des „starken Staates“.

„Beim Aufbau des «starken Staates» mußte Putin daran gelegen sein, diese Bastion alsbald zu schleifen wie überhaupt die übermächtig gewordenen Provinzen wieder unter die Kontrolle des Zentrums zu bringen (Mommsen 2004:105).“

Der Präsident bediente sich dabei des Vorwurfes, in den Provinzen werde die föderale Verfassung sowie die Gesetzgebung regelmäßig verletzt. Eine erste Maßnahme zur Entmachtung der „regionalen Barone“ war das Dekret über die Einteilung Russlands in sieben Föderale Distrikte, die zwischen den regionalen Verwaltungen und der Präsidialverwaltung angesiedelt werden sollten. Jeder dieser Distrikte sollte über mehreren Föderationssubjekten stehen.

„Zu den wichtigsten Kompetenzen der sieben neuen «Staathalter» oder «Generalgouverneure», wie man die Präsidentenvertreter in Anlehnung an ihre Vorläufer in der Zarenzeit schnell nannte, gehörten Funktionen der Kontrolle, die Koordination und Information. So sollten die die Umsetzung der Politik der Zentralregierung überwachen und die Arbeit der örtlichen Dienststellen der Zentrale koordinieren. An oberster Stelle stand die Aufgabe, den weitreichenden Verfassungs- und Gesetzverletzungen entgegenzuwirken und damit zur Wiederherstellung eines «einheitlichen Rechtsraumes» beizutragen (vgl. Mommsen 2004:107-110).

An der Spitze jedes Föderalen Distrikts soll je ein Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten stehen. Auffällig dabei war, dass fünf der sieben Vertreter des Präsidenten Generäle waren. Darüber hinaus stimmten die Distrikte fast gänzlich mit den Militärbezirken Russlands überein (vgl. Mommsen 2004:110; für Näheres siehe Kapitel 8.2.5.2.).

Der Bildung der Föderalen Distrikte folgte eine Restrukturierung des Föderationsrates. Ab 1. Januar 2002 durften die Oberhäupter der regionalen Exekutive und die Vorsitzenden der regionalen Parlamente nicht mehr selbst in der zweiten Parlamentskammer vertreten sein. Sie sollten durch deren weisungsgebundene ständige Delegierte ersetzt werden (vgl. Mommsen 2004:110). Darüber hinaus beanspruchte der Präsident für sich,

„regionale Legislativen aufzulösen und Oberhäupter der Exekutive abzusetzen, wenn diese gegen Rechtsvorschriften verstießen (Mommsen 2004:110).“

In diesem Schritt deutete sich erstmal Putins Idee einer bürokratischen Machtvertikale; denn er ermächtigte wiederum die regionalen Spitzen,

„gegen Bürgermeister und Ortsvorsteher bei Rechtsübertretungen vorgehen zu können (Mommsen 2004:110).“

Die Abstimmung über die Gesetze zur Regionalpolitik verlief nach Putins Wunsch. Selbst der Föderationsrat fügte sich dem Willen des Präsidenten und trug damit zu seiner eigenen Entmachtung bei. Die einzige plausible Erklärung für den politischen „Selbstmord“ der regionalen Eliten scheint das breite Angebot der Krenmführung an Privilegien für die Gouverneure.

„So wurde den regionalen Spitzen, die noch vor dem Herbst 1999 gewählt worden waren, konzidiert, insgesamt für drei bis vier Amtsperioden zu regieren. Ansonsten galt eine Beschränkung auf zwei Wahlperioden. Einen weiteren Köder zum Ausgleich für die Verbannung der Provinzoberhäupter aus dem Zentrum der Macht stellte die Bildung eines neuen Organs dar. Es ging um den konsultativen Staatsrat, der aus dem Boden gestampft wurde, um als Forum für den unmittelbaren Dialog der regionalen Barone mit dem Staatsoberhaupt zu dienen. Da die neue Einrichtung keinerlei Entscheidungsbefugnisse hatte, wurde die zu Recht als die «Traumfabrik» der Gouverneure bezeichnet (Mommsen 2004:112).“

Margareta Mommsen stellt in Bezug auf den neu organisierten Föderationsrat Folgendes fest:

„Besonders grotesk wirke, daß in dieser «Kammer der Regionen» jetzt mehr als die Hälfte Moskowiter waren, die engere Beziehungen zur Zentralmacht als zu den Regionen unterhielten, die sie repräsentieren. (...) Auffallend war weiter, daß in der Kammer, die bisher keine Fraktionen gekannt hatte, nunmehr eine einzige Riesenfraktion namens «Föderation» entstand, die sichtlich dazu geschaffen worden war, die von der Kremlführung gewünschten Mehrheit zu organisieren. Die Gleichschaltung der zweiten Parlamentskammer und ihre Eingliederung in die neue, von Putin angestrebte hierarchische Machtvertikale schien damit weitgehend vollzogen (Mommsen 2004:113).“

In diesem Sinne scheint Jelzin bei seinen Bemühungen, die Regionen seinem Willen zu unterwerfen, einen wichtigen Faktor übersehen zu haben, und zwar Habgier und persönliche Ambitionen der Gouverneure. Es wäre nicht auszuschließen, dass die politische Strategie von Boris Jelzin gegenüber den regionalen Spitzen paradoxerweise nicht den menschlichen Faktor berücksichtigte.

8.2.2. Präsidialadministration

Die Präsidialverwaltung von Wladimir Putin war von dessen Amtsantritt bis 2003 vom Vertreter der alten Kremlfamilie, Alexander Woloschin, geleitet. Kurz nach einem Amtsantritt war die Position von Jelzins Nachfolger noch nicht gefestigt, er stieg gewissermaßen in ein von informellen Einflussgruppen der Ära-Jelzin

Machtgefüge ein. Aus diesem Grund war er anfänglich auf die Unterstützung Woloschins angewiesen.

Die Entlassung Woloschins räumte das letzte Relikt der alten Kremlfamilie und öffnete den Weg für die Neubesetzung des Posten des Präsidialverwaltungsleiters durch einen gegenüber dem Präsidenten loyalen Mitarbeiter. Die Übergabe der Leitung der Präsidialadministration an den künftigen Präsidenten Dmitrij Medwedew kann als der Versuch gesehen werden, ein Gegengewicht zu den „Silowiki“ zu schaffen. Denn in den Reihen der Administration hatte bereits zwei ihre Vertreter, Igor Setschin und Wiktor Iwanow wichtige Ämter inne.

Medwedew und sein Stellvertreter Setschin standen tatsächlich im Konkurrenzverhältnis zueinander. Es wurde sogar auf andere Ebenen, vor allem die wirtschaftliche, übertragen. Während Medwedew gute Beziehungen zu Alexei Millers Gasprom-Lobby pflegte, galt der „Silowik“ Setschin als engster Mitarbeiter des Rosneft-Chefs, Sergej Bogdantschikows. Der Siegzug gegen Jukos war mit der erheblichen Aufwertung des letztgenannten und somit auch Setschins verbunden. Rosneft übernahm die Kontrolle über eine der wichtigsten Gesellschaften von Jukos, Juganskneftgas, deren Schicksal ein Streitgegenstand zwischen Gasprom, Miller und Medwedew auf der einen und Rosneft, Bogdantschikow und Setschin auf der anderen Seite. Ob damit eine Aufwertung der „Silowiki“ gegenüber den Petersburger Technokraten einherging, lässt sich nicht eindeutig einschätzen, denn zu diesem Zeitpunkt bildeten die Vertreter der Sicherheitsdienste keine homogene Gruppe. Vor diesem Hintergrund kann man vielmehr von einer Aufwertung Setschins bzw. einem Autoritätsverlust der Petersburger Technokraten, vor allem Medwedews, sprechen.

8.2.3. Die alte „Kremlfamilie“

Die Nominierung Putins zu Jelzins Nachfolger war nicht das erste Mal, als sich die Wege von Wladimir Wladimirowitsch und der Kremlfamilie kreuzten. Noch als Leiter der FSB

„(erbrachte er) deutliche Nachweise seiner Absoluten Loyalität gegenüber der Kremlspitze (...), als es darum ging, den von der «Familie» gefürchteten Generalstaatsanwalt Jurij Skuratow mit Mitteln des FSB zu diskreditieren (Mommsen 2004:95).“

Insofern war seine Wahl zwar eine überraschende aber auf jeden Fall nicht aus der Luft gegriffene Entscheidung. Putin sollte einerseits eine eigenartige Kontinuität der Macht der Familie gewährleisten, andererseits in der Öffentlichkeit den Eindruck des „frischen Blutes“ in der Politik machen.

Im Vergleich zur Präsidentschaft von Jelzin veränderte sich allerdings der Charakter der Beziehungen zwischen der Kremelfamilie und dem Staatsoberhaupt. Wladimir Putin war zwar der Familie schon seit einigen Jahren bekannt, dennoch fehlte es das persönliche Element, dass während der vorherigen Präsidentschaft im wesentlichen die Kontakte von Jelzin und seiner Umgebung prägten. In diesem Sinne verschob sich der Schwerpunkt der Beziehungen in gewissem Maße auf andere präsidentennahe Staatsorgane, allen voran auf die Präsidialadministration und die Regierung.

Wie bereits erwähnt, stellten die Vertreter der alten Jelzin-Familie eine der dominierenden Kräfte in der Regierung Kasjanow dar. Allerdings war der Ministerpräsident selbst Mitglied dieser Einflussgruppe (vgl. Mommsen 2004:103).

„Putin beließ bezeichnenderweise nach seinem Amtsantritt die Kräftekonstellation in den Regierungsapparaten im Wesentlichen so, wie sie ihm von der alten Garde hinterlassen worden war. Ins Auge stach vor allem, dass das Amt des Premierministers dem Protégé der «Familie» Michail Kasjanow übertragen (...) wurde (Mommsen 2007:65).“

In der Präsidialverwaltung hingegen war die Familie grundsätzlich in der Person Alexandr Woloschins, der Nikolaj Bordjuscha infolge eines Konflikts mit den Personen aus der nächsten Umgebung des Präsidenten ablöste und vom neuen Präsidenten bestätigt wurde, vertreten.

Der neue-alte Leiter der Präsidialadministration wurde in der Öffentlichkeit als Putins graue Eminenz wahrgenommen. Als politischer Stratege wurde Woloschin mit Lenin, als Ratgeber mit Rasputin verglichen (vgl. Mommsen 2004:104). In den

Medien wurde die Abhängigkeit Putins von Woloschin hervorhob. Mögliche Ursachen für die Abhängigkeit Putins von Woloschin möchte in persönlichen Eigenschaften Woloschins, etwa Zielstrebigkeit, Strategiefühl u.a. sowie in der ganz am Anfang noch nicht gefestigten Position Putins. Ungeachtet der tatsächlichen Ursachen kam in politischen Diskursen immer wieder die Frage auf, wer über die eigentliche politische Macht im Lande verfüge. Durch die oft beschworene Anspielung auf die Domination der Kremlfamilie während der Präsidentschaft von Jelzin wurde die Assoziation zu einem „kollektiven Präsidenten“ aufgefrischt.

Ausschlaggebend bei der Einschätzung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen dem Präsidenten und seinem Verwaltungsleiter war die Schlüsselgewalt bei der Besetzung der wichtigsten Ämter.

„Es zeigte sich, daß Woloschin von Anfang an Ernennungen für hohe Posten durchsetzte, für die Putin ganz andere Kandidaten ins Spiel gebracht hatte. Dies betraf immerhin die Ernennung eines neuen Generalstaatsanwaltes, aber auch die Nominierung so mancher Minister. (...) Da die Schlüsselgewalt in der «Kaderpolitik» zu sowjetischen wie zu postsowjetischen Zeiten die klarste Auskunft über die Rangordnung der Politiker gab, war aus Woloschins souveräner Personalpolitik nu zu folgern, daß die «Kremlfamilie» noch längst nicht von der Macht abgetreten war (Mommsen 2004:104f).“

Vor diesem Hintergrund behaupteten einige Beobachter, dass die Entwicklung der Beziehungen zwischen Putin und Woloschin ein Indikator für die Machtverhältnisse auf der Machtspitze sein wird. Sollte Woloschin in Macht bleiben, so würde das zeigen

„daß Putin immer noch von Personen abhängig sei, die ihn selbst an die Macht gebracht hatten (Mommsen 2004:105).“

Eine Entlassung Woloschins würde allerdings erweisen,

„daß Putin sein eigener Herr geworden sein (Mommsen 2004:104f).“

Der Entlassung Woloschins ging der Zufluss von Putins Vertrauten in die Regierungs- und Verwaltungskreise voran. Als sich seine Position festigte, d.h. als er

gute Aussichten auf eine Wiederwahl im Jahre 2004 bekam, kam Putin zu dem Schluss, die alte Jelzin Familie sei ihm nicht mehr brauchbar. Einen guten Anlass zur Entmachtung der Kremlfamilie bot der Fall Chodorkowski (für Näheres siehe Kapitel 8.2.4.)

Als Ende Oktober 2003 der Vorstandsvorsitzende von Jukos, der «*Oligarch*» Michail Chodorkowski, verhaftet wurde, trat der mächtigste Repräsentant der «Familie», Präsidialamtsleiter Woloschin, zurück. Regierungschef Kasjanow stellte sich gegen das brutale Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Gleichwohl war nie Niederlage der «Familie» besiegelt (Mommsen 2007:67f).“

Die Trennung von der Familie wurde zwar von der Absetzung Woloschins 2003 entschieden, doch deren Besiegelung kam erst 2004 mit der Abberufung der Regierung Kasjanow.

Im Bezug auf die Oligarchen, die der Jelzin-Familie angehörten, ist festzustellen, dass es einigen von ihnen gelang (z.B: Abramowitsch, Deripaska, Fridman, Potanin), ihre Privilegien weitgehend zu bewahren. Das Schicksal der Finanz- und Industrieelite nach dem Amtsantritt Putins wird im Kapitel 8.2.4. ausführlicher behandelt.

8.2.4. Die Finanz- und Industrieelite

„Im Vergleich zu den engen Beziehungen der «Familie» zur großen Geschäftswelt nahmen sich die Verbindungen der Petersburger zu den Großunternehmern zunächst mager aus (Mommsen 2007:66).“

Die Politik von Wladimir Putin gegenüber den Großkapital stimmte mit seiner Idee des „starken Staates“ überein. Er war sich natürlich des Werdegangs der Finanz- und Industrieelite in der staatlichen Politik bewusst und somit kannte er die Ursachen deren raschen Aufstiegs. Es waren in erster Reihe:

1. Das aus der Unterstützung Jelzins durch die Oligarchen hervorgegangene Abhängigkeitsverhältnis,
2. Das Budgetdefizit, das nur in Zusammenarbeit mit dem Großkapital halbwegs ausgeglichen werden konnte

3. Der prekäre Gesundheitszustand von Jelzin, der ihn bereits vor seiner zweiten Amtszeit aus dem politischen Leben z.T. ausschloss und ferner für die Amtsausübung störrisch war.

Die Übermacht der Oligarchen war für Putins politische Ansprüche ein Störfaktor. Die Abschwächung der politischen Einflüssen des Großkapitals wurde dementsprechend zu einer der ersten Aufgaben des neuen Präsidenten.

„In seiner ersten Botschaft an das Parlament betonte (Putin) am 9. Juli 2000, daß gleicher Wettbewerb für alle gelten müsse. (...) Er sagte, daß das «Machtvakuum» (...) zu einem «Abfangen der Staatsfunktionen durch private Korporationen und Clans» geführt habe. Putins Credo lautete nun, daß der Staat aus seiner engen Verklammerung mit der Wirtschaft gelöst werden müsse (Mommsen 2004:125).“

Trotz der Deklaration, alle Oligarchen sollten auf gleiche Weise behandelt werden, ging Putin neben Chodorkowski gegen einige Finanzmagnaten mit besonderer Stärke vor. Erstes Opfer der neuen Politik des Präsidenten wurde der Eigentümer des Medienkonzerns Mediamost, Gusinskij betroffen. Er wurde der Steuerhinterziehung beschuldigt und sogar verhaftet (vgl. Mommsen 2007:46), was den kollektiven Widerstand der anderen Oligarchen hervorrief.

„Beresowskij legte bald darauf sogar sein Abgeordnetenmandat in der Duma nieder, um auf diese Weise seine Opposition gegen die Politik Putins zu manifestieren. (...) Auf Fragen und Vorwürfe von Reportern, er habe doch selbst Putin als Nachfolger Jelzins favorisiert, räumte Beresowskij kleinlaut ein, daß dies in Ermangelung einer besseren Alternative geschehen sei (Mommsen 2004:125).“

Beresowskij verstand allzu sehr gut, dass mit der Verhaftung von Gusinskij, mit dem er auf den Sieg Jelzins in den Präsidentschaftswahlen 1996 zusammen hinarbeitete, die bisherigen Machtverhältnisse zwischen Staat und Oligarchen aufgelöst wurden. Er ahnte, dass er infolge einer Neuverteilung von Macht nicht nur seine Privilegien, sondern auch allen Besitz oder sogar die Freiheit verlieren kann. Dementsprechend ging Beresowskij gegen Putin offensiv vor.

Das sorgenfreie Verhalten des Präsidenten in der Öffentlichkeit nach der Katastrophe des U-Boots Kursk im August 2000 gab Beresowskij einen guten Anlass

zur Diskreditierung des Präsidenten, als dieser die Ausmaße des tragischen Geschehens unterschätzte. Die offene Kritik gegen den Präsidenten nutzte dem Oligarch allerdings nicht viel. Dies mag damit zusammenhängen, dass der Untergang von Kursk eine Geschichte mit kurzfristigen Auswirkungen war und die Schwerpunkte der russischen Politik u.a. im Jagd nach den Verantwortlichen für die Bombenanschläge in russischen Städten, darunter in Moskau, lagen. Vor diesem Hintergrund wurde Putins Verhalten in Russland nur halbwegs thematisiert.

Die Offensive gegen Gusinskij und Beresowskij ist z.T. auf die Ereignisse der Präsidentschaftswahlen 1996 zurückzuführen und lässt sich folgendermaßen erklären: die beiden Finanzmagnaten waren im Besitz von den zwei größten Fernsehsender in Russland, und zwar NTW und ORT¹⁹. Putin erkannte deren entscheidenden Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung während der Präsidentschaftswahlen 1996. Ein solch mächtiges politisches Werkzeug in den Händen von Putins Gegnern würde eine ernsthafte Gefahr für die Umsetzung eines Konzeptes eines «starken Staates» darstellen.

„Von Anfang an betrachtete Putin freie Medien als eine Art Staatsfeind (Mommsen 2007:47).“

Demgegenüber würde ein staatliches Monopol über die Medien gewährleisten,

„daß die plebiszitären Grundlagen des Regimes durch etwaige kritische Medienberichte nicht in Frage gestellt und der von Putin so geschätzte «soziale Frieden» nicht behindert wurden (Mommsen 2004:126).“

Andere Gründe, z.B. persönlicher Natur, wären auch nicht auszuschließen. So stellt Margareta Mommsen die Vermutung an, Putins Vorgehen gegen Gusinskij sei eine Rache für dessen Verweigerung der Unterstützung für Putin während der Präsidentschaftswahlen gewesen. Eine Diskreditierung Beresowskij könnte hingegen als

¹⁹ Beresowskij besaß auch andere Medien, u.a. den Fernsehsender TW6, der wie NTW und ORT geschlossen wurde.

«Vatermord» verstanden werden, da dieser den politischen Aufstieg Putins auf illegitime Weise begünstigt hatte (vgl. Mommsen 2004:126).

Unabhängig von den tatsächlichen Gründen verließen die beiden Oligarchen im Endeffekt Russland. Der Fall Gusinskij erhielt zusätzlich einen unangenehmen Beigeschmack. Kurz nach seiner Ausreise wurde nämlich das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet, was den politischen Charakter der Auseinandersetzung mit dem Oligarch bestätigte. Noch interessanter war allerdings der Grund für die Einstellung des Strafverfahrens. Der damalige Minister für Presse, Fernsehen, Radio und Massenkommunikation sollte nämlich gewährleisten, dass von allen Anschuldigungen gegen Gusinskij Abstand genommen wird, sobald dieser seine Anteile an Media-Most an Gazprom verkauft. Die Transaktion, die ein erstes Anzeichen für nahes Verhältnis der höchsten politischen Entscheidungsträger und Gazprom war, kam letztendlich zustande (vgl. Mommsen 2004:127).

Nach der Auseinandersetzung mit den beiden Oligarchen nahm Putin eher gemäßigte Einstellung gegenüber den anderen Oligarchen ein. Er ging wahrscheinlich davon aus, dass eine Zusammenarbeit mit der Finanz- und Industrieelite, allerdings unter veränderten Bedingungen, doch möglich ist. Der Präsident hielt das Exempel von Gusinskij und Beresowskij für ausreichend und institutionalisierte sogar die Kontakte zu den anderen Oligarchen, indem er sog. Runde Tische in regelmäßigen Abständen organisierte.

„Putin zeigte sich aber nicht für den wirtschaftspolitischen Dialog mit den wichtigsten Repräsentanten der neuen Kapitalistenklasse aufgeschlossen, er favorisierte auch engere Kontakte zu einzelnen der alten und vor allem der neuen Bankbarone und Großunternehmer. Es zeigte sich bald, daß Putin wie Jelzin seine Machtbasis nicht zuletzt in den großen Kapitalgesellschaften fand. Allerdings veränderte sich der Charakter der Verflechtung zwischen den Wirtschaftsmagnaten und der staatlichen Macht, da nun nicht mehr die Oligarchen, sondern die Kremlführung das Gesetz des Handels diktierte (Mommsen 2004:127).“

Die Finanz- und Industrieelite während der ersten Amtszeit Wladimir Putins ließ sich in zwei Gruppen aufgliedern: erstere²⁰ stand der alten „Kremlfamilie“,

²⁰ Die wichtigsten Vertreter: Machmudow, Abramowitsch, Deripaska, Abramow, Mielnitschenko.

letztere²¹ Waldimir Putin und dessen Petersburger-Gruppe nahe. Sie beide standen im eindeutigen Konkurrenzverhältnis zueinander, konnten jedoch offene Konflikte vermeiden. Diese Situation hielt bis die Verhaftung von Michail Chodorkowski an. Dies war ein Wendepunkt in den Beziehungen nicht nur zwischen den Großunternehmen sondern auch zwischen dem alten Jelzin-Lager und der Putin-Mannschaft (für Näheres siehe Kapitel 8.2.3.).

8.2.5. Die Petersburger

Putin verzichtete trotz der anfänglichen Dominanz der Kremelfamilie nicht auf eine eigene Kaderpolitik. Putin bediente sich bei der Rekrutierung seines Personals nicht des freien Wettbewerbs sondern setzte vielmehr auf absolute persönliche Loyalität der Kandidaten. Dementsprechend folgte er bei der Rekrutierung vornehmlich dem Prinzip, Berufs- und Studienkollegen oder auch nur alte Bekannte aus St. Petersburg zu berufen (vgl. Mommsen 2004:123)

„Als ein auffälliges Moment der Putinschen Rekrutierung politischer Eliten trat der (...) «geographische» Faktor hinzu. Während unter Jelzin der Nachschub an politischem Spitzenpersonal aus dem Swerdlowsker Revier des vormaligen Gebietsparteisekretärs in der engeren Führungselite mit 31,4 Prozent und in den Ministerkabinetten nur mit 2,9 Prozent zu Buche schlug, lagen die entsprechenden Zahlen für die Petersburger «Connection» unter Putin bei 36,8 Prozent und bei 22,9 Prozent (Mommsen 2004:123).“

Putins neuer Kader ließ sich grundsätzlich in zwei Gruppen aufgliedern: die eine bestand aus Fachleuten in Bereichen Ökonomie und Recht, den sog. Technokraten, die Assoziation an die liberale Reformer von Putin hervorriefen, die andere hingegen aus Vertretern der Sicherheitsdienste und des Militärs, den sog. «Silowiki».

Der Zustrom von Putins Mitarbeitern aus Sankt Petersburg führte zur Herausbildung einer mehr oder weniger homogenen Einflussgruppe, die im Laufe der Zeit ein Gegengewicht zu der Kremelfamilie bildete. In diesem Sinne wurde die

²¹ Die wichtigsten Vertreter: Bogdantschikow, Miller, Pugatschow.

„kompetitive Oligarchie“, die zur Jelzins Zeit in Gang gebracht worden war, fortgesetzt.

8.2.5.1. Technokraten

„Die Peterburger Technokraten gliederten sich grundsätzlich in zwei Gruppen auf: die Wirtschaftsliberale und die Juristen (vgl. Mommsen 2007:69).“ Während Konkurrenz zwischen den beiden vorprogrammiert war, standen sie in mehr oder weniger einheitlicher Opposition zu den eher konservativ eingestellten „Silowiki“.

Die ersten Anzeichen der Aktivität der Petersburger Technokraten in den höchsten Machtkreisen Russlands ließen sich während der Bildung der Regierung Kasjanow, der allerdings selber der alten Kremlfamilie angehörte, beobachten. An den Ernennungen zu Ministerposten ließ sie Putins politische als auch wirtschaftliche Orientierung erkennen. So zum Beispiel verkörperte Herman Gref in seiner Eigenschaft als Minister für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel die liberalwirtschaftliche und auf Modernisierung gerichtete Orientierung des Präsidenten (vgl. Mommsen 2004:114). Ein anderer Petersburger Technokrat, Alexej Kudrin, wurde zum Finanzminister ernannt. Er führte eine Reihe von wirtschaftlichen Reformen, darunter die Bildung eines Stabilisierungsfonds oder die Senkung der Einkommensteuer auf den einheitlichen Satz von 13 Prozent, ein.

Zu den Petersburger Technokraten sind darüber hinaus manche Mitglieder der Präsidialverwaltung anzurechnen. Neben Dimitri Kozak ist in diesem Zusammenhang der gegenwärtige Präsident der RF, Jurist Dimitri Medwedew zu nennen. Während der letztere 2003 die Leitung der Präsidialadministration übernahm, ließen sich wirtschaftsliberalen Kudrin und Gref in der Regierung nieder. Zwischen den beiden letztgenannten Petersburgern und dem Regierungschef Michail Fradkow kam es immer wieder zu Konflikten, die sich mit der nahen Beziehung des Regierungschef zur Rüstungsindustrie sowie den „Silowiki“ erklären lassen (vgl. Mommsen 2007:69).

8.2.5.2. „Silowiki“

Die 17 Jahre Karriere in den Strukturen des sowjetischen KGB wurden Putin nicht selten zum Vorwurf gemacht, er verkörpere einen typischen sowjetischen Agenten und darüber hinaus stehe im Abhängigkeitsverhältnis mit dem Geheimdienst. Von vielen wird er als FSB-Mann in den höchsten Machtkreisen gesehen. Wahr ist allerdings, dass während der Präsidentschaft Putin ein Großteil seiner Mitarbeitern sich aus dem FSB herleiteten. Ob es aber ein Teil der selbständigen Kaderpolitik von Putin oder eine großangelegte Offensive des Geheimdienstes ist, bleibt nach wie vor unklar.

Bei „Silowiki“ handelt es sich entweder um Abkömmlinge der Sicherheitsdienste oder um andere unmittelbare Treuhänder des Staatsmonopols (vgl. Mommsen 2007:66). Zu den nächsten Mitarbeitern Putins unter „Silowiki“ gehörten u.a. sein persönlicher Kanzleileiter Igor Setschin, der für Kaderpolitik zuständige Leiter der Präsidialadministration Wiktor Iwanow, der Verteidigungsminister und Erste Vizepremier Sergej Iwanow, der ehemalige Leiter des FSB, Nikolaj Patruschew und der Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow.

Ein erstes Anzeichen für das Aufrücken des Geheimdienstes in die höchsten Machtkreise war neben der Beteiligung der Silowiki an der Regierungsbildung die Ernennung Sergej Iwanows zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates durch den Präsidenten. Da Putin zu dieser Zeit weder die Regierung noch die eigene Administration weitgehend beeinflussen konnte, strebte er eine Unterordnung des Sicherheitsrates an. Neben Iwanow, der als Vertrauter Putins aus dem KGB galt, entschied der Präsident über die Ernennung weiterer bedeutender Posten im Sicherheitsrat.

Des weiteren nahm Wladimir Putin Dienste der „Silowiki“ während seiner Auseinandersetzung mit den Regionen in Anspruch. Die geographische Struktur der Föderalen Distrikte sowie die Nominierungen der Präsidentenvertretern in jenen Distrikte war kein Zufall.

„Auffällig war, daß unter den sieben neuen Präsidentenvertretern allein fünf Generäle waren. Außerdem stellte sich heraus, daß die neuen «Generalgouvernements» fast gänzlich mit den Militärbezirken Rußlands übereinstimmten. Lediglich die Region von Nischnij Nowgorod wurde dem Bezirk Wolga zugeschlagen und die Exklave Kaliningrad dem Nordwestlichen Föderalen Bezirk. Die militärische Statur der Präsidentenvertreter wurde in der liberalen Presse als bedrohlich eingeschätzt. In der Iswestija warnte man davor, in den Regionen neben die zivilen Behörden eine «parallele Elite» aus Militärs zu stellen. (...) Andere hoben hervor, daß Kontrolleure aus den Rängen des Militärs sich gewiß nicht durch eine rechtsstaatliche Schulung auszeichneten. Deshalb lag nur eine Schlußfolgerung nahe: «Von der fehlenden Rechtskultur bis zum Polizeistaat ist die Entfernung nicht weit» (Mommsen 2004:110).“

Die „Silowiki“ begannen allerdings erst am Anfang der zweiten Amtszeit von Putin eine Einflussnahme auf die Wirtschaft anzustreben.

„Symptomatisch dafür war die Berufung Igor Setschins an die Spitze des Aufsichtsrates des staatlichen Unternehmens Rosneft im Sommer 2004 (Mommsen 2007:69).“

Diese wie auch etliche andere Nominierungen hoher Beamten aus der Präsidialadministration zu den Posten in Aufsichtsräten der wichtigsten Unternehmen im Lande, vor allem im Energiesektor, hatten zum Ziel, Finanzströme der Wirtschaft unter die Kontrolle des Kremls zu bringen (vgl. Mommsen 2007:70). Darin offenbarte sich der Unterschied zur Art der Verflechtung von Politik und Wirtschaft während der Präsidentschaft von Boris Jelzin. Während Jelzin dieses Verhältnis als ständige Konkurrenz verstand, setzte Putin auf Abhängigkeitsverhältnisse.

9. Resümee

Die Verfassung von 1993 stellt das Präsidentenamt als die wichtigste politische Einrichtung ins Zentrum des politischen Systems der RF. Insofern liegt die Einflussnahme auf die Politik des Kremls im Interesse der meisten Einflussgruppen. Während Boris Jelzins ersten Amtszeit waren es vor allem die „Silowiki“ und die liberale Reformer, die versuchten aktive Einflussnahme der Politik des Präsidenten zu betreiben. Während es der Kooperation mit den Wirtschaftsliberalen politische Zwecke zugrunde lagen, handelte es sich bei den „Silowiki“ z.T. um persönliche Loyalitäten. Der Aufstieg der liberalen Reformer, deren wichtigste Vertreter die sog. Jungreformer in Personen Gajars, Tschubais´ und Nemzows´ waren, war mit der politischen Ausrichtung Jelzins, der auf die wirtschaftliche Transformation in Richtung der Marktwirtschaft setzte, und mit dem Bedarf an Fachleuten im Bereich der Ökonomie, verbunden. Jelzins Kontakte zu den „Silowiki“ ging vornehmlich auf dessen Verhältnis zu seinem persönlichen Leibwächter, Alexandr Korschakow zurück. Die beiden Gruppen begleiteten Jelzin spätestens von seinem Amtsantritt.

Das Ende der „Korschakow-Ära“ deckte sich zeitlich mit dem Präsidentschaftswahlkampf 1996 und mit dem Aufstieg der Finanz- und Industrieelite sowie der sog. „Kremlfamilie“. Die Entlassung der mächtigsten „Silowiki“, vor allem Korschakow, geschah unter dem Druck der Finanz- und Industrieelite, deren Unterstützung zu diesem Zeitpunkt für Jelzins Wahlkampfeserfolg ausschlaggebend war. Auf der einen Seite wurde die erste Welle von „Silowiki“ durch eine andere aufstrebende Machtelite verdrängt, auf der anderen Seite war die Distanzierung von den Sicherheitsdiensten und dem Militär auf die Steigerung Jelzins Popularität in der Öffentlichkeit berechnet, denn die Popularität von diesen Kreise war damals äußerst fragwürdig.

Die über beträchtliche Finanz- und Informationsressource verfügende sog. Oligarchen festigten ihre Netzwerkposition in der Umgebung des Präsidenten so weit, dass sie sich auch gegen die technokratische Machtelite, die sog. liberale Reformer, behaupten konnten. Ausschlaggebend war dabei die Macht der Medien als eines Werkzeuges der Meinungsbildung. Charakteristisch war dabei, dass sowohl die mächtigsten Oligarchen als auch die Reformer mit Tschubais und Nemzow an

der Spitze der „Kremlfamilie“ angehörten, die den direkten Zugang zum Präsidenten hatte. Diese Tatsache bestätigt nur zusätzlich die Dominanz der Finanz- und Industrieelite gegenüber anderen Machteliten am Ende der zweiten Amtszeit von Boris Jelzin.

Die Machtverschiebungen während der Präsidentschaft von Wladimir Putin standen unter dem Zeichen der persönlichen Loyalität gegenüber dem Staatsoberhaupt und des Kampfes um weit verstandene Ressourcen. Die anfänglich noch nicht gefestigte Netzwerkposition des neuen Präsidenten verursachte, dass er weitgehend auf die zu dem Zeitpunkt seines Amtsantrittes bestehende Machtkonstellationen angewiesen war. Im Laufe der Zeit konnte sich jedoch Wladimir Putin gegen die alte „Kremlfamilie“ und die „Oligarchen“ behaupten, indem er mit rechtlichen Mitteln gegen jene Personen vorging, die seiner Meinung nach sein Konzept des „starken Staates“ gefährdeten. Die Bedeutung der Finanz- und Industrieelite nahm inzwischen aus zwei Gründen ab: erstens wurde ihnen in der Öffentlichkeit die Schuld für die wirtschaftliche Krise Ende der 1990er Jahre angelastet, andererseits wurde das bestehende Budgetdefizit dank dem Anstieg der Preise für Erdgas und -öl weitgehend ausgeglichen. Insofern wurde die Unterstützung der Oligarchen im Steuerbereich weitgehend entbehrlich.

Die Machtbasis von Putin bildeten vornehmlich die Petersburger Gruppen, wirtschaftliberale Technokraten und Juristen sowie die „Silowiki“. Putins enge Beziehung zum Geheimdienst wird besonders gerne hervorgehoben, und zwar um eine negative Konnotation zum ehemaligen KGB zu erwecken. Nach der Meinung von vielem Beobachtern sind es die Geheimdienste, die Putin gewissen Informations- und Gewaltvorsprung gegenüber anderen Machteliten verschafften.

Über die Netzwerkbeziehungen hinaus waren es bestimmte Ereignisse und Gefühle, die die Ausgangsposition von Wladimir Putin begünstigten, etwa die Terroranschläge in russischen Städten, Tschetschenienkrieg sowie das in diesen unsicheren Zeiten geäußerte Versprechen, einen starken Staat zu bilden, der zu effizientem Kampf gegen interne sowie externe Bedrohungen instande sein werde.

Im Unterschied zu Jelzin (insbesondere während seiner zweiten Amtszeit) wird Putin als starker Politiker wahrgenommen, der die Einflussgruppen gegeneinander ausspielt und nicht von deren Einflüssen abhängig ist. Dieses Image, dem die Profilierung Putins als starken Führers (nicht ohne Bedeutung war dabei die Hervorhebung der makellosen Gesundheitslage des Präsidenten, ein Umstand, der Jelzins Ansehen beträchtlichen Schaden zufügte) zugrunde lag, bestätigte Putins Begabung, aufstrebende Machteliten gegeneinander aufzuhetzen und auf diese Weise keine von ihnen eine auf Dauer dominierende Position ergattern zu lassen. Insofern kam ihm die Rolle des Schiedsrichters zu. Unklar ist allerdings die bereits angesprochene Rolle des Geheimdienstes, der nach der Meinung von vielen Beobachtern die hinter dem Präsidenten und somit die stärkste Machtelite darstellte.

10. Ausblick

Die Nominierung von Dmitri Medwedew zum Präsidentenposten weckte Assoziationen an den letzten Tag des Dezembers 1999, als Boris Jelzin den damaligen Ministerpräsidenten Wladimir Putin zu seinem Nachfolger bestimmte. Der gravierende Unterschied zwischen den beiden Situationen lag allerdings darin, dass Putin es nicht vorhatte, aus der Politik zurückzutreten. Medwedews Deklaration, er werde Putin zum Ministerpräsidentenposten ernennen und in der Eigenschaft des Staatspräsidenten dessen Politik fortsetzen wurde zum Indiz von Medwedews Netzwerkposition im Machtgefüge. Wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Politikern entwickeln, und welche Konsequenzen sich daraus für aufstrebende Machteliten ergeben werden, bleibt allerdings offen.

Ausschlaggebend für solche Prognosen erscheint die Rolle der „Silowiki“. Sollte die Annahme, sie stellen die wichtigste Machtbasis von Wladimir Putin, der Wahrheit entsprechen, so genießt der gegenwärtige Ministerpräsident, der einerseits gute Kontakte zu den wichtigsten Entscheidungsträgern in der RF pflegt, andererseits bei der Öffentlichkeit in hohem Ansehen steht, ihre breite Unterstützung und schwerwiegende Machtverschiebungen unter den Machteliten sind in nächster und mittlerer Zukunft eher nicht zu erwarten.

Wenn aber der Geheimdienst nur eine der Machteliten in den höchsten politischen Kreisen darstellt, so steht Dmitri Medwedew ein größerer Spielraum zur Verfügung. Es wird allerdings darauf ankommen, inwieweit die Gruppe der Petersburger Juristen bzw. Technokraten in der Lage sein wird, sich gegen manchen Vertretern der „Silowiki“ zu positionieren und sich beträchtliche Einflüsse unter Wirtschaftseliten zu verschaffen.

11. Anhang

Abstrakt

Nach 15 Jahren seit der Verabschiedung der neuen demokratischen Verfassung, ist in Russland die Verflechtung von formeller Politik mit informellen Einflüssen nach wie vor eine Tatsache. Während in westlichen Demokratien Lobbyismus eine übliche politische Praxis darstellt, entwickelte sich in Russland eine besondere Form der Einflussnahme auf die Politik. Sie setzt voraus, dass eine exakte Unterscheidung von formellen und informellen Einflüssen nicht selten nur schwer zu treffen ist.

Das Präsidentenamt, das laut der Verfassung von 1993 die zentrale politische Einrichtung darstellt, ist Einflüssen von Machteliten in besonderem Maße ausgesetzt. Schon während der ersten Amtszeit vermochte Jelzin nicht, völlige Unabhängigkeit von den politischen Einflüssen anstrebenden Machteliten zu bewahren. Seine zweite Amtszeit stand hingegen unter dem Zeichen der Abhängigkeit von Finanz- und Industrieeliten.

Die Ernennung Wladimir Putins zum Nachfolger von Wladimir Putin war selbst von Machteliten aus der nächsten Umgebung des Präsidenten erwirkt. Obwohl seine Nominierung für Spekulation über die Rolle der Geheimdienste in der Politik sorgt, griff er in die Machtverhältnisse, die er bei seinem Amtsantritt vorfand, eine Zeit nicht ein. Erst am Ende seiner ersten Amtsperiode kam es zu gravierenden Machtverschiebungen unter den Machteliten.

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit regierenden Eliten in der nächsten Umgebung der Präsidenten der Russländischen Föderation in den Jahren 1993-2008. Neben der Rekonstruktion der Machtverschiebungen unter jenen Eliten werden im Rahmen der Arbeit die Gründe jener Verschiebungen sowie die Ursachen für allmählichen politischen Abstieg Jelzins und letztendlichen Aufstieg Putins hinterfragt.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Vorname, Zuname. **Slawosz Soroka**
Geburtsdatum: 18.7.1986
Geburtsort: Inowroclaw, Polen
Staatsangehörigkeit: polnisch

Studium

WS 2005 – SS 2009 **Universität Wien**
Diplomstudium Politikwissenschaft
Schwerpunkte: Internationale Politik,
Ost- und Mitteleuropa, Europäische Union

SS 2006 – WS 2010 **Universität Wien**
Übersetzen und Dolmetschen
Sprachen: Deutsch, Polnisch, Russisch

Schulbildung

2002 – 2005 **Allgemeinbildendes Lyzeum Nr. 5 in Torun, Polen**
Reifezeugnis 2005

Praktika

August 2009 **Kanzlei des Präsidenten Polens**
Büro für Recht

August 2009 **Kanzlei der Präsidenten Polens**
Büro für Auswärtige Angelegenheiten

Sprachen Polnisch, Deutsch, Englisch, Russisch

12. Bibliographie

BIERMANN, Werner (2005): *Die verratene Transformation*. LIT Verlag. Münster.

BIRYUKOW, Nikolai. SERGEYEV, Victor (1997): *Russian politics in Transition. Institutional conflict in a nascent democracy*. Dartmouth. Aldershot -Hants.

DAWISHA, Karen [Hrsg.]. PAROTT, Bruce (1997): *Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova*. Cambridge University Press. Cambridge.

DER SPIEGEL (1/1995): *Jelzin hat nichts von Gorbatschow gelernt. Die Moskauer Politikerin Galina Starowoitowa über den Grosny-Schlag*. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9158665.html> (22.02.2010).

FELSZTYŃSKI, Jurij. PRIBYŁOWSKI Władimir (2008): *Korporacja Zabójców. Rosja, KGB i prezydent Putin*. Prószyński i S-ka. Warszawa.

GILL, Graeme J. [Hrsg.] (1998): *Elites and Leadership in Russian Politics. Selected Papers from the Fifth World Congress of Central and East European Studies, Warsaw, 1995*. MacMillan Press Ltd. Houndmills – Basingtoke - Hampshire - London.

HARTER, Stefanie. GRÄVINGHOLT, Jörn. PLEINES, Heiko. SCHRÖDER, Hans-Henning [Hrsg.] (2003): *Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Rußland der Transformationsjahre 1992-2001*. Edition Temmen. Bremen.

HÜBNER, Emil (⁵2003): *Das Politische System der USA: Eine Einführung*. Verlag C. H. Beck. München.

LAPINA, Natalia (1997): *Die Wirtschaftseliten im Kräftefeld der rußländischen Politik*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln.

LUCHTERHANDT-MICHALEVA, Galina: *Ein Schlüsselproblem. Russlands Regionen in der Politik*. In: Russland unter Putin.
http://www.buergerimstaat.de/23_01/russland5.htm (22.02.2010).

MEWES, Horst (²1990): *Einführung in das politische System der USA*. C. F. Müller Juristischer Verlag. Heidelberg.

MOMMSEN, Margareta (1996): *Wohin treibt Rußland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie*. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. München.

MOMMSEN Margareta (²2004): *Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht*. Verlag C.H. Beck oHG. München.

MOMMSEN Margareta (2007): *Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland*. Verlag C.H. Beck oHG. München.

PANIUSCHKIN, Walerij. ZYGAR, Michail. (2008): *Gazprom. Rosyjska Broń*. Wydawnictwo W.A.B. Warszawa.

PETUCHOW, Wladimir. WJUNIZKIJ, Wladimir (1997): *Die Rolle rußländischer Wirtschaftseliten im Jahre 1996*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln.

PLEINES, Heiko (2005): *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004*. LIT Verlag Münster. Münster.

RIESE, Michaela. RIESE, Hans-Peter (1997): *Moskauer Machtspiele. Wer regiert Rußland?*. Aufbau Taschenbuch Verlag. Berlin.

RUSSLAND-AKTUELL (2003): In Kremladministration bleibt alles beim Alten.
<http://www.aktuell.ru/rupol0010/morenews.php?iditem=1926> (27.02.2010)

ŠEVCOVA, Liliya F (2007): *Russia – lost in transition. The Yeltsin and Putin legacies*. Carnegie Endowment for International Peace. Washington D.C. – Moskau – Beijing – Beirut – Brüssel

STEHEN, Anton (2003): *Political elites and the new Russia. The power basis of Yeltsin's and Putin's regimes*. RoutledgeCurzon. London - New York.

SULOWSKI, Stanisław [Hrsg.]. WOJTASZCZYK, Konstanty Adam (2001): *Das Politische System Polens*. Verlag Elipsa. Warszawa.

WINDERL, Thomas (1993): *Elitenwechsel in Mittel- und Osteuropa: Versuch einer Typologisierung* / Diplomarbeit eingereicht von Thomas Winderl. Wien.